inamo Beiträge

Nr. 7
Herbst 96
DM 10,-

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

Dialog bei geschlossenen Türen – Europa und das südliche Mittelmeer

mit Beiträgen von u. a.

- Mohammad Arkoun
- Heinz-Dieter Winter
- Wilfried Telkämper und Christine Parsdorfer
- Heiner Busch
- Sibylle Kroll

Der Westsahara-Konflikt • Israel nach den Wahlen

Ein INAMO-Heft kostet im Ausland: Frankreich 35 FF, Niederlande 12 Hfl, Österreich 70 Ös, Schweiz 10 SFr · Ein Doppelheft kostet: Frankreich 55 FF, Niederlande 18 Hfl, Österreich 105 Ös, Schweiz 15 SFr

Impressum



INAMO-Beiträge: *Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens* werden herausgegeben vom Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. und erscheinen vierteljährlich.

Redaktionsadresse: Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen

Redaktion: Ulrike Dufner, Julia Gerlach, Matthias Kunde, Hans Günter Lobmeyer, Norbert Mattes, Ronald Ofteringer, Ariadne Papageorgiou, Bärbel Reuter, Gernot Sauer, Asghar Schirazi, Petra Stockmann, Kirsten Timme, Jens Tanneberg, Ines Weinrich, Oliver Wils

V.i.S.d.P.: Gernot Sauer, Hochkirchstr. 12, 10829 Berlin

Titelbild: Herby Sachs / version

Layout: Pinkuin Satz- und Datentechnik

Einzelpreis: DM 10,– pro Ausgabe, DM 15,– für eine Doppelnummer
Abonnement: Pro vier Ausgaben (Jahresabo):
DM 40,– für Einzelpersonen, DM 80,– für Institutionen (bei Auslandsverschickung entsprechende zusätzliche Portogebühr für Land- bzw. Luftweg von DM 12,– bzw. DM 20,– jährlich)
Förderabonnements zur Unterstützung unseres Projekts sind willkommen;
INAMO e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 120 676 15
Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Konto-Nr. 920 98 (nur für Abonnements)

ISSN-Nr.: 0946-0721

INAMO Beiträge Herbst 96 wurde vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

In diesem Heft

Editorial

Am 21. Juli 1996 brachte ein deutsches Militärflugzeug die Gebeine zweier israelischer Soldaten aus dem Libanon nach Tel Aviv. Im Gegenzug übergab Israel dem Internationalen Roten Kreuz die sterblichen Überreste von 123 Hizbollah-Milizionären. Zusätzlich kamen 45 libanesische Gefangene und 17 im Libanon inhaftierte Milizionäre der von Israel bezahlten Südlibanesischen Armee (SLA) frei. Vermittelt hatte diesen Austausch von „Gefangenen und Gefallenen" der bundesdeutsche Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer.

Betrachtet man die Hintergründe des deutschen Engagements, so stellt man schnell fest, daß es der BRD darum ging, ihre in Verruf geratene Iran-Connection zu legitimieren und Schmidbauers seit dem Plutoniumskandal lädierten Ruf wiederherzustellen. Das Regime in Teheran konnte mit seiner Kooperation seine „Humanität" unter Beweis stellen. Betonte doch Schmidbauer mehrere Male, daß der Erfolg der Aktion dem Iran zu verdanken sei. Das Auswärtige Amt versuchte diese Aktion mit dem Etikett „humanitäre Aktion" zu versehen (Bundeskanzler Kohl: „Geste der Menschlichkeit") und so ihren Widersachern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sind doch die Beziehungen zwischen deutschen und iranischen Diensten durch die Lieferung von Computeranlagen und durch Ausbildungsprogramme seit 1993 noch vertieft worden. Offensichtlich hat auch der inzwischen von der Bundesanwaltschaft als Auftraggeber der Morde an drei kurdisch-iranischen Oppositionspolitiker und einem iranischen Freund im Berliner Lokal Mykonos gesuchte iranische Geheimdienstchef Ali Fallahian über Schmidbauer versucht, Einfluß auf den Mykonos-Prozeß zu nehmen. Die Aussagen Bani Sadrs, des ehemaligen Staatspräsidenten Irans, im Prozeß waren für das AA kompromittierend.

Dennoch: „Uns schlägt viel Sympathie entgegen", meint Schmidbauer. Woher diese Sympathie? Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, daß die BRD ein zuverlässiger Bündnispartner für ehrgeizige Aufrüster und repressive Regimes war und ist. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft war es Deutschland verboten, Vernichtungswaffen zu entwickeln, zu produzieren und zu exportieren. Verbote wurden jedoch umgangen, und deutsche Firmen entwickelten sich zu Spezialisten verdeckter Rüstungskooperation und illegaler Waffenlieferungen in Krisengebiete. In den 80er Jahren wurden von deutschen Unternehmen für Hunderte von Millionen DM Waffen und militärisches Material, das als Zivilgüter deklariert oder auf Umwegen über Drittstaaten exportiert wurde, an die kriegführenden Staaten Iran und Irak geliefert.

Beim Irak-Geschäft lohnt es sich einen Moment zu verweilen, war doch der heute Herrn Schmidbauer unterstellte Bundesnachrichtendienst involviert. Klaus Kinkel, damals Chef des BND, hatte auf seiner Gehaltsliste mehrere Mitarbeiter der Firmen, die am irakischen C-Waffenprogramm federführend beteiligt waren. Kinkel selbst empfing 1983 den damaligen irakischen Innenminister Fadhil al-Barrak, dessen Vertrauensleute in Deutschland den Ankauf von militärisch relevanter Hochtechnologie organisierten. Alle Industrieländer hatten an den milliardenschweren Rüstungsgeschäften im Irak Anteil, doch Deutschland hat wie kein anderes Land das irakische Regime flächendeckend mit hochgefährlichem Material ausgestattet. Es ist bekannt, daß das auf deutschen Anlagen produzierte Giftgas gegen iranische Soldaten und gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wurde. Das Dorf Scheich Wassan war vor 10 Jahren der Auftakt für die genozidalen Anfal-Offensiven der irakischen Armee, bei denen systematisch Giftgas eingesetzt wurde, Hunderte von kurdischen Dörfern wurden zerstört und Zehntausende von Menschen verschleppt und ermordet.

Der Völkermord an den Kurden hatte weder für die Täter noch ihre Helfer große Konsequenzen, erst im 2. Golfkrieg, als die Soldaten der antiirakischen Militärallianz und andere Staaten und Völker in der Region, Israelis und Palästinenser bedroht waren, kam Kritik an den mit deutschem Know-how entwickelten Raketen und C-Waffen auf. Erst dann kam Bewegung in die Prozesse gegen die Waffenproduzenten und Händler.

Heute steht die BRD an zweiter Stelle der weltweiten Waffenexporte, der irakische Waffendeal ist kein Thema mehr, der letzte Prozeß gegen die Giftgashändler steht kurz vor der Einstellung. Deutsche Waffen spielten Anfang der 90er Jahre eine entscheidende Rolle bei der Aufstandsbekämpfung in der Türkei, bei der mehrere Millionen Menschen gewaltsam vertrieben und über 2000 Dörfer zerstört wurden.

Ob bundesdeutsche Austauschaktion von Gefangenen und Gefallenen oder die französische Vermittlung während der jüngsten israelischen Aggression im Libanon: In der arabischen Welt hofft man auf eine stärkere Rolle Europas. Einige Regimes warten darauf, daß neue Machtkonkurrenzen zwischen den Polen der westlichen Welt (Europa, Japan, USA) ihnen neue Spielräume verschaffen. Enttäuschte und Betrogene hoffen darauf, daß mit einer stärkeren Rolle Europas die Hegemonie der strategischen Sicherheitspolitik der USA, die Reduzierung palästinensischer Eigenständigkeit auf abhängige, von einander segregierte Bantustans und die Unterwerfung des gesamten Nahen Ostens unter neoliberale Wirtschaftskonzepte, ihr Ende findet. Was kann der Nahe Osten von Europa erwarten? „Die wirtschaftlichen Erfolge", schreibt Mohammad Arkoun, „die die westlichen Wirtschaften dynamisieren, ersetzen die Verständigung, den Frieden zwischen den ‚Nationen', so daß nur die Staaten an dem Austausch beteiligt sind." So wird die Völkerverständigung auf Beziehungen zwischen Staaten reduziert, und es bleibt beim Dialog bei geschlossenen Türen.

Von der Schwierigkeit des Dialogs

Mohammad Arkoun

Bevor wir uns mögliche Entwicklungen in der arabischen Welt nach dem Golfkrieg vorstellen, wollen wir einige wichtige Lehren festhalten, die den Blick des Westens auf den Islam und die arabische Welt verändern und die Muslime, aber besonders die Araber, von ihren Kollektivvorstellungen, die ihre Verhaltensweisen, ihr Denken und ihre Forderungen (Ansprüche) seit 1945 bis 1950 beherrschten, befreien sollten.

Die erste Lehre, die wir nach dem Golfkrieg ziehen sollten, ist die scheinbar noch für lange Zeit unersetzliche Solidarität der Vorherrschaft des „Westens" und der philosophischen und wissenschaftlichen Macht, die als eines der historischen Vorrechte desselben „Westens" bezeichnet wird. Um die Anführungszeichen wegzulassen und den Begriff „Westen" einzuführen, müssen wir zuerst seine Grenzen in Zeit und Raum festlegen. Der Westen, wie er seit dem Vertrag von Jalta besteht und sich behauptet hat, sind das säkularisierte und kapitalistische Europa mit seinen sozialkommunistischen Verlängerungen in die Sowjetunion, das bürgerlich-liberale Nordamerika und seit 1950 bis 1960 Japan, das seitdem seine Position auf dem Weltmarkt durch seine wirtschaftlichen und monetären Herausforderungen verstärkt hat. Sie bilden gemeinsam, was man seit kurzem die Gruppe der Sieben nennt (G 7): „die sieben reichsten Länder der Welt". Obwohl reich, gehören (Saudi-)Arabien und die Emirate nicht zu dieser Gruppe, die die Weltlage zur Zeit bestimmt. Der Reichtum dieser kleinen Länder mit einer konservativen kulturellen Haltung hängt strikt von ihren Einzahlungen (Investitionen) in die Banken und das wirtschaftliche Leben des Westens ab.

Der Westen, wie vorhin definiert, hat die Präsenz des humanistischen Europa verdrängt, das seit dem Mittelalter vom Christentum, den griechisch-römischen Kulturen, das heißt den unbestrittenen Anstrengungen der Mittelmeerländer, gebildet wurde. Der Islam und die arabische Welt sind ebenfalls an dieses mediterrane Erbe gebunden, das bis ins 19. Jahrhundert mindestens das humanistische Europa war. Die historische Trennung zwischen dem Europa, das bis heute zum Westen gehört, und den Mittelmeerländern hatte die Abhängigkeit der arabischen Welt und des Islam vom Westen zur Folge. Die Erklärung des „Todes Gottes", die dem „Tod des Menschen" nahesteht, der Mißkredit, in den der formelle Humanismus gebracht wurde, haben die Arroganz und den alles vereinnahmenden Zynismus der wirtschaftlichen und politischen Macht im Westen verstärkt. Das internationale Recht, das 1919 und später 1945 definiert wurde, ist ausschließlich europäisch und westlich: die Mittelmeerländer haben keinen Anteil an seiner Ausarbeitung und seiner Inkraftsetzung und noch weniger Asien und Afrika; dennoch hat der Westen seit 1945 im Namen des Gesetzes – wie schon das koloniale Europa im 19. Jahrhundert – alle „gerechten Kriege", die man kennt, geführt.

Heute kann man überhaupt nicht einmal sprechen von dem unerträglichen Widerspruch einer Macht, die weiterhin zu bestimmen hat, das Recht einsetzt und eine Vorherrschaft in der Welt ausübt. Die Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler, die bis in die fünfziger Jahre die öffentliche Meinung beeinflußten, indem sie die Ethik der Person vertraten, haben ihre kritische Aufgabe gänzlich aufgegeben – zugunsten von Experten und einer „vermittelnden Elite". All dies ist heute Teil der fortgeschrittenen Demokratien, die den Ländern der Dritten Welt als Vorbild hingestellt werden.

Die ständige Vorherrschaft des Westens

Die zweite Lehre bezieht sich auf die Entwicklung der arabischen Welt seit 1950: eine Entwicklung, die streng kontrolliert und von der Vorherrschaft des Westens geleitet wird. Dramatische Ereignisse haben das Schicksal aller arabischen Länder bestimmt: die Gründung des Staates Israel und der erste israelisch-arabische Krieg 1948 bis 1949; 1956 der bewaffnete Konflikt zur Zurückeroberung des Suezkanals; 1953 die Beseitigung Mossadeghs; 1967 der Sechs-Tage-Krieg; 1973 der vierte israelisch-arabische Krieg; 1980 bis 1988 der Iran-Irak-Krieg; die Rivalität zwischen dem Iran Chomeinis und Saudi-Arabien wegen der Überwachung der islamischen Bewegungen in Südasien und der Sorge um die muslimische Einwanderung in Europa. Dieser letzte Punkt ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, vor allem, um Maßnahmen zu treffen für den unerträglichen Gegensatz zwischen den Rechtsstaaten im Westen und der Haltung derselben Staaten gegenüber den unterworfenen Völkern. Saudi-Arabien finanziert die islamische Bewegung auf der ganzen Welt mit der Zustimmung der Vereinigten Staaten und Europas; gleichzeitig wird im Westen eine heftige Kampagne gegen die islamischen Fundamentalisten, Integristen, die fremdenfeindlichen Islamisten und die islamisch-terroristischen Bewegungen geführt, die unterstützt wird von der Strategie der Macht des Westens; die muslimische Einwanderung nach Europa ist der Grund der Überwachung, des Mißtrauens, der Abschiebung und sogar des Rassismus: die muslimischen Staaten „füttern die wohlgenährten Tiger", ermutigt durch die „Öl-Dollars". Präsident François Mitterand hat öffentlich zugegeben, daß Frankreich Saddam Hussein gegen Chomeini unterstützt hat, um der Ausbreitung des militanten Schiismus Einhalt zu gebieten.

Während diese unermeßlichen Kräfte einen erbarmungslosen Geschichtsablauf steuern, ereifern sich die Politologen, die Soziologen, die Orientalisten, kurz: alle Experten auf diesen Gebieten, zu beschreiben, zu prüfen und alles, was in der islamisch-arabischen Welt geschieht, auf-

zudecken, so als ob sie (diese Kräfte) ihre Geschichte frei und allein durch das Einsetzen ihrer Kräfte mit Hilfe ihrer Kämpfe und ihrer internen Bestimmungen geschrieben hätten. So wurde der Islam Thema und Ursache alles Bösen, aller Unruhen, die diese Gesellschaften, vor allem in den letzten dreißig Jahren, heimsuchten.

Ich möchte nun keineswegs das Bild umkehren: es gibt bestimmt interne Faktoren in dieser Gesellschaft, die der Analytiker erkennen und beurteilen muß, aber es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß diese Faktoren – wie die Koexistenz der ethnolinguistischen, kulturellen und konfessionell nicht integrierten Gruppen, die Zerbrechlichkeit und das Defizit der Legitimität des Staates, der kulturelle, wissenschaftliche und technische Rückstand, das rasche Bevölkerungswachstum, fehlende oder ungenügend vorhandene Rohstoffe, die Kolonialstruktur der wirtschaftlichen Veränderungen und so weiter – von außen gesteuert und verstärkt werden.

Die dritte Lehre, die wir aus dem Golfkrieg ziehen, ist, daß die zeitgenössische arabische Gesellschaft in den letzten dreißig Jahren noch mehr von der Übertreibung und den nationalistischen und islamistischen Lehren beherrscht worden ist, die auch von den Staaten entschlossen durchgesetzt werden, als von einem realistischen und klar definierten politischen Willen. Diese sind verpflichtet, ihre Lehren dem Zwang ihrer Vorstellung, ihrer Phantasien, die sie selbst entworfen haben, zu unterwerfen und diese in Zukunft durch ihre Unabhängigkeit zu verstärken, nicht nur mit Hilfe offizieller Erklärungen, sondern auch in den Lehrplänen, im familiären Verhaltensmuster, in der ideologischen Funktion der Moscheen sowie der genauen Manipulation der Vergangenheit. Die Intellektuellen, die unter diesen Umständen heranwachsen, verlieren nach und nach ihre kritische Funktion. Man erlebt, daß die Mehrzahl von ihnen, wie ihre politischen Führer, ihrem Unwillen, ihren Verurteilungen, ihrer Auflehnung gegen die „Aggression“ des Westens gegenüber dem Irak Ausdruck verleihen, wobei die Kritik an den internen Problemen der arabischen Gesellschaft und der arabischen Staaten auf später verschoben wird – „nach der Befreiung“, wie man während des Algerienkrieges sagte.

Diese zufriedenstellende Einstellung in den fünfziger Jahren – nach mehr als einem Jahrhundert Kolonialherrschaft – gibt es nach dreißig bis vierzig Jahren unabhängiger Führung durch die nationale „Elite“ nicht mehr. Nach der Niederlage von 1967 hat man sorgfältig die Ursachen und Folgen untersucht, um neue Katastrophen für die arabische Nation zu verhindern; heute dagegen disqualifiziert man vorher die Intellektuellen, die von der Starrköpfigkeit, der Hast, der ungenügenden militärischen und ideologischen Vorbereitung des irakischen Führers sprechen: man schreibt sogar in den Zeitungen, daß die „Araber den Krieg nicht verloren haben“.

Bei den Intellektuellen wirkt offensichtlich eine Veränderung der Wahrnehmung, der Meinung der Interpretation der historischen Situation des Islam und der arabischen Welt gegenüber dem Westen. Die Frage, die sich neu aufdrängt, ist nicht, zu wissen, ob eine solche kollektive Antwort positiv, produktiv oder negativ und zugleich selbstzerstörerisch wirkt, es muß vielmehr erklärt werden, warum die arabische Meinung – indem sie sich von ihren lebenswichtigen Problemen entfernt – auf der Seite des Irak und seines Führers steht, ihm eine bedingungslose Unterstützung gewährt, wie sie selbst Nasser 1967 nicht zuteil wurde. Ich kann hier auf diese Frage nicht antworten, weil dies lange und ausführliche Untersuchungen der arabischen Gesellschaft während der letzten zwanzig Jahre erforderte. Halten wir deshalb fest, daß in den neunziger Jahren keine andere ideologische Alternative sich durchzusetzen vermag – etwa so wie die islamische Lösung die „sozialistische arabische Revolution“ nach dem Tode von Nasser ersetzt hat. Es gibt eine große ideologische Desillusionierung nach dem Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus, dem Scheitern der Mullah-Republik und nachdem die „Mutter der Schlachten“ sich unerwartet in die „Mutter der Niederlagen“ verwandelt hat.

Der Westen kannte auch eine Grundlagenkrise, aber er kann jederzeit seine Arroganz, seine Dynamik zurückgewinnen, indem er auf sein institutionelles, kirchliches Erbe zurückgreift, auf die Errungenschaften des Rechtsstaates, auf die Wirksamkeit einer gut eingefahrenen Administration und vor allem auf die Privilegien des wissenschaftlichen, technischen und industriellen Vorsprungs ohnegleichen in der Welt.

Auf dieser Grundlage beruht die Vorherrschaft des westlichen „Zivilisationsmodells“, während vom philosophischen, juristischen, ethischen Standpunkt die neuen Fragen, die die Notwendigkeit einer neuen Wirtschafts-, Währungs-, Rechts- und kulturellen Ordnung auf Weltebene aufdecken, weiterhin zurückgedrängt, übergangen, verschoben oder ganz einfach in ein Thema der ideologischen Polemik umgestaltet werden.

Die vierte Lehre muß sich ausschließlich in Frageform und im Konditional stellen. Kann man sich vorstellen, daß der „gerechte Krieg“ (gemäß der Aussage des französischen Präsidenten), der von den Alliierten gegen den Irak geführt wurde, a posteriori eine reale Gerechtigkeit erfährt, dank einer radikal neuen Politik der Gruppe der Sieben angesichts der angesammelten Probleme in der Dritten Welt seit 1945? Diese fragt sich, ob die politische Vernunft des Westens in der Lage ist, nachfolgende Veränderungen zu vollziehen.

1. „Die Pflicht der Nichteinmischung hört dort auf, wo die Gefahr der Nichtfürsorge anfängt“: Dieses wahrlich moderne Prinzip, das den Gefahren, die die Mehrheit der Völker der Dritten Welt seit ihrer sogenannten politischen Befreiung durchlaufen, angepaßt ist, wurde von Mitterrand während der letzten Chinarevolte ausgesprochen. Währenddessen drücken die westlichen Diplomtien weiterhin ihren absoluten Respekt vor der staatlichen Souveränität aus und dem „Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen“. Man kennt genügend Beispiele der direkten oder geheimen Einmischung (ich habe vorhin die saudiarabische Unterstützung der islamischen Bewegung in der Welt mit Billigung der westlichen Regierungen genannt). Hier benötigt man viel Phantasie und eine aktive Vorbereitung der Gemüter, um eine Neuregelung für die internationalen Beziehungen zu finden. Was tun angesichts der Regierungen, die ihr Volk unterdrükken? Und wie den dramatischen Szenen der „boat people“, die von überall abgeschoben werden, wo sie Zuflucht suchen, vorbeugen? Ist es gerecht zu sagen, daß die Masse der Einwanderer aus Osteuropa, Vietnam, Kambodscha, Albanien, Afrika, der arabischen Welt ... das moralische Recht in den westlichen Ländern geltend machen, die während einer Zeitspanne von vierzig Jahren ihre Vorherrschaft ausübten, ohne je der Anwendung des Prinzips – das sehr spät von dem französischen Präsidenten dargestellt wurde – zuzustimmen? Kann man wenigstens hoffen, daß die Vereinten Nationen tätig werden, um Mittel und Wege zu finden, dieses Prinzip zu verwirklichen, ohne daß es scheitert?

Staaten und die Beziehung zwischen Klubs

2. Die Verständigung zwischen den Völkern wird weitgehend ersetzt durch die Beziehungen zwischen den Staaten, die wie geschlossene Klubs funktionieren. Man weiß dennoch, daß viele Staaten keine Legitimität in ihrer Bevölkerung besitzen; man entrüstet sich hinterher über den Schlag, den man gegen Ceausescu verübt hat; aber man fährt fort, die gegenseitige Entdeckung der Völker von dem guten Willen der Staaten abhängig zu machen. Wieder einmal mehr wird die Demokratie in den Gesellschaften scheitern, wo sie am solidesten verpflanzt, respektiert und versprochen ist: Das, was für die westlichen Völker gut und errungen ist, bleibt für diese Völker auf dem Wege der Befreiung ohne Aussichten, ohne Wirkung. Die wirtschaftlichen Erfolge, die die westlichen Wirtschaften dynamisieren, ersetzen die Verständigung, den Frieden zwischen den „Nationen“, so daß nur die Staaten an dem Austausch beteiligt sind. Frankreich hatte stets Beziehungen zum Islam und zur arabischen Kultur seit Bonapartes Expedition nach Ägypten, jedoch ist die gegenwärtige Ignoranz der Franzosen gegenüber den Arabern, den Muslimen, ihrer Geschichte und ihrer Kultur dieselbe wie die der Deutschen oder der Skandinavier, welche arabische Einwanderer erst seit kurzem kennen.

3. Noch gründlicher kann man hoffen, daß die Kritik an der Grundlage der Kultur und der Grundlage der Erkenntnis im Westen die politische Vernunft in dem Maß beeinflussen könnte, um sie von ihrer hegemonialen Vision und Strategie zu befreien. Kann man im Westen, der alle Instrumente der Macht besitzt, verstehen, daß die anderen Kulturen, Religionen und historischen Wege nicht nur analysiert, interpretiert, auf Distanz gehalten werden, als minderwertig angesehen und vernachlässigt werden sollten von der vorherrschenden wissenschaftlichen Kultur? Und trotzdem vervollständigen schließlich die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften diese epistemologische Revolution (ich höre meine Kollegen, die Orientalisten, protestieren mit den Worten, daß das, was ich hier fordere, schon längst errungen wurde; die Araber haben aber noch nicht ihre „Okzidentalisten“: typische Argumentation der vorherrschenden Macht). Kann man auch an eine andere Revolution denken, die diesmal das politische Handeln betrifft; ich möchte sagen: eine Integration durch die politische und wirtschaftliche Elite der neuen Erscheinung der Kulturen, die zurückgedrängt wurden in die Tradition, den Archaismus, die Religiosität, das Heilige ... Heiligtum ...?

4. Kann man die Übertragung der Erkenntnisse, des juristischen und politischen Modells, der Technologien, des Produktions- und Tauschsystems (ich spreche nicht von Waffen), der Aufnahmekapazitäten, der Assimilations- und Anwendungskapazitäten der Völker einrichten und nicht dem politischen Willen und den Strategien der staatlichen Herrschaft überlassen?
Wir finden die Solidarität bei den Staaten, welche die Festigung der Solidarität erstreben auf Kosten der zivilen Gesellschaften, nach deren reellen Bedürfnissen, ihren vorrangigen Forderungen, ihren überlegten Zurückweisungen niemals gefragt wurde; noch wurden sie jemals respektiert. Die Beispiele des Schahs von Persien mit seiner primitiven Vorstellung von Modernisierung, von Boumedienne mit seinen „sozialistischen“ Methoden, um die Bauern an ihren Boden zu binden, von Saudi-Arabien, das den Konsum der materiellen Güter mit der grundsätzlichen Ablehnung der intellektuellen und kulturellen Modernität gekoppelt hat, von Saddam Hussein mit seiner Strategie der regionalen Machtausübung ... sind zahlreich für den, der die Verantwortung aller Tragödien, die sich in vielen Gesellschaften wiederholen, festlegen möchte.

Welches ethische Prinzip, welcher Typ der Erkenntnis, welche politische Kultur könnte ein Ende setzen der Willkür der Staatsräson, dem Geschäftssinn der Händler, dem Druck der leistungsorientierten Wirtschaft, um den Rhythmus der historischen Entwicklung der Völker, die ihrem hundertjährigen Gleichgewicht erst vor etwa fünfzig Jahren entrissen wurden, zu respektieren? Die vorherrschende Macht verliert nicht ihre Zeit mit solchen Fragen und noch weniger mit der Lösung dieser Probleme.

Wenden wir uns deshalb den zeitgenössischen arabischen Gesellschaften zu und sehen, was trotz allem genauestens aus ihrer Verantwortung hervorgeht.

Um von den Arabern im heutigen Sinne zu sprechen, müssen wir in der Geschichte weit zurückgehen. Bei den Arabern selbst wird man in diesem Zusammenhang allerdings auf ein deutliches Paradox stoßen: Sie beschränken sich beim Rückblick auf ihre Geschichte auf einen mittleren (1800 bis 1990), ja sogar auf einen nur kurzen Zeitraum (1950 bis 1990), wenn es darum geht ihren Aufstand gegen den kolonialistischen und imperialistischen Westen wiederaufleben zu lassen, aber sie berufen sich auf ihre gesamte Geschichte, um nach den Mitteln und Gründen für ihre Befreiung in der Entstehungszeit des Islam (610 bis 632) und für das goldene Zeitalter ihrer Zivilisation (632 bis 1258) zu forschen. Beide Perioden beruhen auf einer mythologischen und nur nebensächlich historischen Funktionsweise, die Enstehungszeit liefert das noch nicht übertroffene Modell der Geschichtsproduktion von Gesellschaften, die in der eschatologischen/messianischen Perspektive der Auferstehung, des Jüngsten Gerichts und des ewigen Lebens leben; das goldene Zeitalter bringt beispielhafte Gestalten hervor: Intellektuelle, Doktoren der Rechtswissenschaft, Heilige, als Helden verehrte Kulturbringer, die als Leitfiguren für das aktuelle Handeln ausgewählt, gefeiert und verklärt werden ...

Diese mythologische Beziehung zur Vergangenheit wird nur durch wenige historische Studien kompensiert, die selbst eng begrenzt sind durch veraltete Methoden, durch eine apologetische Schrift, durch ein Bedürfnis nach Entwicklung von „Werten", durch Werke, die diese Werte auf das Niveau oder über das Niveau der vom Westen für sich in Anspruch genommenen Bezugspunkte hinaus erhöhen. Die Ideologie des antikolonialistischen Kampfes und die nationalistischen Lehren in den Staaten begünstigen diese ständige Manipulation der Vergangenheit durch die Gegenwart; auf diese Weise gelangt man zu einer Wiedereinführung der Scharia, des von Juristen und Theologen in der Zeit von 661 bis 900 ausgearbeiteten religiösen Gesetzes; zu einer durch den Druck der Gesellschaft bedingten Verallgemeinerung individueller und kollektiver ritueller Verhaltensweisen selbst bei den Einwanderern in den westlichen Gesellschaften; zur Einführung einer Religiosität, die auf einer mit allen modernen Übertragungsmitteln systematische reproduzierten, nichtkultivierten Kultur beruht, selbst in schulische Vorträge und Lehrpläne.

Der Begriff der „nichtkultivierten Kultur" ist von den Soziologen und Anthropologen des modernen Zeitalters nur selten berücksichtigt worden; tatsächlich begleitet er diese Epoche selbst in Gesellschaften, die kulturelle übersättigt und mit intellektuellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Kräften großzügig ausgestattet sind. Man betrachte nur einmal die Funktionsweise der Medien, der politischen Rede und selbst die einiger Aspekte schulischer Lehre. In den arabischen Gesellschaften gibt es Faktoren mit multiplizierender Wirkung: der allgegenwärtige Staat, der Polizeistaat, der an seiner alleinigen Macht festhält, die Demographie, die mit der Entwicklung der Bauern und der Nomaden gekoppelt wird, um das überaus wirksame Phänomen des Populismus hervorzubringen. In den Städten andauernder Analphabetismus, das Fehlen kompetenter Lehrkräfte, die politischen Manipulationen des Westens, die destabilisierenden Wirkungen, die von durch ausländische Industrien vollständig beherrschten Wirtschaftsenklaven ausgehen, technokratische Eliten, die von dem sozialen Gefüge der Volksmassen getrennt sind, das Fehlen gesellschaftlicher Kreise, die empfänglich sind für die moderne Kritik an den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, während gleichzeitig der gegenwärtige Teil der Volksmassen mit Vehemenz und Ungeduld den materiellen Komfort fordert, den die industrielle Produktion sicherstellt.

Seit Beginn der sechziger Jahre ist alles übergegangen zum autoritären Staat, zur Einheitspartei, zur Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, zur Ausbreitung des Populismus und der nichtkultivierten Kultur, zur offensichtlichen Rückkehr des Religiösen, zur sogenannten „Rache Gottes", zur Lehre von der Unzufriedenheit, von der Plage des Lebens, von der Frustration, von der Verbitterung, vom Anspruch ..., eine Lehre, die sorgfältig umgelenkt wurde hin zur Anprangerung des Ausland, der Gegner des Islam, des fortdauernden Imperialismus ... Hier verschachteln sich mehrere Merkmale und lassen die Verwirrung in der gesellschaftlichen Vorstellungswelt und bei den Beobachtern, die behaupten, über diese zu berichten, auch weiter bestehen. Wir stellen also abermals fest:

1. Das Fortbestehen der Strategie der Ausbeutung, der Kontrolle, der Beherrschung im Westen ist nicht zu verleugnen, die Auswirkungen sind bekannt.

2. Die aufgrund ihres gesellschaftlichen Verhaltens umstrittenen Staaten passen sich der wirtschaftlichen und monetären Beherrschung durch den Westen an, weil sie daraus einen gewissen Wohlstand für diese Felder der Modernität ableiten können, die von einer Gesellschaft umgeben sind, die in ihrer Gesamtheit dem Populismus ergeben ist; sie verhüllen den Austausch von Vorteilen mit ihren westlichen Gegenstücken mit einer nationalistischen Denkweise: „Entwicklungshilfe" im Tausch gegen die Erholung der Handelsbilanzen.

3. Die bürgerlichen Gesellschaften kämpfen zur Erlangung bruchstückhafter und unsicherer Freiheiten (Parabolantennen); ein Gemeinschaftsgeist parallel zu den bürokratischen Mechanismen; Geschäftemacherei; Abstecher in diesen, in der offiziellen nationalistischen Lehre noch immer angeprangerten Westen; Umwandlung von Moscheen in Zufluchtsorte und gegebenenfalls in ein Sprungbrett, um den Staat herabzusetzen, sofortige Unterstützung für einen Führer, der in der Lage ist, den Widerstand gegen innere oder äußere Beherrschungsmächte zu verkörpern ... So vervielfältigen und verbreiten sich Verhaltensweisen und sich widersprechende Vorstellungen so

sehr, daß sich Intellektuelle, die auf jede Art von Klärung verzichten, entweder auf der Seite des Staates oder auf der Seite des Volkes engagieren (denn die volkstümliche Kultur ist überall im Begriff zu verschwinden), um den ideologischen Unbeständigkeiten einer Vorstellungswelt, die sich fälschlich als ein lebendiges politisches Bewußtsein aufspielt, den Anschein „wissenschaftlicher" Gültigkeit zu verleihen. Was die Unternehmer, die Vertreter der Wirtschaft betrifft, so sind sie hauptsächlich Vermittler zur Sicherung von Import und Verteilung von Gütern und von Repräsentanten großer westlicher Firmen. Sie sind unfähig, ihr Investitionsnetz zu verbessern, um in ihrem Land eine integrierte Wirtschaft mit großer Fähigkeit zur Befreiung zu schaffen, nach dem Beispiel des kapitalistischen Bürgertums in Europa seit dem 18. Jahrhundert. Hiernach haben die Staaten die auf Neuerung ausgerichteten Initiativen gestoppt – oder entmutigt, vor allem da, wo die „sozialistische" Bürokratie gesiegt hat. Es ist interessant, beispielsweise die aktuelle Wirtschaft in Algerien und in Marokko miteinander zu vergleichen.

4. In all diesen Verhaltensweisen, diesen Handlungen und diesen Reaktionen ist der Islam als Religion weder eine Ursache noch eine Quelle, noch ein Fundament; er ist eine Zuflucht, eine Ausflucht, ein Instrument, „ein ergiebiger Brennstoff" nach einer ideenreichen Metapher, die König Hassan II. im Zusammenhang mit den „Fundamentalisten" gebrauchte. In der Lehre der Protagonisten – Staat und bürgerliche Gesellschaft –, die ohne kritische Analyse von den Journalisten und den Politologen weitergegeben wurde –, ist der Islam Quelle und Fundament, er ist Thema und Wegbereiter der Geschichte, er ist unvergängliche Substanz, geschichtsübergreifende Macht der Befreiung und des Heils im Diesseits und im Jenseits: Er erfüllt alle grammatikalischen, historischen und eschatologischen Funktionen, die nach der koranischen Lehre Allah sich allein zuspricht. Die politische und gesellschaftliche Lehre in allen islamischen Gesellschaften erfüllt auf diese Weise – vor allem seit dem Triumph der „islamischen Revolution" im Jahre 1979 – die übliche Funktion der Verkleidung dessen, was tatsächlich auf dem Spiel steht, und der entscheidenden Faktoren der Geschichte. Das Weltliche wird heilig, der Zufall wird übersinnlich, das Menschliche wird göttlich, die Ideologie des Kampfes wird zur immerwährenden und unantastbaren Religion, und im umgekehrten Sinne wird die Spiritualität zur rituellen Bestätigung der Identität einer Gruppe, das Heilige eine Summe von Tabus oder von erzwungenen, unwillkürlichen Verhaltensweisen. Gott eine ideologische Hypostase, in die sich alle Trugbilder einer Geschichte mit einschließen, deren man vollkommen beraubt worden ist.

Die Enteignung der eigenen Geschichte

5. Die Enteignung aller zeitgenössischen arabischen Gesellschaften von ihrer eigenen Geschichte ist eine historische Tatsache und nicht nur eine psychologische. Legen wir den Akzent auf den geopolitischen und historischen Status, der für diese Gesellschaften charakteristisch ist, die seit dem Aufkommen des Islam mit dem allgemeinen Schicksal der Mittelmeerwelt verknüpft sind, bis diese an den Rand gedrängt, zur Nebensache erklärt wurde durch die Verlagerung der Interessen des Westens auf den Pazifik und den Atlantik. Die Konkurrenz zwischen Byzanz und dem Islam, zwischen dem Islam und dem christlichen Europa bis ins 14. Jahrhundert hat zur Kolonialisierung geführt, zur Zerstückelung des Osmanischen Reiches, zur Unterwerfung aller arabischen Gesellschaften bis in unsere heutige Zeit. Von keiner dieser Gesellschaften könnte man sagen, was Michelet über sein Land geschrieben hat: „Frankreich hat Frankreich erschaffen durch eine langwierige Arbeit". Ich selbst weise, um unterscheiden zu können, zwischen einer nationalen Geschichte, die durch innere Kräfte beherrscht wurde, und einer Geschichte, die äußeren Wünschen unterworfen ist, auf Fakten hin, die seit dem 19. Jahrhundert auf die strukturellen Gegebenheiten selbst wie auch auf das Staatssystem eingewirkt haben, um eine Beherrschung besser etablieren zu können. Dennoch muß man bei dieser Analyse der Enteignung noch viel weiter gehen. Wie der Islam, der eine mächtige Triebfeder für die „arabischen" Eroberungen und für die Entstehung eines Reiches war, seit dem 13. bis 14. Jahrhundert zu einem einfachen Schutz, einem unbedeutenden Hebel für den Widerstand (Dschihad) gegen alle Schläge, die dem islamischen Staat versetzt wurden (Kreuzzüge, spanische Reconquista, dann die kolonialen Invasionen, vom Westen ausgehend; türkische und mongolische Invasionen vom Osten ausgehend) geworden ist. Der Islam wird noch orthodoxer unter der doppelten Aufforderung der Kämpfe zum Selbstschutz und der dürftigen Lehre der Zunftbewegungen, die sich überall an die Stelle der schwachen zentralen Kraft gesetzt hat. Es ist dieser engstirnige, ritualisierte, dogmatische, entkultivierte Islam, der sich im 19. Jahrhundert durchsetzt und in einer ideologisierten Form von den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts an wiederauflebt (Muslim-Brüder konkurrieren mit der Reformbewegung der Salafiya).

Welche Entwicklungsperspektiven bleiben offen bei Berücksichtigung aller Situationen, aller Hindernisse, aller Abweichungen, die gerade beschrieben wurden? Rechtfertigt es die Golfkrise, neue Konsequenzen zu ziehen, Initiativen zu ergreifen, die den Zerstörungen angemessen sind, und Lehren anzunehmen, die schon weiter oben angekündigt worden sind?

Wenn die internationale Staatengemeinschaft, wenn die Gruppe der Sieben den Begriff des Profits und die Investitionsstrategien in der Welt neu definiert, wenn die Staaten der Dritten Welt, die sich endlich sicher fühlen, ihrerseits zur Politik von Staat-Nation-Partei-Führer zurückkehren, um überall und unumkehrbar Rechtsstaatlichkeit einzuführen, dann wird die Geschichte festhalten, daß die Halsstarrigkeit Saddam Husseins und der schwere Tribut, den das irakische Volk gezahlt hat, die Menschheit dazu gebracht hat, einen entschiedenen Sprung nach vorn zu machen im immer wieder neu beginnenden Kampf um die Befreiung der Stellung des Menschen.

■ *Mohammad Arkoun ist Professor für Islamwissenschaft.*

Übersetzt von Katharina Kitzer und Andrea Richter. Dieser Artikel wurde zum ersten Mal in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20. 1. 1992 veröffentlicht.

Die Europa-Mittelmeer-Konferenz von Barcelona

Beginn einer neuen Partnerschaft zwischen Europa und dem Süden?

Heinz-Dieter Winter

In Europa hat sich während der letzten Jahre ein Krisenbewußtsein bezüglich der Lage am Mittelmeer, besonders mit Blick auf die Situation auf dessen Südufer, herausgebildet. Das ist für Frankreich, Spanien oder Italien schon länger der Fall. Aber auch in Deutschland, wo die Entwicklungen in Ost- und Ostmitteleuropa mehr im Blickfeld stehen, werden die Ereignisse an der Südgrenze Europas mit zunehmender Aufmerksamkeit und größer werdenden Befürchtungen sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Regierungspolitik wahrgenommen. In sicherheitspolitischen Diskussionen ist vom „Krisenbogen" die Rede.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß in vielen Massenmedien zwar mannigfache Gefahren und mögliche Feinde im Süden gesehen werden – Stichworte wie islamischer Extremismus und Terrorismus mögen zunächst genügen –, die Lage aber eurozentristisch nur in Hinblick auf die Auswirkungen auf Europa wahrgenommen wird. Eine objektive Analyse der Krisenursachen fehlt weitgehend. Noch schlimmer ist es um die Frage bestellt, worin der Ausweg aus der Krise bestehen könnte.

Der bisherige Höhepunkt der Politik der Europäischen Union (EU) gegenüber der Mittelmeerregion war die Europa-Mittelmeer-Konferenz in Barcelona vom 27. bis 28. November 1995, an der die Mitgliedsstaaten der EU und fast alle südlichen und südöstlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres teilnahmen[1]. Hat nun diese Konferenz Ursachen aufgedeckt, den Ausweg aus der Krise gewiesen und eine dafür geeignete gemeinsame Politik der EU und der südlichen Mittelmeerstaaten beschlossen?

Krisenmerkmale im Mittelmeerraum

Sehr unterschiedlich gelagerte Probleme belasten gegenwärtig die Mittelmeerregion. Insbesondere die Staaten des Südufers erleben eine ökonomische und soziale Krise. Eine ökologische Krise bedroht dagegen die Gesamtregion, die zugleich durch historisch bedingte Konfliktherde und eine starke Militarisierung geprägt ist. Die Lage nördlich und südlich des Mittelmeeres ist durch eine extreme Disparität im ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveau und durch eine dementsprechende Konzentration von Armut auf dem Südufer gekennzeichnet. So werden fast 88 % des Bruttosozialprodukts der Region von den vier Anliegerstaaten der EU, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland, erzeugt, was bedeutet, daß weniger als die Hälfte der Bevölkerung vier Fünftel der Waren produziert.[2] Die Kluft in der Pro-Kopf-Bruttoproduktion (PIB) zwischen Nord und Süd nimmt in erschreckendem Maße zu. So hatte im Jahre 1983 ein Franzose statistisch gesehen ein 15 mal höheres Pro-Kopf-Einkommen als ein Ägypter, 1993 war das Einkommen eines Franzosen im Durchschnitt 40 mal höher.[3]

Dieser Zustand liegt in der kolonialen Vergangenheit, aber auch im Scheitern der verschiedenen Entwicklungsstrategien, die nach der Unabhängigkeit der nordafrikanischen und asiatischen Staaten sowohl nach östlichem als auch nach westlichem Vorbild angewandt wurden, begründet. Der „sozialistische Weg" Algeriens hatte katastrophale Folgen für das Land, aber auch die sich dem Westen öffnende sog. *Infitah*-Politik Ägyptens konnte keinen Ausweg aus der Unterentwicklung weisen. Und schließlich sind die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so ungünstig für die Entwicklungsländer südlich des Mittelmeeres, daß eigenen Entwicklungsanstrengungen in der Regel kein durchgängiger Erfolg beschieden sein kann. So erweist sich die zunehmende Auslandsverschuldung der Staaten des Südufers, die gegenwärtig einen Stand von etwa 220 Mrd. Dollar erreicht hat, als Entwicklungsblockade. Diese Summe entspricht dem Dreifachen der jährlichen Exporteinnahmen dieser Länder. Das führt dazu, daß sie seit dem Ende der siebziger Jahre jährlich 5 bis 8 Mrd. Dollar für Zinsen und Tilgung mehr zurückgeben müssen als sie von den OECD-Ländern als finanzielle Unterstützung erhalten.

Vor allem wegen der extensiven Industrialisierung, der enormen Zunahme der städtischen Bevölkerung ohne gleichzeitige Verbesserung der sanitären Bedingungen, der Folgen des Schiffsverkehrs und nicht zuletzt wegen des Tourismus[4] haben die Umweltschäden im Mittelmeer, dessen Wasser sich aufgrund der eingeschlossenen Lage im Austausch mit dem Atlantik nur etwa alle 80 Jahre erneuert, bereits ein solches Ausmaß erreicht, daß Experten von einem langsamen Sterben des Meeres sprechen. Zudem werden über das Mittelmeer immer mehr toxische Industrieabfälle von Nord

nach Süd transportiert, was Bichara Khader und Bernard Ravenel zu folgendem Schluß führt: „Dieser Handel mit toxischen Abfällen erweist sich als bedeutungsvoll für die Errichtung eines Herrschaftssystem, das dem Süden eine Logik des ökologischen Todes auferlegt."[5]

Schreckensbilder in Europa: Bevölkerungswachstum, Migration, Islamismus

Das Bevölkerungswachstum in der Mittelmeerregion wird von westeuropäischen Regierungen und von den Instanzen der EU als schwerwiegend und „bedrohlich" angesehen, ist doch die Wachstumsrate auf dem Nordufer bedeutend niedriger als im Süden. Der Mittelmeerraum als Gesamtregion weist in den letzten Jahren eine durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstumsrate von 1,5 % auf, während sie auf dem Südufer des Mittelmeeres allein 2,5 % beträgt. Das wird voraussichtlich zur Folge haben, daß im Jahr 2025 auf dem Nordufer nur noch 36 % der Gesamtbevölkerung der Region leben werden; 1950 waren es noch 66 %, 1985 52 %. In diesem Zeitraum wird sich die Bevölkerung Nordafrikas gegenüber heute verdoppeln.[6] Dabei ist zu beachten, daß etwa die Hälfte der Bevölkerung auf dem Südufer unter 15 Jahre alt ist. Diese Kinder und Jugendlichen werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren einen Arbeitsplatz für sich fordern.

Soziale Marginalisierung und Perspektivlosigkeit immer größerer Bevölkerungsteile an der Schwelle zum „reichen Norden", Massenarbeitslosigkeit, politischer Terror und Mißachtung der Menschenrechte sind nicht nur Migrationsursachen[7], sondern bilden auch den Nährboden für den sich ausbreitenden Islamismus, der, wie jüngste Entwicklungen besonders in Frankreich zeigen, auch nach Europa übergreift. Islamismus ist eine Ideologie, die den Ausweg aus der Misere in der Errichtung einer islamisch genannten Ordnung sieht. Islamisten wenden sich vor allem gegen die eigenen Regierungen, aber auch gegen den Westen, der diese stützt, und dem sie einen großen Teil der Schuld an dieser Situation geben. Die verschiedenen islamistischen Strömungen dürfen sicherlich nicht gleichgesetzt werden, nicht alle setzen zur Verwirklichung ihrer Ziele auf Terror. Doch sind der Islamismus und das vorherrschende Unverständnis, mit dem in Europa und in den USA auf ihn reagiert wird, geeignet, gegenseitiges Feindbilddenken (auf der einen Seite „der Islam", auf der anderen „der Westen") zu verschärfen und den „Graben" zwischen Nord und Süd quer durch das Mittelmeer zu vertiefen.

Konfliktpotential und Militarisierung

Zur ökonomischen und sozialen Krise und der daraus resultierenden politischen Instabilität kommt hinzu, daß die sicherheitspolitische Lage in der Mittelmeerregion durch das Andauern von Konflikten und die Existenz potentieller Konfliktherde, die den Kalten Krieg überdauert haben bzw. teilweise von ihm überlagert worden waren, geprägt ist. Der Zerfall des Osmanischen Reiches, die willkürlichen Grenzziehungen durch die Kolonial- und Mandatsmächte und der Ost-West--Konflikt haben vom Balkan über die südliche Mittelmeerregion bis zum Maghreb Konfliktstoff hinterlassen (Ex-Jugoslawien, Kurdenfrage, Palästinaproblem, Zypernfrage, Libanon, Westsahara, ungeklärte Grenzfragen zwischen zahlreichen arabischen Staaten). Die Lage wird weiter zugespitzt durch Ressourcenkonflikte, z.B. um knapper werdendes Wasser in großen Teilen Nordafrikas und des Vorderen Orients, einer Region, die zugleich eine der höchstmilitarisierten Zonen der Welt ist.

Besonders schwerwiegend ist die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Türkei, Syrien, Israel, Ägypten und Libyen sind in der Lage, chemische Waffen zu produzieren. Israel und einige arabische Staaten verfügen über ballistische Raketen. Zwei Mittelmeerländer, Frankreich und Israel, haben eigene Atomwaffen; in drei weiteren Ländern, Italien, Griechenland und der Türkei, sind Atomwaffen stationiert. Die 6. amerikanische Flotte sowie britische und französische Flotteneinheiten führen Atomwaffen an Bord. Die atomaren Sprengköpfe und die zahlreichen Atomkraftwerke machen das Mittelmeer zu dem „am meisten nuklearisierten Meer der Welt."[8] Die Gefahr einer nuklearen Umweltkatastrophe ist daher evident.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat die NATO keinesfalls aufgehört, die Mittelmeerregion als für sie außerordentlich wichtige strategische Region zu betrachten. Es wurden Strategien und Einsatzpläne entwickelt, die der NATO angesichts zunehmender „Bedrohungen" aus dem Süden eine neue Rolle zuweisen sollen, deren nichtmilitärischer Charakter z.T. nicht einmal geleugnet wurde. Die 6. Flotte der USA befindet sich mit einem Mannschaftsbestand von 15 500 Mann (1992) weiterhin im Mittelmeer. Das Mittelmeer erfüllt, wie das Beispiel des Zweiten Golfkrieges zeigte, die strategische Funktion „Luft- und Seekorridor" für die USA und für Out-of-area – Einsätze der NATO in Afrika, Asien sowie Südosteuropa. Im Mai 1995 wurde auf einer Ministerkonferenz der Westeuropäischen Union die Aufstellung der sog. Eurofor, einer schnellen Eingreiftruppe von 10 000 bis 15 000 Mann unter Beteiligung Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals beschlossen. Die „The Times" vom 16. Mai 1995 kommentierte, daß diese Sicherheitsmaßnahme für das Mittelmeer in einer Zeit „wachsender Besorgnis wegen der Verbreitung des extremen islamischen Fundamentalismus" erfolgte.

Barcelona – historische Chance für Frieden und Stabilität?

Die ökonomischen, sozialen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen heute die Anrainerstaaten nördlich und südlich des Mittelmeeres stehen, sind gewaltig. Die Konferenz von Barcelona hat erstmalig die historische Chance geboten, einen von gemeinsamen Anstrengungen getragenen Prozeß einzuleiten, um das Mittelmeer „zu einem Gebiet des Dialogs, des Austauschs und der Zusammenarbeit zu machen, in dem Frieden, Stabilität und Wohlstand gewährleistet sind."[9] Daß diese Ziele überhaupt in dem Abschlußdokument formuliert wurden, macht diese Konferenz bereits zu einem

bedeutenden Ereignis. Alle Teilnehmerstaaten im Norden wie im Süden werden sich in Zukunft danach beurteilt wissen, ob sie wirkungsvoll für die „Stärkung der Demokratie und [...] Wahrung der Menschenrechte" und „für eine nachhaltige und ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Bekämpfung der Armut und ein besseres gegenseitiges Verständnis der Kulturen"[10] eintreten, denn dazu haben sie sich hier verpflichtet.

Doch zwischen den hehren Zielen und der Politik, diese zu realisieren, gibt es eine ebenso tiefe Kluft wie zwischen den schönen Formulierungen der Abschlußdeklaration und der realen Lage. So ist es zweifelhaft, ob die Schaffung der anvisierten Freihandelszone bis zum Jahr 2010 und die von den südlichen Mittelmeeranrainern geforderten Strukturreformen in Richtung Marktwirtschaft und Förderung des Privatkapitals geeignet sein werden, um für Entwicklungsländer südlich des Mittelmeeres die in Barcelona formulierten Ziele der „Beschleunigung des Tempos einer nachhaltigen sozio-ökonomischen Entwicklung, Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen, Steigerung des Beschäftigungsgrades und Verringerung des Entwicklungsgefälles"[11] zu erreichen.

Nachhaltige Entwicklung oder Öffnung der Märkte?

Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die hochproduktiven westeuropäischen Unternehmen noch leichteren Zugang zu den Märkten südlich des Mittelmeeres erhalten, während sie gleichzeitig Rohstoffe und Erdöl/Erdgas von dort zu günstigen Bedingungen beziehen. Fertigprodukte sowie Agrarprodukte der Entwicklungsländer werden wohl kaum bessere Chancen für den Zugang zum europäischen Markt und vor allem bessere Preise erhalten. So wurde zum Beispiel einschränkend zu den Aufgaben der Freihandelszone festgelegt, daß der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen liberalisiert werden soll, „soweit die jeweilige Agrarpolitik dies zuläßt."[12] Kritiker betonen, daß die Freihandelszone „vor allem Europa nutzen wird. Da die Beziehungen schon ungleich sind, ist es ziemlich sicher, daß die Länder des Südens in der ersten Zeit eine starke Verschlechterung ihrer Handelsbilanz, eine Verminderung ihrer Finanzeinkünfte und vor allem, infolge der durch diese Zone implizierten offenen Konkurrenz, die sektorielle Zerstörung des Arbeitsmarktes erfahren werden."[13] Es bleibt abzuwarten, inwieweit negative Auswirkungen der Freihandelszone für die Entwicklungsländer des Mittelmeerraumes durch größere Wirtschafts- und Finanzhilfen der EU, die 4685 Mio. ECU für die Jahre 1995–1999 betragen sollen, kompensiert werden können. In der Europäischen Kommission ist man sich durchaus darüber im klaren, daß der Privatsektor in den Mittelmeerländern durch entsprechende Hilfe erst noch in die Lage versetzt werden muß, „die Liberalisierung des Handels zu verkraften und im Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen."[14] Offensichtlich gibt es auch im Europaparlament erhebliche Befürchtungen, daß die Forderungen der EU an die südlichen Mittelmeeranrainer, insbesondere die sog. Strukturanpassungsprogramme, dort zu erheblichen Schwierigkeiten führen werden. So heißt es in einem Arbeitspapier des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen mit Blick auf die großen Schwierigkeiten in Osteuropa, daß „bei der Dynamisierung des Privatsektors und der Aufforderung zur Privatisierung des in diesen Ländern sehr stark ausgeprägten öffentlichen Sektors [...] rechtzeitig Kompensationsmaßnahmen angeboten werden [müssen], um zu vermeiden, daß mit dieser Wirtschaftsreform eine sprunghafte Zunahme der Arbeitslosigkeit einhergeht."[15] Es wird vor einem „Privatisierungsfieber" im öffentlichen Sektor gewarnt, das ins soziale Chaos führen könnte. Schließlich würde die Freihandelszone bedeuten, daß sich die südlichen Mittelmeerstaaten in ihrer Handelspolitik hinsichtlich Präferenzen und Protektion vollständig an die Regelungen der EU anpassen müssen, was mit dem Verzicht auf eine eigene nationale Außenhandelspolitik gleichbedeutend ist. Die EU läßt sich davon leiten, daß in Zukunft der Raum südlich des Mittelmeeres für Westeuropa eine Zone des dominierenden ökonomischen Einflusses werden könnte, wie es Mittel- und Lateinamerika für die USA oder die pazifisch-asiatische Region für Japan sind.[16]

Die herrschenden Kreise Westeuropas befinden sich dabei in einer sehr widersprüchlichen Situation, da sie die völlige „Marktöffnung" einer Region - mit allem, was das beinhaltet - anstreben, von der sie durch Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut, Bevölkerungsdruck und wachsende Radikalisierung, vor allem unter der Flagge des Islamismus, destabilisierende Gefahren für Westeuropa ausgehen sehen. Vor diesem Hintergrund wird plausibel, warum in den Mittelmeerdokumenten der Europäischen Kommission und in der Erklärung von Barcelona Fragen der Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität, des Drogenhandels und der Begrenzung der Einwanderung nach Europa einen so wichtigen Platz einnehmen. Es läßt sich nicht übersehen, daß die Ergebnisse der Barcelona-Konferenz von jenen mächtigen Kräften in Wirtschaft und Politik bestimmt sind, die in der EU das Sagen haben, auch wenn in den Dokumenten Interessen der südlichen Anrainer in Formulierungen berücksichtigt worden sind.

Kein Paradigmenwechsel in Sicht

Es handelt sich um nichts anderes als um die völlige Einbeziehung der Länder südlich des Mittelmeeres in das vom Westen bestimmte Modell der „nachholenden Entwicklung", einer auf Profitmaximierung und Ressourcenvergeudung ausgerichteten Produktionsweise. Das ist auch die Hauptursache für das langsame Sterben des Mittelmeeres aus ökologischen Gründen. Das in dem Mittelmeerdokument der Konferenz des Europäischen Rates in Cannes im Juni 1995 deklarierte ehrgeizige Ziel, „eine Zone des miteinander geteilten Wohlstandes zu erreichen"[17], ist auf dieser Grundlage völlig unrealistisch. Spürbare Verbesserungen der Lage wären nur möglich, wenn eine Strategie entwickelt werden würde, bei der nicht die Freihandelszone (mit all ihren Vorteilen für das westeuropäische Kapital) im Mittelpunkt stünde, sondern eine Entwicklungsstrategie mit den entsprechenden Hilfsprogrammen, um in den Entwicklungsländern der Mittelmeerregion ein bedeutend höheres Wirtschaftswachstum auf stabiler und dauerhafter bzw. nachhaltiger Grundlage zu erreichen, so wie das im Bericht der Weltkom-

mission für Umwelt und Entwicklung des Jahres 1987[18] und in anderen UN-Dokumenten formuliert wurde. Doch ein „entwicklungspolitischer Paradigmenwechsel“[19], den einige in der Politik der EU gegenüber den südlichen Mittelmeeranrainern bereits zu sehen meinen, ist nicht in Sicht. Ein großes Defizit der Europa-Mittelmeer-Konferenz besteht darin, daß dem dringenden Erfordernis, eine Sicherheitspartnerschaft zu entwikkeln, die der Militarisierung des Mittelmeers ein Ende bereitet, nicht in genügendem Maße Rechnung getragen wurde. Die Erklärung von Barcelona enthält zwar eine Reihe von Forderungen, wie z. B. die Nichtweiterverbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen im Mittelmeerraum. Doch es handelt sich nur um Absichtserklärungen oder um die Bekräftigung von Verpflichtungen, die bereits im Rahmen der UN-Charta oder in anderen internationalen Verträgen übernommen worden sind. Regionale Konflikte wurden außer einer Formulierung zur Friedensregelung im Nahen Osten, die nach sehr schwierigen Verhandlungen mit Israel einerseits und der arabischen Seite andererseits schließlich angenommen worden war, völlig ausgeklammert. So ist von Bosnien nicht die Rede. Die Instanzen der EU hatten bereits vor der Konferenz deutlich gemacht, daß die Konflikte in der Mittelmeerregion nicht behandelt werden sollten.[20] Von dieser Konferenz



Demonstration der spanischen Gewerkschaft CCOO und von Bürgerrechtsgruppen für die Legalisierung des Aufenthalts von Immigranten, die in der Agroindustrie arbeiten. Almeria 1993.

Foto: H. Rimschau/Version

werden keine direkten Auswirkungen zur Verbesserung der sicherheitspolitischen Situation im Mittelmeer und zur Reduzierung des enormen Rüstungspotentials ausgehen. Die sicherheitspolitische Hegemonie der USA im Mittelmeerraum und im Nahen und Mittleren Osten und die gegenwärtige Rolle der NATO im Mittelmeer sollen in keiner Weise angetastet werden.[21]

Zu gewissen Hoffnungen berechtigt aber die Bereitschaft der Konferenzteilnehmer, mit der Konferenz von Barcelona „die Grundlagen für einen offenen und weiterzuentwickelnden Prozeß" zu schaffen, den politischen Dialog regelmäßig zu verstärken und dafür einzutreten, daß zukünftig ein „Raum des Friedens und der Stabilität in der Mittelmeerregion"[22] entsteht. Vielleicht könnte daraus in Zukunft für die Mittelmeerregion entstehen, was die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) für Europa eingeleitet hatte, heute aber bedauerlicherweise für Europa an Bedeutung zu verlieren scheint.

Hoffnungsschimmer

Trotz aller Defizite könnten bestimmte positive Aspekte der gemeinsamen Erklärung von Barcelona mit Leben gefüllt werden: Dazu gehören, um nur einige zu nennen, die Achtung von Vielfalt und Pluralismus, die Förderung von Toleranz, die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, die Förderung der aktiven Beteiligung von Frauen am wirtschaftlichen und sozialen Leben, die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Mittelmeerpartnerschaft oder der Jugendaustausch. Eine solche pragmatisch-realistische Haltung wurde am Vorabend der Europa-Mittelmeer-Konferenz von der Mehrheit der Teilnehmer eines Europa-Mittelmeer-Treffens linker und progressiver Kräfte in Barcelona am 24. und 25. November 1995 zum Ausdruck gebracht.[23] Die Barcelona-Konferenz hat wohl noch keine Wende in der Mittelmeerregion eingeleitet, aber in einer noch offenen Zukunft könnte sie einmal eine historische Dimension annehmen und dazu beitragen, daß das Mittelmeer kein trennender Graben, sondern eine Brücke der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Süden sein wird.

■ *Dr. phil. Heinz-Dieter Winter, Botschafter a.D., war als Diplomat in Algerien, Tunesien, Syrien und Jordanien und ist jetzt im Ruhestand publizistisch tätig.*

---

1 Es fehlten Libyen, Albanien und die neuen ehemals jugoslawischen Länder. Andererseits nahm mit Jordanien ein Staat an der Konferenz teil, der keinen direkten Zugang zum Mittelmeer hat, aber anscheinend bereits fest in die Regionalpolitik eingebunden ist. Beobachterstatus hatten die USA, sechs mit der EU assoziierte Staaten, Vertreter der Maghreb-Union und Vertreter der Arabischen Liga.

2 Vgl. Bichara Khader (sous la dir.), L'Europe et la Méditerranée. Géopolitique de la proximité, Paris 1994, S.72.

3 Ders., S.289.

4 Jährlich begeben sich durchschnittlich 110 Mio. Touristen – ein Drittel der Welttouristenzahl – in die Mittelmeerzone. Vgl. Bichara Khader et Bernard Ravenel, L'écosystème méditerranéen: chronique d'une mort, in: Bichara Khader, a.a.O., S. 119.

5 Dies., S.123.

6 Vgl. Bichara Khader, a.a.O., S. 64f.

7 Ende der 80er Jahre lebten in den EG-Staaten etwa 2,15 Mio. Menschen aus dem Maghreb. So viel sind offiziell gemeldet. Dazu kommen etwa 500 000 in „irregulärer" Situation. Allein in Frankreich leben 1,5 Mio. Maghrebiner. Nicht einbezogen sind etwa 2 Mio. Maghrebiner, die Bürgerrechte erworben haben. Der Gesamtanteil all dieser an der Gesamtbevölkerung der EU beträgt heute nur etwa 1,5 %. Angesichts dieser Proportion wird deutlich, daß der Fremdenhaß sicher andere und tiefere innergesellschaftliche Hauptursachen haben muß als allein die Anwesenheit dieser Ausländer und daß bei aller notwendigen Aufmerksamkeit gegenüber dem Migrationsproblem die in den Instanzen der EU geäußerte Ansicht, daß das Flüchtlingsproblem zu einer Sicherheitspriorität wird, wohl zumindest übertrieben ist.

8 Khader, S.121.

9 Auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz angenommene Erklärung von Barcelona (27. und 28. November 1995)

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Sami Nair, L'Europe à l'assaut commercial de la Méditerranée, Le Monde 4. 10. 1995, S. 15.

14 Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Verstärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Vorschläge für die Entwicklung einer Partnerschaft Europa-Mittelmeer., Brüssel 8. 3. 1995.

15 Europäisches Parlament, Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen, Arbeitsdokument zum Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur: Stärkung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union: Entwicklung einer Partnerschaft Europa-Mittelmeer, DOC- DE/DT/ 273079, vom 18. Mai 1995.

16 In einer Stellungnahme des Ausschusses für Regionalpolitik des Europaparlaments vom 3. Juli 1995 heißt es: „Europa ist es bisher nicht gelungen, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn ebenso gut zu entwickeln, wie es die Vereinigten Staaten und Japan in ihrem jeweiligen geographischen Bereich vermocht haben." DOC-DE/AD/277856, PE 212.920/end.

17 Europäischer Rat. Tagung am 26. und 27. Juni 1995 in Cannes. Europa-Mittelmeer-Konferenz von Barcelona. Position der Europäischen Union, in: EU-Nachrichten, Bonn, Nr. 6, 3. Juli 1995, S. 36.

18 In dem Dokument heißt es: „Stabile Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne aufs Spiel zu setzen, daß die künftigen Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. Dieses Konzept enthält zwei Schlüsselbegriffe: Den Begriff der „Bedürfnisse", insbesondere der Grundbedürfnisse der Armen in der Welt, denen Priorität eingeräumt werden sollte, und den Gedanken der Einschränkung, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und künftige Bedürfnisse zu befriedigen." Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin 1988, S. 57.

19 Werner Weidenfels (Hrsg.), Europa und der Nahe Osten, Gütersloh 1995, S. 40.

20 „Die Partnerschaft ist kein neues Forum für Konfliktlösung und darf nicht als Rahmen für diesen Prozeß angesehen werden, auch wenn sie unter anderem zu dessen Erfolg beitragen kann. Gleiches gilt für andere Streitfälle, die die Beziehungen zwischen den Ländern der Region beeinträchtigen können." Europa-Mittelmeer-Konferenz von Barcelona, Position der Europäischen Union. Bericht vom 12. Juni 1995 (8219/95).

21 Kritische Meinungen zu Barcelona vom Südufer des Mittelmeeres heben gerade dieses hervor. So Mohamed Sid Ahmed in seiner Betrachtung „What after Barcelona?" Al Ahram Weekly, 30. 11. 1995.

22 Erklärung von Barcelona (27. und 28. November 1995).

23 Die Spannweite der auf diesem durch Initiative von den spanischen Linksparteien Izquierda Unida und Iniciativa per Catalunya einberufenen Treffens geäußerten Meinungen reichte von genereller Bejahung des deklarierten Anliegens der EU-Konferenz zum Mittelmeer (Frieden, Stabilität, Wohlergehen seiner Bewohner usw.) mit Kritik an Zielen, Methoden und Absichten bis hin zur völligen Ablehnung der EU-Politik als „imperialistisches Manöver" des europäischen Kapitals im Kampf gegen die Konkurrenten USA und Japan.

Die Mittelmeerpolitik der EU nach dem Maastrichter Vertrag

Wilfried Telkämper/Christine Parsdorfer

Nach dem Ende des Kalten Krieges und den damit verbundenen Auseinandersetzungen um eine mögliche Erweiterung der EU nach Osten, bewirkte zunehmender Druck der südlichen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, daß auch die Süderweiterung – ein „Euro-mediterraner Wirtschaftsraum" – zum Thema wurde. Die Diskussion über die Mittelmeerpolitik der EU erreichte spätestens mit der EU-Rats-Konferenz von Barcelona im November 1995, bei der sich erstmals (fast) alle Staaten rund um das Mittelmeer an einen Tisch setzten, einen Höhepunkt. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand vor allem die Tatsache, daß die südeuropäischen Mitgliedsländer als Ausgleich für die großzügigen Leistungen der EU gegenüber den osteuropäischen Staaten nun auch für ihre Interessenssphäre Unterstützung erhalten würden. Außer acht blieb aber, daß mit der Mittelmeerpolitik grundsätzlich die Frage nach der Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik wie auch der europäischen Außenpolitik gestellt werden muß. Obwohl Bestandteil des Maastrichter Vertrags sind die Ergebnisse bisher ernüchternd: Eine Stärkung und Konsolidierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ist bisher ausgeblieben. Statt einer gemeinsamen Entwicklungspolitik, die sich als zivile Außenpolitik begreift, werden die sogenannten Dritte Welt Staaten entweder als neue Standortkonkurrenten wahrgenommen oder fallen unter die ‚internationale Sozialhilfe', deren Höhepunkt militärische Kriseninterventionsszenarien bilden.

Europäische Union und Entwicklungspolitik: Anspruch und Wirklichkeit

Der Vertrag von Maastricht formulierte erstmals in der Geschichte der Europäischen Union ein gemeinsames entwicklungspolitisches Mandat. Laut Titel XVII, Art. 130u setzt sich die EU das Ziel,

- die nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer und v. a. der am meisten benachteiligten Länder zu fördern,
- die dort herrschende Armut zu bekämpfen,
- die harmonische Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu fördern.

Gleichzeitig soll ein Beitrag geleistet werden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken sowie für die Einhaltung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einzutreten.

Mag sich auf den ersten Blick der politische Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit fortschrittlich darstellen, so wirkungslos erweisen sich diese hehren Ziele, betrachtet man sie im Kontext des gesamten Vertrags. Der Entwicklungszusammenarbeit wird nicht ein eigenständiger Stellenwert zugebilligt, sondern sie bleibt Ergänzung der bilateralen Dritte-Welt-Politik der EU-Mitgliedsstaaten. Und, was im Kontext der hier behandelten Mittelmeerpolitik noch gravierender ist: die EU-Entwicklungszusammenarbeit wird untergeordnetes Anhängsel der Gesamtpolitik der EU, vor allem der Außen- und Sicherheitspolitik. Unverblümt setzt die Kommission in einer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zu den Konsequenzen des Vertrages für die Entwicklungspolitik bis zum Jahr 2000 ihre Prioritäten. „Jedoch darf über diesen ideellen Werten nicht vergessen werden, daß die Politik der Entwicklungszusammenarbeit im größeren Rahmen der Außenbeziehungen der Gemeinschaft steht ... Nicht zuletzt muß eine Gemeinschaftspolitik der Entwicklungszusammenarbeit auch die Präsenz der Gemeinschaft in der Welt stärken und damit zur Anerkennung der europäischen Identität durch Drittländer und in den internationalen Organisationen beitragen." (SEK(92) 915 endg.)

Die Entwicklungszusammenarbeit wird in diesem Zusammenhang funktionaler Bestandteil für die Neubestimmung der Rolle Europas in der Welt. Darüberhinaus soll sie aber ein weiteres prioritäres Ziel der Union sichern: sie hat die Aufgabe, Wohlstand und Wachstum in Europa zu fördern (Titel II, Art. 3a). Nicht ein globaler Entwicklungsansatz steht hinter der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern ökonomische Interessen – zu deren Durchsetzung übrigens auch die Assoziierungspolitik gegenüber den Überseeländern beitragen soll (Titel II, Art.3r).

Ganz in diesem Sinne ist die Handelspolitik ausgerichtet, die immer weniger den von den in den Lomé-Verträgen postulierten partnerschaftlichen Beziehungen – so unzulänglich sie auch in die Praxis umgesetzt wurden – inspiriert ist. Im Gegenteil: die neuen Strategien für die Beziehungen mit Asien, Lateinamerika und dem Mittelmeerraum sind in erster Linie traditionelle Handelsstrategien, die darauf abzielen, die Interessen der EU weltweit durchzusetzen und die sich gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der sog. Dritten Welt weitgehend gleichgültig verhalten.

Der Vertrag von Maastricht hat, gerade wenn man seine prioritären Zielsetzungen betrachtet, die Beziehungen zur Dritten Welt noch stärker als zuvor den außenpolitischen, geostrategischen und ökonomisch-kommerziellen Interessen

der EU-Staaten unterworfen. Diese Tendenzen samt ihren verhehrenden Auswirkungen lassen sich besonders gut an der neuen Mittelmeerpolitik der EU beobachten.

Entstehung und Entwicklung des Mittelmeerprogramms der EU

Während der französischen und spanischen Präsidentschaft 1995 wurde mit Nachdruck die Erweiterungsdiskussion für den Mittelmeerraum vorangetrieben. Zur besseren Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainerstaaten entwickelte die EU ein neues Programm „MEDA“, das auf dem Gipfel in Cannes im Juni 1995 vorgestellt und am 27./28. November desselben Jahres auf der Konferenz in Barcelona ausgearbeitet wurde. Es soll die bisherigen – zumeist bilateralen – Programme und Abkommen ergänzen. Betroffen sind die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko, Tunesien – Libyen und die von Marokko besetzte West-Sahara sind ausgeschlossen – sowie die Mashriq-Staaten Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, der Gazastreifen und die West Bank und die drei Länder, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bemühen: Türkei, Zypern und Malta. Die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und Albanien wurden ebenfalls nicht einbezogen. Durch das MEDA-Programm, das laut Kommission finanzielle und technische Maßnahmen vorsieht, um Reformen der ökonomischen und sozialen Strukturen in Nichtmitgliedstaaten des Mittelmeerraumes zu unterstützen (Com. 95-204), soll die bisherige Art der Zusammenarbeit zwischen EU und Nicht-EU-Mittelmeerstaaten verbessert und eine „neue Partnerschaft“ initiiert werden.



Marokkanische und schwarzafrikanische Immigranten in Almeria 1993.
Foto: H. Rimscha/Version

Die Mittelmeerpolitik der EU geht im Grunde auf das Jahr 1972 zurück. Seither hat es eine ganze Reihe von Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und Wirtschaftsabkommen, vor allem mit den 12 Nicht-EU-Mittelmeeranrainerstaaten, gegeben. Sie sollten:

- den wirtschaftlichen Austausch intensivieren;
- den europäischen Markt für Produkte aus den Mittelmeerländern zugänglich machen;
- den Außenhandel der Mittelmeeranrainer intensivieren;
- die Handelsbilanz verbessern.

Jedoch stieg das Handelsaufkommen nicht wesentlich, im Gegenteil, es gab sogar Rückschläge. Nur einige wenige Sektoren konnten für den EU-Markt erschlossen werden. Insgesamt gesehen verschlechterte sich die Handelsbilanz der Nicht-EU-Mittelmeeranrainerstaaten. Durch sog. „freiwillige“ Selbstverpflichtungsabkommen schränkte die EU die Vereinbarungen so ein, daß bestimmte „sensible“ Produkte – wie z. B. Nahrungsmittel und Textilien – einen erschwerten Zugang auf den europäischen Markt hatten. Die massiven EU-Exporte von subventionierten Lebensmitteln führten zu einer ständig wachsenden Abhängigkeit – ein offener Widerspruch zu den erklärten Zielen der EU, die Selbstversorgung zu unterstützen. Das gleiche gilt für die Verschuldung, die bis heute immer größer wurde.

Die regionale Integration, ein anderes erklärtes Ziel, blieb vollkommen konturen- und erfolglos und wurde auch nicht wirklich finanziell unterstützt. Die Handelsbeziehungen der Nicht-EU-Mittelmeerlän-

der untereinander sind stets minimal gewesen. Der interregionale Handel unter den Maghrebstaaten beläuft sich beispielsweise auf 5 % und unter den Maschrekstaaten auf 7 %. Auch den sozialen Problemen der Mittelmeerländer wie unzulängliche Arbeitsrechte, die teilweise in den Übereinkommen angesprochen werden, wurde nicht Rechnung getragen. Stattdessen vergrößerte sich die soziale Ungleichheit in fast allen Mittelmeerländern.

In den 80er Jahren änderte sich – trotz neu abgeschlossener Abkommen – diese Situation nicht wesentlich. Obwohl die Fördermittel um 59 % erhöht wurden, deckten sie in Wirklichkeit nicht einmal die Inflationsrate ab. Ein Vergleich zeigt, daß bis vor kurzem das wirkliche Interesse der EU am mediterranen Raum gering war. Von 1979 bis 1987 wendete sie nur 3% der Beiträge zur ökonomischen Entwicklung der Mittelmeerländer auf (im Gegensatz dazu die USA 31 %, OPEC 28 %). Die südlichen und die östlichen Mittelmeerländer waren in der Tat die einzigen Regionen der Welt, in denen die Entwicklungshilfe der EU hinter die der USA zurückfiel. Auch in den 80er Jahren gingen die Exporte der Mittelmeeranrainerstaaten in die EU wie die Exporte der EU in diese Länder zurück. Im Mittelpunkt des Interesses der EU steht allein das Öl der Nicht-EU-Mittelmeeranrainer, aber auch seine Bedeutung geht stetig zurück.

1990 hat die EU eine neue Mittelmeerpolitik durch ein Hilfspaket von 4,405 Mio. ECU (1992–1996) angekündigt. Obwohl die meisten dieser Mittel weiterhin durch bilaterale Finanzabkommen finanziert wurden, werden hier die Mittelmeerländer zum ersten Mal als Gruppe unterstützt:

- Der Großteil der Geldmittel (1,8 Mio. ECU) läuft über EIB-Kredite (Kredite der Europäischen Investitionsbank) für Telekommunikation, Energieversorgung und Umweltprojekte.
- Der Rest sind EU-Haushaltsmittel (2,3 Mio. ECU), die hauptsächlich für folgende Zwecke eingesetzt werden:

a) für Zinssubventionen auf EIB Kredite für Umweltprojekte (27%)

b) für bestimmte Netzwerke zur Zusammenarbeit (43%). Die wichtigsten Programme sind: MED-URBS (lokale Behörden), MED-CAMPUS (Universitäten), MED-MEDIA (Medien), MED-AVICENNE (Forschungsinstitute) und ICAMAS (Landwirtschaftsausbildung).

Mit diesen Programmen soll insbesondere die Initiative von privaten Investoren gefördert werden. Es muß hierbei betont werden, daß EIB-Kredite noch weniger einer demokratischen Kontrolle unterliegen als Kredite, die direkt von der Kommission bewilligt werden.

Zu dem Mangel an demokratischer Kontrolle kommt noch, daß die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Nicht-EU-Mittelmeeranrainer bis heute keineswegs durch die EU-Politik gelöst, sondern im Gegenteil eher verschärft wurden. Sie werden in dem neuen Entwurf abermals nicht angemessen berücksichtigt, z.B. der Export von Rohstoffen, die mangelnde Diversifikation, die Abhängigkeit bei der Lebensmittelversorgung von der Landwirtschaftspolitik der EU, die Arbeitslosigkeit und Verschuldung und schließlich der problematische Hauptexportartikel Öl. Die EU-Strategie lief bisher darauf hinaus, den Export/Handel zu erhöhen, um einen Anreiz für Investitionen zu schaffen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung der Nicht-EU-Mittelmeeranrainerstaaten beizutragen. Aber diese Strategie der einseitigen ökonomischen Hilfe hat nicht nur versagt, sondern auch die ökologischen und sozialen Aspekte völlig vernachlässigt.

Was hat die EU vor?

Auf der Konferenz von Barcelona 1995 wurden folgende Ziele formuliert:

- die Migration aus den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten nach Europa sollte mit Hilfe von Entwicklungsprogrammen eingedämmt werden,
- der Markt für die europäische Industrie sollte ausgeweitet und die Versorgung Europas mit bestimmten Produkten verbessert werden.

Dazu plant die EU im Jahre 2010 eine Freihandelszone einzurichten. Sie soll 600–800 Mio. Einwohner in 30 bis 40 Ländern umfassen. Dadurch sollen die Handelsbeziehungen sowohl zwischen den mediterranen Nicht-EU-Mitgliedsländern als auch mit der EU gefördert werden. Für landwirtschaftliche Produkte sollen gesonderte Abkommen geschlossen werden.

Die Kommission schlägt folgende Bedingungen für die Einrichtung einer Freihandelszone vor:

1. Standardisierung der gesetzlichen und administrativen Normen, Schutz des geistigen Eigentums, Öffnung der Märkte der mediterranen Nicht-EU-Mitgliedsländer, Förderung des Exports;
2. Dynamisierung des privaten Sektors, Modernisierung und Restrukturierung der Industrie und des administrativen und politischen Rahmens, Reorganisation von Verbänden der Geschäftsleute und Handelskammern;
3. Förderung der europäischen Direktinvestitionen und der industriellen Zusammenarbeit, besonders auf dem Energiesektor, Privatisierung und allgemeine Deregulation,
4. Anpassungen in wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation, Wasser), hauptsächlich durch Privatinvestitionen.

Im Haushaltsjahr 95 erstreckte sich MEDA (B-410) auf 173 Mio. ECU, wovon im September erst 91 Mio. ausgegeben waren. Die Kommission forderte zunächst den doppelten Betrag – 412 Mio. ECU – für das Haushaltsjahr 96. Der Rat nach dem Gipfel in Cannes stockte auf Kommissionsvorschlag diesen Betrag um weitere 200 Mio. auf. Die Mittel sollten aus starken Kürzungen bei anderen Haushalten, insbesondere bei den sogenannten Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und dort aus den Bereichen Frauen, Umwelt, Gesundheit und Erziehung kommen – Maßnahmen, die das Europaparlament in letzter Minute verhindern konnte.[1] Letztlich bewilligt wurden 4,685 Mrd. ECU (rund 9 Mrd. DM) für die Laufzeit 1996 bis 1999. Dazu kommen noch weitreichende Sonderkredite der Europäischen Investitionsbank in etwa gleicher Höhe. Dabei handelt es sich um langfristige zinsbegünstigte Darlehen, die vom EU-Haushalt garantiert werden.

Die geplante euro-mediterrane Partnerschaft birgt viele Risiken in sich:
- Eine Spezialisierung der regionalen oder nationalen Wirtschaften der mediterranen Länder auf die Produkte oder Wirtschaftszweige, die nach den Bedürfnissen Europas ausgerichtet sind (Fischereiwesen, Tourismus, Früchte etc.). Die geplante Infrastruktur begünstigt die Verbindung der großen Handelszentren durch Verkehrswege und fördert die Monokultur. Verstädterung und Landflucht werden so verstärkt.
- Ein Transfer von schädlichen und umweltverschmutzenden Industriesystemen in südliche Länder (Ölraffinerien, Müllverbrennungsanlagen, Kraftwerke etc.).
- Eine Politik der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Regierungsstrukturen und wirtschaftlich starken Gruppen begünstigt, aber die auf lokaler und regionaler Ebene Agierenden und Nichtregierungsorganisationen vernachlässigt, die die zentralen, auch transnationalen Machtstrukturen konsolidiert und den Zentralismus fördert.
- Eine Unterordnung der soziokulturellen und umweltpolitschen Aspekte unter die wirtschaftliche Investitionspolitik.

Natürlich ist dieser Prozeß der Angleichung zum Vorteil europäischer Unternehmen und Finanzinstitutionen ganz an den Bedürfnissen der EU orientiert. Die Ausgrenzung der Menschen in nichtanpassungsfähigen, nichtwettbewerbsfähigen Sektoren ist voraussehbar. Nach Voraussagen wird nach der Liberalisierung in Tunesien der Export von gefertigten Produkten um 40 % zurückgehen, in Marokko um 22 %. Die vorgeschlagenen Sozialprogramme wirken eher wie eine Art Puffer, als daß sie tatsächlich zur Armutsbekämpfung beitragen. Sie sind ein Eingeständnis der sozialen Kosten, die durch die selektive Einbindung der Mittelmeerökonomien zum Vorteil der europäischen Handelsambitionen zu erwarten sind.

Handelsliberalisierung, die die sozialen und umweltpolitischen Aspekte ignoriert und allein auf wirtschaftliche Größe fixiert ist, setzt den unökologischen Weg der Entwicklung, wie ihn der Norden vorgibt, fort. Freihandelszonen tendieren dazu, Monokulturen auszuweiten, die zu Bodenerschöpfung und hohem Pesitzidverbrauch führen, Kleinbauern und Landarbeiter zu marginalisieren und zu vertreiben. Exporteure von Rohstoffen sind in hohem Maße von Weltmarktpreisen abhängig. Schnell durchgeführte Handelsliberalisierung läßt einen langsamen Übergang von reiner Rohstoffexportation zu verarbeiteten oder industriellen Produkten nicht zu. Die gegenwärtige EU-Politik erschwert den Zugang von bestimmten Produkten auf den EU-Markt. Erfahrungen aus anderen Freihandelszonen (NAFTA) haben gezeigt, daß die dort angesiedelten transnationalen Konzerne, rein exportorientiert produzieren und Arbeitsbedingungen aus dem 19. Jahrhundert durchsetzen: Niedrige Löhne, keine Sozialversicherung, Kurzzeit- bzw. gar keine Verträge und die Anstellung junger Frauen, die sofort entlassen werden, wenn sie schwanger sind.

Kurz, Freihandel „befreit" Völker oder Länder nicht von der kolonialen Last. Freihandel bedeutet nicht mehr Unabhängigkeit und Selbstvertrauen, sondern weniger demokratische Kontrolle. Freihandel ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Die vorgeschlagene Öffnung der Märkte und die neue Arbeitsteilung wird zu einer selektiven Integration und zu einer wenig nachhaltigen Entwicklung führen.

Damit führt die Umorientierung der Südpolitik der EU nicht nur zu einer Unterwerfung von Entwicklungspolitik unter kommerzielle und außenpolitische Kriterien. Darüberhinaus verschärft die neoliberale Ausrichtung letztlich die soziale Situation in den Entwicklungsländern und führt damit zu einer Polarisierung zwischen Nord und Süd. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß einem Scheitern der sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen – wie es das neue Mittelmeerprogramm in seiner bisherigen Ausrichtung erwarten läßt – zu einer Dominanz militärstrategischer Optionen führen wird. Der krude Modernisierungskurs jedenfalls, dem mit der „euro-mediterranen Partnerschaft" der Weg geebnet werden soll, verspricht etwas Hilfe – setzt aber vor allem auf den Freihandel. Damit gibt die EU – wie sich seit dem Vertrag von Maastricht abgezeichnet hat – jeden Versuch einer eigenständigen Akzentsetzung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auf und vollzieht unter „partnerschaftlicher" Rhetorik eine beschleunigte Anpassung der Mittelmeeranrainer an die europäischen Marktbedingungen.

■ *Christine Parsdorfer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin Telkämpers und Mitarbeiterin der „Blätter des IZ3W"*
■ *Wilfried Telkämper ist MdEP für die Grünen und Mitglied des Entwicklungsausschusses.*

1 Vgl. Stellungnahme des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit zum Entwurf des Haushaltsplans 1996, Verfasser: Wilfried Telkämper (PE 213.935-endg.)

„Vom Kopf Afrikas zum Hintern Europas"[1]

Spanien, die EU-Ausländerpolitik und die südeuropäische Außengrenze

Heiner Busch

Heute ist es kaum mehr vorstellbar, daß die Ausländerpolitik in Westeuropa von Anfang der 50er Jahre bis Anfang der 70er Jahre durch den Abbau von Visumsschranken und die aktive Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für die Volkswirtschaften des industrialisierten Nordens gekennzeichnet war. Auch wenn den ImmigrantInnen aus dem Mittelmeerraum und insbesondere aus Südeuropa ein heftiger Rassismus entgegenwehte, sie für die schmutzigen Arbeiten rekrutiert wurden und bereits zu Beginn Gegenstand staatlicher Kontrollmaßnahmen waren,[2] so bleibt doch festzuhalten, daß die Grenzen im Westen Europas bis in die 70er Jahre weitgehend offen waren.

Wer die Rolle der Länder, die die heutige EU-Südschiene bilden, verstehen will, wird nicht nur, was die Ausländer- und Asylpolitik betrifft, an diesem Punkt ansetzen müssen. Denn bis weit in die 80er Jahre hinein waren Portugal, Spanien, Italien und Griechenland nicht Einwanderungs-, sondern Auswanderungsländer. Wie die anderen Mittelmeeranrainerstaaten bildeten sie das Reservoir an Gastarbeitern für die prosperierenden Ökonomien in Europas Norden.
Das Verhältnis von Auswanderungen zu Einwanderungen begann sich beispielsweise in Spanien erst Mitte der 80er Jahre umzukehren. Noch 1990 lebten mehr SpanierInnen im Ausland, als AusländerInnen in Spanien: 1,7 Mio. spanische EmigrantInnen standen 475 000 legalen und geschätzten 300 000 illegalen ImmigrantInnen in Spanien gegenüber.

Seit Mitte der 80er Jahre haben die EU- (bzw. damals noch EG-) Staaten begonnen, ihre Ausländer- und Flüchtlingspolitik zu harmonisieren. „Bekämpfung der unkontrollierten Zuwanderung", vermehrte Abschiebung und verstärkte Kontrolle der Außengrenzen sind die Stichworte, die diese gemeinsame Politik kennzeichnen. Der Begriff „Festung Europa" charakterisiert in der linken Kritik seit Jahren die Abschottungspolitik der EU-Staaten gegenüber ImmigrantInnen und Flüchtlingen aus der Dritten Welt (und – seit dem Zusammenbruch des „realen" Sozialismus – aus Osteuropa). So richtig die Rede von der „Festung Europa" ist, so sehr wird dabei doch vielfach übersehen, daß in dieser Burg ein erhebliches Gefälle zwischen der reichen Oberstadt und den ärmeren unteren Gefilden herrscht, das sich nicht nur in der Wirtschaftskraft, sondern auch in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik zeigt.

Die Veränderung in der Ausländerpolitik des Nordens und die Integration der EU-Südschiene in diese Politik bewirkte notwendigerweise auch eine Veränderung im Verhältnis der ärmeren EU-Staaten zu ihren südlichen Nachbarn und zu den ImmigrantInnen und Flüchtlingen im eigenen Land.

Von der Anwerbung zur Abschottung

Veränderungen in der Ausländerpolitik im Norden (West-) Europas

Die „Ölkrise" 1973 markiert für den reichen Norden Westeuropas eine Art ausländerpolitische Wasserscheide. Die offensive Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte wurde gestoppt. An einen Abbau von Visumsschranken über den europäischen Wohlstandsraum hinaus ist seitdem nicht mehr zu denken.
Die deutsche Bundesregierung verhängte „ihren" Anwerbestopp im November 1973. Zwar war auch danach eine Reduktion der Zahl ausländischer Erwerbstätiger und ihrer Familien in der BRD nicht möglich, dennoch wurde dies einerseits mit „Rückkehrhilfen", andererseits mit inhumanen Begrenzungen des Familiennachzuges versucht. 1980 führte die Bundesregierung die Visumspflicht für die Türkei, Indien, Bangladesch, Sri Lanka, Äthiopien und Afghanistan ein und hatte damit alle damaligen Herkunftsländer von Flüchtlingen erfaßt.[3] Für türkische StaatsbürgerInnen erfolgte diese Maßnahme fast parallel zum Militärputsch. Das Ausländer- und Asylverfahrensrecht wurde seit Ende der 70er Jahre permanent geändert. Die Gesetzgebungsdebatte riß zu keinem Zeitpunkt ab, selbst nicht nach der Abschaffung des Asylrechts 1993.
Die beiden ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich erschwerten nach und nach auch den legalen Zuzug von Personen aus ihren ehemaligen Kolonien. Großbritannien erneuerte 1981 sein Staatsbürgerrecht. Seitdem galten nur noch diejenigen Personen aus dem ehemaligen Empire als britische Staatsbürger, die eine besondere persönliche Bindung zum Mutterland nachweisen konnten.[4] Für die Länder des indischen Subkontinents wurde Mitte der 80er Jahre die Visumspflicht eingeführt. Seit Anfang der 90er Jahre wird die Berechtigung zum Familiennachzug durch genetischen Fingerabdruck überprüft.
In Frankreich versprach die 1981 gewählte Linksregierung unter Mitterand zunächst eine ausländerpolitische Wende,

die sich aber bereits ein Jahr später als bloße Verschnaufpause entpuppte. Bis Mitte der 80er Jahre hatte Frankreich die Visumspflicht für BürgerInnen aller Staaten außer den EG-Mitgliedsländern und der Schweiz eingeführt.
Seit Ende der 70er Jahre wurde in allen Ländern der europäischen Nordschiene – ob EG-Mitglied oder nicht – ständig an der ausländer- und asylpolitischen Schraube gedreht. Das Ausländerrecht gehört zu den Rechtsbereichen mit den geringsten Halbwertszeiten für Kommentare zu Gesetzen und Verordnungen. Bei allen Unterschieden in der konkreten Ausgestaltung und im Zeitpunkt sind die dabei eingeführten Instrumente in allen genannten Staaten im wesentlichen die gleichen.[5] Neben der Einführung der Visumspflicht sind dies

- die immer engere Auslegung des Begriffs des politischen Flüchtlings,
- die bewußte Verschlechterung des sozialen Status von Flüchtlingen mit dem Ziel, die Attraktivität des eigenen Landes als Asylland zu senken (Arbeitsverbote, Sozialhilfe in Naturalien oder per Gutschein, Aufenthaltsbeschränkungen, etc.)
- Sanktionen für Transportunternehmen, die Personen ohne die notwendigen Papiere ins Land bringen,
- Einführung von Transitvisa für Flughäfen,
- Festlegung von sicheren Herkunfts- oder Drittstaaten,
- Schnellverfahren und Möglichkeiten der unmittelbaren Zurückweisung an Grenzen.

Neben den quasi-polizeiliche Funktionen ausübenden Ausländerbehörden erhielten damit auch die Polizeien eine wachsende ausländerpolitische Rolle. Und zwar nicht nur hinsichtlich der unmittelbaren Grenzkontrolle, sondern auch bei der Instruktion des Personals ausländischer Ausgangsflughäfen und von Fluggesellschaften, bei der Abschiebung und der Suche nach Auszuweisenden, die regelmäßig in den polizeilichen Fahndungsdateien ausgeschrieben werden,[6] bei der Erfassung von Fingerabdrücken von AsylbewerberInnen sowie bei der „Bekämpfung der Ausländerkriminalität" – ein Thema, das die kriminalpolitischen Debatten seit den 80er Jahren wie ein roter Faden durchzieht.

Abschottung auf europäisch

Von der nationalen zur EU-Ausländer- und Asylpolitik

Trotz aller Parallelität in den politischen Konzepten und Instrumenten kann von einer Europäisierung der Abschottung gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen bis weit in die 80er Jahre nicht die Rede sein. Die Politik der geschlossenen Grenzen wurde jeweils national betrieben und bewirkte somit eine Konkurrenz, die auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wurde. Visumspflichten und andere Maßnahmen sorgten für die Umlenkung von Fluchtwegen in Nachbarländer[7] und schufen so das Problem der „refugees in orbit", der umherirrenden Flüchtlinge, die nacheinander in den verschiedensten Ländern Asylanträge stellten, ohne je eine Chance auf Anerkennung zu haben. Die sinkenden Anerkennungsquoten und die wachsende Zahl der bloß kurzfristig Geduldeten und „Illegalen" weisen darauf hin, daß die kurzfristige bürokratische Perspektive der nationalen Behörden die Probleme nicht löste, sondern vielmehr wachsen ließ. Von der Notwendigkeit, Lösungen auf europäischer Ebene zu finden, waren daher in den 80er Jahren auch humanitäre Organisationen überzeugt.

Die Europäisierung der Asyl- und Einwanderungspolitik vollzog sich erst ab Mitte der 80er Jahre. Ihren Hintergrund bildeten aber nicht jene humanitären und demokratischen Überlegungen, die noch den sog. Vetter-Bericht des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1987 kennzeichnen,[8] sondern das Projekt des Europäischen Binnenmarktes und der darin auf dem Papier enthaltenen, aber nie verwirklichten Aufhebung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft.

1985 schlossen Frankreich, die Benelux-Staaten und die BRD das erste Schengener Abkommen, das einerseits einen schrittweisen Abbau der Binnengrenzkontrollen, andererseits Ausgleichsmaßnahmen für den angeblich zu erwartenden Sicherheitsverlust in Aussicht stellte. Beides sollte in einem zweiten, dem Schengener Durchführungsabkommen (SDÜ) festgehalten werden, das 1990 zunächst von den genannten fünf Staaten unterzeichnet wurde.[9] Neben einer Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit sieht dieses Abkommen folgendes vor:

- eine Verlagerung und Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen des Vertragsgebietes, die gemeinsame Festlegung von Einreisevoraussetzungen und Kontrollstandards, Sanktionen für Transportunternehmen, die Personen ohne die erforderlichen Papiere befördern;
- eine gemeinsame Visumspolitik, d. h. die Ausstellung eines einheitlichen Visums, eine gemeinsame Liste derjenigen Staaten, deren BürgerInnen für die Einreise in „Schengenland" ein Visum benötigen. Diese Negativliste umfaßt mittlerweile 129 Staaten;
- die Zulassung nur noch eines Asylantrages im Vertragsgebiet: Doppel- oder Folgeanträge werden ausgeschlossen. Asylsuchende sollen ihre Anträge in der Regel in dem Land stellen, das sie als erstes betreten. Die Entscheidung des betreffenden Staates wird dann von den anderen anerkannt, die gleichzeitig die Berechtigung erhalten, den Asylsuchenden in den zuständigen Staat zurückzuschieben. Wie dieser mit dem Flüchtling umgeht – ob er sie oder ihn anerkennt, vorläufig duldet oder unmittelbar an der Grenze zurückschiebt –, bleibt ihm überlassen. Angesichts der mittlerweile in den meisten EU-Staaten geltenden Regel, daß Anträge von Flüchtlingen aus sicheren Herkunfts- oder Drittstaaten als „offensichtlich unbegründet" angesehen werden, bedeutet die im SDÜ festgelegte Regel des „one chance only" in den meisten Fällen „no chance";
- die Schaffung eines gemeinsamen Fahndungssystems, dem Schengener Informationssystem, für Kontrollen im Inland und an den Grenzen sowie für den Gebrauch durch Ausländer- und Konsularbehörden. Das System enthält nicht nur polizeiliche Fahndungsdaten, sondern wie seine nationalen Entsprechungen die Daten von auszuweisenden DrittausländerInnen sowie eine gemeinsame Liste unerwünschter Personen.

Das Schengener Modell hat für die gesamte EG die Funktion eines Blueprints. Zum einen schlossen sich seit 1990 mehr und mehr EG- bzw. EU-Staaten dem Ver-

trag an, zum anderen begann man auf der Ebene der damals 12 Mitgliedstaaten die Schengener Ergebnisse nachzuvollziehen, wenn auch langsamer, da sich vor allem Großbritannien einer Aufhebung der Binnengrenzkontrollen widersetzte und der verbindlichen vertraglichen Fixierung skeptisch gegenüberstand. Verhandelt wurde hier zunächst in der Ad-hoc-Gruppe Einwanderung, einem Gremium der für Einwanderungsfragen zuständigen Justiz- bzw. Innenministerien der EG-Mitgliedstaaten, das 1986 aus dem Kontext der Arbeitsgruppe TREVI, der seit 1976 bestehenden polizeilichen und geheimdienstlichen Kooperation dieser Ministerien, herausgelöst wurde. Wesentliche Ergebnisse dieser Verhandlungen waren u. a. das 1990 unterzeichnete Dubliner Abkommen, das die asylpolitischen Elemente des SDÜ nahezu wörtlich übernahm und das 1991 fertiggestellte Abkommen über das Überschreiten der Außengrenzen, das die Schengener Beschlüsse in Sachen Grenzkontrollen und Visa in den wesentlichen Aspekten verdoppelte. Die Unterzeichnung ist bis heute nicht erfolgt, da sich Großbritannien und Spanien nach wie vor um Gibraltar streiten.

Mit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union wurde die bis dahin „informelle" Kooperation in TREVI und in der Ad-hoc-Gruppe zur formellen Regierungszusammenarbeit, zur dritten Säule der EU.[10] Die Geschäfte der Ad-hoc-Gruppe wurden bruchlos von der neuen Lenkungsgruppe „Asyl und Einwanderung" und vom Ministerrat für Inneres und Justiz weitergeführt. Beschlüsse werden vom Rat einstimmig gefaßt, wodurch der Einfluß der nationalen Exekutiven ungebrochen geblieben ist. Nur in der Visumspolitik erhielt die EU-Kommission ein Vorschlagsrecht. Die derzeitige gemeinsame Visumspflichtliste umfaßt 125 Staaten, steht also der Schengener um nichts nach. Es entstanden zwei „Frühwarnsysteme" für Einwanderungswellen und für Asylfragen (CIREFI, CIREA). Geeinigt hat man sich im Prinzip auf die Erweiterung des Schengener Informationssystems zum Europäischen Informationssystem (EIS), ein Vertrag liegt im Entwurf vor. Ebenfalls grundsätzlich entschieden ist der Aufbau eines Datenverarbeitungssystems für Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen. Eurodac wird dem Dubliner Abkommen ein technisches Instrument beigeben, das allerdings selbst wiederum einer vertraglichen Grundlage bedarf. Die Feststellung der Identität von Asylsuchenden, deren flächendeckende erkennungsdienstliche Behandlung bereits im jeweiligen nationalen Kontext zur Regel geworden ist, soll die Frage klären, ob die betreffende Person bereits in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt hat.

Neben den diversen Verträgen und Vertragsentwürfen gehört zu den Leistungen des Rates auch eine Serie von Entschließungen und gemeinsamen Standpunkten, die zwar nicht rechtsverbindlich sind, aber dennoch eine Angleichung der nationalen Verfahrensweisen und Politiken ermöglichen, darunter Beschlüsse über „offensichtlich unbegründete" Asylanträge, „sichere" Dritt- und Herkunftsstaaten (alle bereits 1992), Zulassung von Nicht-EU-BürgerInnen zu Studien-, Arbeits- und Geschäftsaufenthalten, „Mindestgarantien im Asylverfahren", die gemeinsame Kriterien für die Anerkennungs- (bzw. Ablehnungs-) praxis im Asylverfahren bezwecken. Während seiner Ratspräsidentschaft 1995 schlug Frankreich eine gemeinsame „Maßnahme" vor, nach der alle EU-Staaten Ausländerzentralregister aufbauen und systematisch Identitätskontrollen durchführen sollten, um Personen ohne Aufenthaltserlaubnis aufzuspüren.

Im Dezember 1994 einigten sich die Ratsmitglieder ferner auf einen Mustervertrag für Rückübernahmeabkommen zwischen einem Mitgliedstaat der EU und einem Drittstaat. Die BRD hat solche Abkommen mit nahezu allen ost- und südosteuropäischen Ländern sowie mit der Schweiz abgeschlossen. Die Rückübernahmeabkommen regeln die unbürokrartische Zurückschiebung von Personen in ihren Heimatstaat oder in das Land, von dem aus sie ins Zielland gelangt sind, und verringern die Anforderungen an einen Identitätsnachweis, der für die Abschiebung normalerweise erforderlich ist. Derartige Verträge werden zwar bilateral abgeschlossen, sie bilden aber ein wesentliches Element der „Festung Europa" insbesondere im Hinblick auf Pufferstaaten an ihrem Rande.

Die Europäisierung der Asyl- und Ausländerpolitik folgt offensichtlich denselben Kriterien und Mustern, die auch die nationale Abschottungspolitik der europäischen Nordschiene seit den 70er Jahren bestimmt haben. Die Abschaffung des Asylrechts in der BRD sowie die nachfolgenden gesetzlichen Veränderungen (z. B. Asylbewerberleistungsgesetz, Schlepper-Paragraphen im Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994) sowie die derzeit anstehenden Verschärfungen der Asylgesetze in Großbritannien und Schweden sowie der Ausländergesetzgebung in Frankreich zeigen, daß mit der europäischen Harmonisierung die nationalen Abschottungspolitiken keineswegs an ihr Ende gekommen sind. Europa bildet vielmehr die Legitimation, auch national an der ausländerpolitischen Schraube weiterzudrehen.

Die Eingliederung Spaniens in die EU-Abschottungspolitik

– eine vergebene Chance

Die Abschottungspolitik des Nordens hat längst den Süden Europas miterfaßt. Spaniens Ausländerpolitik und Grenzsicherung seit Mitte der 80er Jahre belegen diese Entwicklung eindrücklich. Der EU-Beitritt und der Anschluß an die Schengen-Gruppe wurden teuer erkauft. Beides führte u.a. dazu, daß das Land auf seine Rolle verzichtete, ein europäischer Brückenkopf nicht nur für Waren, sondern auch für Menschen aus Afrika und Lateinamerika zu sein.

Paradoxerweise war das Erbe des Frankismus in Sachen Einwanderung vergleichsweise liberal. LateinamerikanerInnen, die vor den rechten Militärdiktaturen ihrer Heimatländer flohen, fanden in Spanien Unterschlupf. Sie ersetzten als Fachkräfte – vor allem im Gesundheitsbereich – jene, die vor der spanischen Diktatur ins Ausland geflohen waren. Lateinamerikanische SchriftstellerInnen bildeten das Kapital, auf das die spanischen Verlagshäuser noch heute bauen. Mit Marokko war bereits 1966 Visumsfreiheit vereinbart worden. Für den überwiegenden Teil der MaghrebinerInnen, die die Visumsfreiheit nutzten, war Spa-

nien in erster Linie ein Durchgangsland auf dem Weg nach Frankreich. Diejenigen, die es nicht bis nach „Europa“ schafften, blieben meist ohne Erlaubnis, aber mit stiller Duldung, im Land und fanden Arbeit in der spanischen Textil- und Bauindustrie oder als Saisonkräfte in der Landwirtschaft vor allem Andalusiens und Kataloniens.

Vom Ausländergesetz zum Schengen-Beitritt

Der Frankismus hatte eine Ausländerpolitik im eigentlichen Sinne nicht gekannt. Eine solche wurde erst während der Demokratie, genauer gesagt von der 1982 zur Macht gekommenen Regierung Gonzales, konzipiert. 1984 erfolgte die noch recht liberale erste Fassung des Asylgesetzes. Erst 1985 wurde ein Ausländergesetz verabschiedet – mit Blick auf den EG-Beitritt 1986 und auf Druck der EG-Staaten, vor allem Frankreichs, das in Spanien das Einfallstor für die illegale Einwanderung nach Norden sah. Das neue Gesetz sollte abgefedert werden durch eine Amnestie für Illegale, die aber nur in geringem Maße genutzt wurde. Voraussetzung hierfür waren ein Aufenthalt von mindestens einem Jahr sowie ein Arbeitsvertrag, den aber nur wenige präsentieren konnten. Tatsächlich kam zu der Ende der 70er Jahre beginnenden Rückwanderung spanischer EmigrantInnen eine wachsende Zahl von Menschen vor allem aus den Maghreb-Ländern, die aufgrund der Abschottungspolitik im Norden nicht mehr weiterwanderten und in Spanien steckenblieben. Die EG-Politik machte Spanien vom Durchgangs- zum Bestimmungsland.

„Die Praxis der (spanischen) Verwaltung ist es, sich mehr und mehr an die in Europa vorherrschende Einwanderungspolitik anzupassen, die dazu tendiert, immer rigidere Maßnahmen gegen Nicht-EG-Ausländer anzuwenden, während die Bewegungsfreiheit innerhalb der EG erweitert wird,“ kommentierte die Zeitung *El Pais* 1990.[11] Flüchtlinge wurden an den Grenzen der Willkür der *Guardia Civil* überlassen und entgegen der geltenden Bestimmungen des Asylgesetzes häufig zurückgewiesen. Das Ausländergesetz dagegen wurde immer rigider angewandt. Die Zahl der Ausweisungen stieg von 975 im Jahre 1985 auf 4.739 1989.[12]
Wie unmittelbar der Druck der EG-Regierungen auf die europa-begeisterte PSOE-Regierung wirkte, belegt eine Episode aus dem Vorfeld des spanischen Beitritts zur Schengen-Gruppe. Ende Mai 1990 startete der „sozialistische“ französische Premier Rocard eine Initiative gegen die illegale Einwanderung. In einer „Feierlichen Erklärung zur Einwande-



Immigranten in Cacelhas, einer Vorstadt Lissabons. *Foto: Herby Sachs/Version*

rung" versprach Rocard mehr Integration für ImmigrantInnen, verzichtete aber auf die Forderung nach einem Wahlrecht für AusländerInnen und bekannte sich zudem zu einer schärferen Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Die Erklärung erhielt in Spanien große öffentliche Resonanz, weil der französische Premier damit gleichzeitig seine spanischen Genossen angriff. Er verurteilte die Politik jener Staaten, darunter Spanien, die die illegale Einwanderung ermöglichten und warf ihnen eine „unfreundliche Haltung" vor: „Der Aufhebung der Grenzkontrollen an einigen Übergängen mit Spanien vor 1992 (d. h. vor dem offiziellen Termin des Binnenmarktes, d. Verf.), einem Thema der spanisch-französischen Gipfeltreffen steht Frankreich sehr zurückhaltend gegenüber. Der Hauptgrund für diese Haltung ist die Befürchtung, Maghrebiner, Afrikaner und Südamerikaner, die sich mehr oder minder legal auf der iberischen Halbinsel aufhalten, könnten ungehindert nach Frankreich weiterwandern."[13]

Die Reaktion der PSOE-Regierung folgte prompt und bestand in umfangreichen Razzien gegen Illegale, die ohne irgendeinen rechtlichen Schutz zu Hunderten abgeschoben wurden, in der Mehrheit MarokkanerInnen. „No hay derecho", dafür gibt es kein Recht, hieß der Kommentar in *El Pais*, einer ansonsten sehr regierungsnahen Zeitung. Trotz der Bestimmungen des Ausländergesetzes gäbe es keinen Grund für diese Behandlung von „ehrbaren, wenn auch nicht mit ausreichenden Papieren ausgestattenen ausländischen Bürgern, die bis noch vor wenigen Tagen mit ihrer Arbeit dazu beitrugen, Reichtum zu schaffen ... Eine traurige Zusammenarbeit, die einen pessimistischen Blick auf die Zukunft Europas eröffnet, eines Europas der Diskriminierung und der Zurückweisung und nicht der Freiheit und des Pluralismus."[14]
Auf dem am 1. Juli folgenden Gipfeltreffen versprach Rocard seine Unterstützung für den Sitz der neuen europäischen Umweltbehörde in Madrid und für den Beitritt zum Schengener Abkommen, das am 25. Juni 1991 von Spanien und Portugal unterzeichnet wurde und weitere ausländerpolitische Verschärfungen mit sich brachte.[15] Der gemeinsamen Visumspolitik war Madrid schon einen Monat zuvorgekommen. Am 15. Mai 1991 führte Spanien die Visumspflicht für BürgerInnen aller Maghreb-Staaten ein. Eine Sonderregelung gilt nur für die zu Spanien gehörenden Städte auf der afrikanischen Seite des Mittelmeers, Ceuta und Melilla, für die es weiter einen kleinen Grenzverkehr mit Tagesvisum zu den angrenzenden marokkanischen Provinzen gibt. Als Ausgleich dafür wurden die Grenzkontrollen zwischen Ceuta und Melilla und der europäischen Seite beibehalten. Die Einreisebestimmungen für Nicht-EG-AusländerInnen wurden weiter verschärft. Sie müssen seit 1991 nicht nur ein Rück- oder Weiterreiseticket und ein entsprechendes Visum vorweisen, sondern auch pro Tag des Aufenthaltes 5000, mindestens aber 50 000 Peseten.

Als Ausgleich für die Einführung der Visumspflicht wurde auch 1991 wiederum eine Amnestie erlassen, mit der rund 120 000 der ca. 300 000 Illegalen ihren Aufenthalt sichern konnten. Auch hier war die Voraussetzung, einen Arbeitsvertrag von mindestens einem halben Jahr vorzuweisen, nur schwer zu erfüllen, da das Interesse der Unternehmer genau der mit der Illegalität verbundenen Niedriglohnarbeit gilt.[16]

Durch den Druck der EG-Staaten wurde Spanien einerseits zum Bestimmungsland für ImmigrantInnen aus den Maghreb-Staaten, mit der Umsetzung einer Ausländerpolitik à la EG wurden diese Einwanderer in wachsendem Maße illegalisiert und zum Gegenstand polizeilicher Verfolgung gemacht. Razzien gegen Illegale, die noch 1990 laute Proteste in der spanischen Presse hervorriefen, gehören heute zum Alltag der Großstädte und werden zum Teil mit der Bekämpfung des Drogenhandels gerechtfertigt. Kriterium ist hier – wie kann es anders sein – die Hautfarbe.

Boat people auf dem Weg nach Europa

Illegalisierung und Rassismus seitens der Polizei ist die eine Seite der neuen spanischen Ausländerpolitik, die andere Seite stellen ab 1991 die immer waghalsigeren Formen der illegalen Einreise über die Meerenge von Gibraltar dar.[17] Bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 1991 wurden 400 marokkanische *boat people* von de: *Guardia Civil* aufgegriffen und nach Marokko zurückgebracht, wobei zu vermuten ist, daß die meisten dieser Personen nach Mai, also nach der Verhängung der Visumspflicht, auf diese gefährliche Weise ihr Glück versuchten.[18] 1992 wurden in der Provinz Cadiz ca. 1600 Personen festgenommen, die auf Booten aus Marokko gekommen waren.[19] Bei den Booten handelte es sich zumeist um kleine Fischerkähne, die für Küstengewässer, aber keinesfalls für eine Überquerung der Meerenge tauglich waren. Marokkanische Behörden schätzten, daß 1991 ca. 1000 Personen bei der Überfahrt ertranken.[20] In den ersten 10 Monaten 1992 wurden 23 Leichen auf der spanischen Seite angespült, für denselben Zeitraum schätzen spanische Behörden ca. 400 Ertrunkene, eine Zahl die zu niedrig gegriffen sein dürfte.[21]

Unter den *boat people* waren aber nicht nur MaghrebinerInnen, sondern ca. 15 % Personen aus Schwarzafrika, die bis 1990 vorwiegend über die Kanarischen Inseln nach Spanien gelangt waren und denen nach einer Verstärkung der Kontrollen und einer Zunahme der Festnahmen seit Juli 1990 dieser Weg weitgehend verbaut wurde.[22] Während Marokko die Rückschiebung eigener Staatsangehöriger weitgehend formlos akzeptierte, stellte die Rückschaffung von Menschen aus Schwarzafrika für die spanischen Behörden ein Problem dar. Da ihre Identität in den seltensten Fällen nachgewiesen werden konnte und der illegale Aufenthalt zu diesem Zeitpunkt nur eine Ordnungswidrigkeit darstellte, war man in Spanien gezwungen, die Illegalen nach vier Wochen wieder freizulassen.
Diese Situation änderte sich zunächst auch mit dem am 13. 2. 1992 zwischen Spanien und Marokko geschlossenen Rückübernahmeabkommen nicht. Mit dem Anwachsen der Zahl der *boat people* in den Sommermonaten 1992 wurde die Frage der Rückschiebung von AfrikanerInnen zum Gegenstand eines diplomatischen Konflikts zwischen den beiden Staaten. Am 12. Juli 1992 wiesen die spanischen Behörden 84 afrikanische Flüchtlinge ins Niemandsland zwischen der Enklave Melilla und Marokko zu-

rück, wo sie 15 Tage aushalten mußten. Die marokkanische Seite blieb hart und die spanischen Polizeien mußten nach andauernden Protesten von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen am 27. Juli nachgeben: die Flüchtlinge wurden auf das spanische Festland gebracht, allerdings in die Abschiebehaft.[23] Nach hektischen Konsultationen wurden am 24. August 77 AfrikanerInnen, darunter 52 aus der besagten Gruppe nach Tanger überstellt, trotz der Tatsache, daß der überwiegende Teil inzwischen einen Asylantrag gestellt hatte.[24] Von Ende August bis Ende September wurden weitere 200 Nicht-MarokkanerInnen von Marokko „zurückgenommen".[25]

Zwar gab es auch in den folgenden Jahren wieder vergleichbare Situationen,[26] insgesamt aber scheint Marokko seine Position geändert zu haben. Die Aufsicht über den Bootsverkehr wurde verstärkt, Fischerboote mußten neu registriert werden. Der Ankündigung vom November 1992, die Grenzkontrollen verstärken zu wollen, folgte der Bau zusätzlicher 160 Küstenbeobachtungsposten – teilfinanziert durch die EG. Gleichzeitig führte Marokko die Visumspflicht für alle afrikanischen Länder mit Ausnahme der Maghreb-Union ein, womit der Staat Hassans seinerseits verhindern wollte, zum „Stauraum" für afrikanische Flüchtlinge und ImmigrantInnen mit Ziel Europa zu werden.[27] Gelder zur Unterstützung der marokkanischen Polizei dürften auch über das UN-Drogenkontrollprogramm geflossen sein, das einen der wichtigsten Transferriemen der internationalen Polizeihilfe darstellt.

In Spanien wurden im Herbst 1992, nach Ende der Olympiade und der Weltausstellung, deren Sicherung die Hauptaufgabe der *Guardia Civil* im Jahre 1992 darstellte, starke Kräfte der im Vorjahr gebildeten *Guardia Civil del Mar* (Seeabteilung) an die andalusische Küste verlegt. 125 Beamte einer Spezialeinheit, mit insgesamt fünf Schnellbooten und zwei Patrouillenbooten ergänzten damit den Zollüberwachungsdienst, dem bis dahin in großem Maße die Kontrolle der Küste in Tarifa (Provinz Cadiz) oblag. Auch an Land sollte das Personal der beiden Staatspolizeien (*Guardia Civil* und *Policia Nacional*) in der Provinz Cadiz auf 3400 Mann erhöht werden.[28]

■ *Heiner Busch ist Mitherausgeber von Bürgerrechte & Polizei/CILIP. Die Zeitschrift erscheint dreimal jährlich (Redaktion CILIP, FU Berlin, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin). Sein Buch „Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa" erschien 1995 im Verlag Westfälisches Dampfboot.*

1 Spanien sei mit dem NATO-Beitritt und der Eingliederung in die EG-Politik der Abschottung gegen Flucht und Einwanderung vom Kopf Afrikas an den Hintern Europas gerückt, so ein katalanischer Anwalt in einem Gespräch mit dem Autor 1991.

2 Zwei Beispiele: 1. Das deutsche Ausländerzentralregister wurde 1953 gerade vor dem Hintergrund dessen aufgebaut, daß die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte eine genauere Kontrolle der ausländischen Bevölkerung erfordere. Das AZR war 1966 die erste bundesweite Datenbank, die automatisiert wurde. Obwohl vom Bundesverwaltungsamt geführt, ist diese Datenbank von Anfang in erster Linie ein Fundus für Polizei und Verfassungsschutz gewesen. 2. In der Schweiz deckte eine Parlamentarische Untersuchungskommission 1989 die exzessive Erfassung der Bevölkerung durch die politische Polizei im Kalten Krieg auf. Von den 900 000 Fichen (Karteikarten) der Bundespolizei, des Staatsschutzes, bezogen sich 600 000 auf Ausländer. Trotz offener Grenzen gibt es also keinen Grund, die 50er Jahre ausländerpolitisch zu verklären.

3 Die Listen der visumspflichtigen Staaten findet sich jeweils in der Durchführungsverordnung des Ausländergesetzes.

4 Siehe u. a. Paul Gordon: White Law. Racism in Police, Courts and Prisons, London (Pluto Press) 1983.

5 Zwischen den Maßnahmen der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, der Benelux-Staaten, der Schweiz und Österreichs sowie der skandinavischen Länder wird man im Prinzip keine wesentliche Differenz finden.

6 Etwa 60 % aller Datensätze der bundesdeutschen INPOL-Personenfahndung beziehen sich auf auszuweisende oder unerwünschte AusländerInnen.

7 Einer der offensichtlichsten Fälle für eine solche Konkurrenz war das Gezerre um das Transitloch des Ostberliner Flughafens Schönefeld. 1985/86 rangen die Regierungen der BRD, Dänemarks und Schwedens um die Gunst des ansonsten so gehaßten SED-Regimes, das nach langem Hin und Her Transitvisa zunächst nach Westdeutschland, dann nach Schweden und Dänemark und schließlich nach Westberlin nur noch nach Vorlage eines gültigen Einreisevisums erlaubte. Siehe detaillierter in meinem Buch, Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa, Münster (Westfälisches Dampfboot) 1995, S. 89 ff.

8 Siehe Europäisches Parlament, Bericht im Namen des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte zu den Fragen des Asylrechts, Berichterstatter: Heinz Oskar Vetter, PE Dok A 2-227/ 86/B vom 23. 2. 1987. Vetter analysiert die inhumane Asylpolitik der EG-Staaten und zeigt die Auswirkungen der Konkurrenz der nationalen Abschottungspolitiken deutlich auf. In dem Bericht und der dazugehörigen Entschließung fordert das EP u. a. die Ausdehnung des Flüchtlingsbegriffs auch auf Bürgerkriegs- und Kriegsflüchtlinge, ein europaweites Asylgrundrecht, die Beendigung des Mißbrauchs der Visumspolitik als Mittel der Fernhaltung von Flüchtlingen, einen Lastenausgleich unter den EG-Staaten für die Aufnahme von Asylsuchenden, deren soziale Sicherung etc. Das Dokument sollte insbesondere Mitgliedern der SPD unter die Nase gerieben werden als Erinnerung daran, was ihre Partei in den vergangenen Jahren alles an grund- und menschenrechtlichem Ballast über Bord geworfen hat.

9 Das Bundesministerium des Innern hat Anfang 1996 zum 1. Jahrestag des Inkrafttretens des SDÜ eine kostenlose Broschüre („Das Schengener Abkommen") mit den beiden Schengener Abkommen und sämtlichen Protokollen veröffentlicht. Erhältlich beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Tel.: 02 28 / 2 08 42 90)

10 Zum institutionellen Rahmen der Dritten Säule siehe Bürgerrechte & Polizei/CILIP 53, 1/ 1996, S. 6 ff. Zu den asylpolitischen Beschlüssen siehe im selben Heft den Beitrag von Olaf Neussner, S. 64 ff.

11 *El Pais* 30. 5. 1990.

12 Nach Daten aus den Berichten der *Associacion pro derechos humanos de España.*

13 *El Pais* 30. 5. 1990.

14 *El Pais* 3. 6. 1990.

15 Siehe die Zusatzprotokolle bei Unterzeichnung des Schengener Abkommens.

16 Taz 30. 6. 1991.

17 Siehe insgesamt hierzu den Beitrag von Maurice Lemoine in *Le Monde diplomatique*, 12/ 1992, S. 22–23.

18 Siehe u. a. *Das Parlament* 13. 3. 1992.

19 *Der Spiegel* 16. 11. 1992.

20 *Afrika-Post* 11/1992, S. 14f.

21 *Der Spiegel* 16. 11. 1992.

22 Siehe *El Pais* 25. 7. 1990.

23 *El Pais* 28. 7. 1992.

24 *El Pais* 25. 8. 1992.

25 *El Pais* 30. 9. 1992.

26 U. a. im Niemandsland zwischen Ceuta oder Melilla und Marokko 1994, siehe u.a. die fortlaufende Berichterstattung in Statwatch (erhältlich über PO Box 1516, London N 16 OEW).

27 *Taz* 21. 11. 1992.

28 *El Pais* 10. 9. 1992.

„Laßt die Ziegen nicht entwischen ..."

... meint Bekir Coşkun, einer der scharfzüngigsten türkischen Journalisten, in seiner Kolumne „Das zehnte Dorf" in Hürriyet vom 4. 2. 1996 zur türkisch-griechischen Krise um die Felseninsel Imia (gr.) bzw. Kardak (tr.) in der Ägäis. Schon lange herrscht zwischen den beiden Staaten Streit darum, welcher Teil des Meeresbodens, der zwischen dem Festland und den Inseln liegt (Festlandsockel), zum Territorium des jeweiligen Staates gehört – bei dem verwinkelten Küstenverlauf in der Ägäis eine schwierige Angelegenheit.
Die Türkei stellt seit der Invasion auf Zypern die bestehende Grenzziehung in der Ägäis in Frage und spricht von einer Grauzone unklarer griechischer Souveränitätsansprüche. Griechenland beruft sich auf das internationale Recht – viele von Ankara beanspruchte Inseln sind selbst auf türkischen Marinekarten als griechisch ausgewiesen. Dennoch sind einige Details der Abkommen, die die Frage eigentlich regeln sollten, tatsächlich nicht ganz eindeutig.
Anfang Dezember 1995 lief ein türkisches Frachtschiff auf die unbewohnte Felseninsel Imia/Kardak auf. Griechenland und die Türkei beanspruchten jeweils die exklusive Zuständigkeit für seine Rettung. Damit kam die Frage auf, zu welchem der beiden Staaten diese und ähnlich gelegene Inseln gehören.
Im Januar hißten türkische Journalisten eigenmächtig und provokativ die türkische Fahne auf der Insel; Griechen rissen sie prompt wieder herunter. Ein griechischer Schäfer kam daraufhin von einer Nachbarinsel, und setzte auf Imia/Kardak Ziegen aus. Die Staatsverträge besagen nämlich, daß bewohnte oder bewirtschaftete Inseln zu Griechenland gehören. Auch andere kleine Ägäisinseln werden so genutzt. Auf Imia/Kardak hatten die Ziegen mangels Süßwasser aber keine Überlebenschance, weswegen türkische wie griechische Naturschützer die Aktion verurteilten.
Inzwischen befanden sich die beiden Länder schon fast im Kriegszustand. Nur die ausgiebige Vermittlung der US-Regierung konnte die Regierungen der beiden NATO-Staaten bewegen, ihre bereits aufgefahrenen Kriegsschiffe wieder abzuziehen. Inhaltlich ist der Konflikt bis heute nicht geklärt. Bei diversen Anlässen nehmen die Spannungen sofort wieder zu, so etwa im Juni, als die Türkei im Osten und Südosten der Ägäis die Manöver „Efe" und „Seewolf" abhielt.

Jetzt besteht das Problem also in *den Ziegen* auf den Felseninseln ... Trotz aller Anstrengungen und Nachforschungen der privaten Fernsehkanäle ist *die politische Identität der Ziegen* bisher nicht geklärt ... Nach Ansicht einiger Leute sind es *griechische Ziegen* ... Was würde das bedeuten? Würde daraus für Griechenland zusätzlich zum Anspruch auf den Festlandsockel ein Anspruch auf einen *Ziegensockel* hervorgehen? *„Nein, natürlich nicht!"* Denn wenn die *Ziegen* davonlaufen, würde sich nach dem internationalen Seerecht auch der *Sockel* verschieben. So sind die Ziegen ... Nach Ansicht anderer sind diese Ziegen dieselben wie unsere *anatolischen Ziegen* ... Dann könnte man ja von einem *„natürlichen Ausläufer"* sprechen ... analog zu den *Hoheitsgewässern* also *Ziegengewässer* ...

Die Ausbreitung von Ziegen auf der Insel läßt sich von der Ägäisfrage nicht trennen ... Denn daß Ziegen dort *auflaufen* (çikarma), muß als eine eine neue Methode der militärischen *Landung* (çikarma) angesehen werden ... Wenn Sie ab jetzt einen Soldaten sehen, der eine *Ziege* auf dem Rücken trägt, ja, dann ist wohl eine Landungsoperation angesagt. Es kann sein, daß das Hissen von Fahnen nicht so wirkungsvoll ist wie das Laufenlassen von Ziegen ... Denn nicht zuletzt unsere Reporterkollegen[1] haben bewiesen, daß es nicht so schwer ist Fahnen herunterzureißen ... Aber *Ziegen hissen* ... pardon, *Ziegen laufenlassen* ist etwas anderes ... Um die herunterzubekommen, mußt Du sie erst mal fangen ... Da ist es auch vergebens, wenn die verehrte Ministerpräsidentin erklärt: *„Diese Soldaten müssen weg, diese Ziege muß herunter."*[2] Denn wer fängt die *Ziege* ein ... Wenn die Methode *„Ziegen los"* sich weiter entwikkelt, werden auch die militärischen Begriffe etwas anders sein ... Dann wird der *Staatspräsident* den *Generalstabschef* fragen: *„Habt ihr die Ziegen losgelassen?"* Und während wir in Krisen um Felseninseln und ähnliches unseren Verstand anstrengen, wird es auch vorkommen, daß die *Ziegen entwischen* ... Frieden zu schaffen wird hingegen vom *Starrsinn der Ziegen* abhängen ...

Alle haben sich zurückgezogen, die *Ziegen* sind noch da ... Türkische und griechische Umweltschützer haben sich gemeinsam daran gemacht, die *Ziegen* zu retten. Von beiden Seiten sind Leute zusammengekommen, um einen Weg zu finden, *die Ziegen* von diesem wasserlosen Eiland zu retten ... Warum? *Weil die Umwelt, die Natur, das Grüne keine Nation kennen ... auch die Ziegen nicht ...*
Sollte es jetzt allerdings wichtig geworden sein, welcher Nation die Ziegen angehören ... dann bleiben Sie sich selbst treu und passen auf, daß Ihnen *die Ziegen nicht entwischen ...*

■ *Übersetzung und Anmerkungen: R. Ofteringer*

---

1 Es war u. a. ein Team von Hürriyet, das die griechische Fahne auf Imia herunterholte, dann türkische Fahnen hisste und so die Eskalation provozierte. „Reporters sans frontiers" rügte diese Aktion scharf.

2 Ministerpräsidentin Çiller hatte erklärt: „Diese Soldaten müssen gehen, diese Fahne muß weg."

Stimmen des Mittelmeeres

Ein maghrebinisch-italienischer Literaturkongreß in Genua

Sibylle Kroll

Während die Lagunenstadt Venedig sich trotz Nebel, Regen und Kälte ganz dem Karneval hingab, widmete sich ihre alte Konkurrentin Genua bei strahlendem Wetter ernsthaften Dingen. Unter dem Titel „Stimmen des Mittelmeeres" trafen sich im Februar dieses Jahres je ein Dutzend italienische und maghrebinische Schriftsteller zu einem Kongreß im Palazzo San Lorenzo am alten Hafen von Genua. Der *Consiglio Regionale della Liguria* und die Ende 1994 in Neapel gegründete Stiftung *Laboratorio Mediterraneo* hatten einige der berühmtesten Vertreter der modernen maghrebinischen Literatur eingeladen: so z. B. die Marokkaner Mohammed Choukri, Driss Chraibi, Tahar Ben Jelloun und Abdellatif Laabi, die Tunesier Albert Memmi und Abdelwahab Meddeb sowie die Algerierin Assia Djebar und ihren Landsmann Habib Tengour.
Die Veranstalter hatten ehrgeizige Ziele: Frieden im bürgerkriegsgeschüttelten Mittelmeerraum und das Wiederaufblühen einer eigenständigen mediterranen Kultur. Ein freier Gedankenaustausch über die Rolle des Schriftstellers als kritischer Zeuge seiner Gesellschaft sollte den Weg zu diesen Zielen ebnen. Der tunesische Soziologe Albert Memmi äußerte allerdings einen Hauch Skepsis gegenüber diesen hehren Absichten: „Ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich glaube, daß die Politiker damit auch ökonomische Ziele verfolgen. Sicherlich wollen sie Autos verkaufen. Das ist normal. Dieser internationale Austausch mit den Eliten der jeweiligen Länder erleichtert das Geschäftemachen zweifellos beträchtlich."
Auch der marokkanische Star-Autor Tahar Ben Jelloun zweifelte an der Tragweite der Veranstaltung: „Man darf sich keine Illusionen machen über die Wirkung solcher Zusammenkünfte. Meiner Ansicht nach finden unsere Begegnungen in erster Linie auf zwischenmenschlicher Ebene statt: sich treffen, miteinander reden. Ich glaube aber kaum, daß es uns gelingen wird, die EG zu beeindrucken. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man dort morgen früh radikale Entscheidungen treffen wird, welche die Wirtschaftspolitik des Nordens gegenüber dem Süden verändern."
Angesichts solcher Vorbehalte mußte die Aufgabe der eingeladenen Autoren relativiert werden. Abdellatif Laabi, der als Mitarbeiter der legendären marokkanischen Literaturzeitschift „Souffles" acht Jahre ins Gefängnis mußte, sieht seine Funktion nicht in der direkten Problemlösung: „Besitzt ein Schriftsteller eigentlich Antworten? Besteht seine Rolle überhaupt darin, Antwort zu geben? Ich glaube, daß Schriftsteller und Dichter der Welt, der Realität und ihresgleichen eher Fragen stellen als Antworten geben müssen."



Abdelhak Serhane
Foto: Jacques Choinsel

Welches waren nun die Fragen, die während des Kongresses diskutiert wurden? Da war zunächst das Problem der Sprache: Warum schreiben die meisten maghrebinischen Gegenwartsautoren in Französisch und nicht in Arabisch? Diese Frage brachte Abdelhak Serhane „auf die Palme", denn sie ist keineswegs neu: „Wir alle, die wir heute hier sind, haben Werke vorzuweisen, die ins Italienische übersetzt wurden. Trotzdem hat niemand während dieser zwei Tage uns Fragen über unsere Arbeit als Schriftsteller gestellt. Statt dessen will man uns unbedingt Schuldgefühle aufdrängen wegen der Verwendung einer Sprache, die wir zufällig lernen mußten. Man hat uns die französische Sprache gelehrt. Die kleinen Palästinenser haben überhaupt keine Sprache benutzt. Sie haben Steine benutzt, und man hat sie gehört. Ich, meinerseits, bediene mich der französischen Sprache, eben damit man mich hören kann."
Doch Sprache ist nicht nur Problem, sondern auch Chance. Chance zum Dialog. Mit Hilfe der tüchtigen und am Ende völlig erschöpften Simultanübersetzerinnen näherten sich die Schriftsteller von diesseits und jenseits des Mittelmeeres schließlich doch ihrem Ziel einer gemeinsamen kulturellen Identität. Dazu trug auch die Forderung des Marokkaners Laabi bei:
„Unser Dialog wäre – zumindest für mich – wesentlich fruchtbarer, wenn wir versuchen würden, unsere Gemeinsamkeiten zu erkennen, anstatt immer nur die Unterschiede zu betonen. ich persönlich habe häufig gar keine Lust, mich als Marokkaner oder Araber zu bezeichnen. Selbstverständlich bin ich Araber, aber ich bin nicht nur das. Meine Identität ist in keiner Weise hermetisch."
Bei seinem aufstrebenden italienischen Kollegen Maurizio Maggiani rannte Laabi damit offene Türen ein. „Ich empfinde mich nicht als Okzidentale. ich weigere mich. Ich weigere mich, davon auszugehen, daß das Zentrum des Universums Rom ist."
Man beschwor die Idee einer mediterranen Weltsicht, die sich – so Driss Chraibi – als Gegenentwurf zum „amerikanischen Traum" versteht. Angesichts der Krisenstimmung im Mittelmeerraum mag man sich zu Recht fragen, worin diese alternative Weltsicht besteht. Die abschließende Multimedia-Show „Dove cresce l'ulivo" lieferte eine Art Antwort: Den dargebotenen Bild- und Klangwelten durfte man entnehmen, daß Multikulturalität, Toleranz und traditionsverbundene *ars vivendi* zu den prägenden Merkmalen

dieses „mediterranen Traums" zählen. Aus solch idealistischen Höhenflügen holte Abdelhak Serhane die in Genua versammelten Autoren zurück auf den Boden pragmatischer Tatsachen und drängender Zukunftsprobleme: „Wir haben sehr viel von Kultur und Literatur gesprochen: Ich glaube, daß die heutige Realität zuallererst eine ökonomische und politische Wirklichkeit ist. Die Realität von heute, das ist die Realität der Intoleranz. Die Realität des Rassismus. Die Realität des Todes. Die Berliner Mauer ist nie gefallen: Ich glaube ,daß die Menschheit sie nur an einen anderen Ort versetzt hat. Sie hat sie im Mittelmeer errichtet, zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen reich und arm."

■ *Sibylle Kroll arbeitet als freie Journalistin und lebt in Köln.*

Die UNESCO und der euro-mediterrane Dialog

Ekkehard Rudolph

,Mittelmeerpartnerschaft' ist nicht erst seit der Barcelona-Konferenz 1995 ein Symbolbegriff europäischer Süd-Politik. Symbolbegriffe haben allerdings oft – dies zeigt sich auch am Verhältnis Europas zu seinen südlichen und östlichen Nachbarn am Mittelmeer – die Eigenschaft, von realpolitischen Bedingungen in Frage gestellt zu werden.

Das Mittelmeer erscheint heute eher als Schnittstelle zwischen Wohlstand auf der einen und Armut auf der anderen Seite denn als gemeinsamer Kultur- und Lebensraum von Franzosen und Algeriern, Spaniern und Marokkanern, Türken und Griechen, Israelis und Palästinensern. Die gravierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Mittelmeerländern von Algerien über den Nahen Osten und die Türkei bis zum ehemaligen Jugoslawien und die von Zurückhaltung bis Abschottung diktierte Politik der europäischen Gemeinschaft dämpften in den letzten Jahren allzu große Erwartungen an eine emanzipatorische Mittelmeerpolitik, die diesen Namen verdient.

Dabei enthält der Mittelmeer-Ansatz ein Potential, meint Thierry Fabre, langjähriger Chefredakteur der französischen Kulturzeitschrift „Qantara", das weit über den fragmentarischen, größtenteils als Alibi-Kommunikation erscheinenden euro-arabischen Dialog der siebziger und achziger Jahre hinausgeht, da es die gemeinsame Verantwortung verschiedener Völker und Staaten für ein und dieselbe Weltregion ins Zentrum rückt.[1]

Mit der Verabschiedung der Erklärung von Barcelona und des dazugehörigen Arbeitsplans gelang es den 27 auf der Konferenz vertretenen Außenministern im letzten November immerhin, eine Grundlage für eine zukunftsweisende „euro-mediterrane Partnerschaft" zu legen. Größte Aufmerksamkeit erlangte dabei in der Öffentlichkeit die Aussicht auf eine umfassende Mittelmeer-Freihandelszone spätestens im Jahr 2010 und die Bereitstellung von zusätzlichen EU-Finanzhilfen und Sonderkrediten für wirtschaftliche und strukturelle Reformen in den Mittelmeerländern.

Weniger spektakulär, aber mindestens ebenso bedeutsam nimmt sich dagegen die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten aus, die interkulturelle Verständigung und den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften in der Region intensiv zu fördern.[2]

Diese Verpflichtung bedeutet zweifellos einen großen Ansporn für das kreative interkulturelle Engagement von zwischenstaatlichen Organisationen, NGO's, Initiativen und Verbänden auf nationaler wie auf internationaler Ebene, das es seit Jahren gibt. Nach den Worten von Muhammad Arkoun, einem der geistigen Vordenker des euro-mediterranen Kulturdialogs, werde es keine wirtschaftliche Entwicklung geben, wenn sie sich nicht auf einer Kulturpolitik gründet, auf ein europäisches Selbstverständnis, das die Kulturen und Traditionen des Mittelmeerraums in ihrer Vollständigkeit wahrnimmt. Aufgabe muß es sein, die wirtschaftsorientierte Realpolitik der Europäer endlich mit einer intellektuellen und kulturellen Dimension anreichern.[3]

Das Mittelmeerprogramm der UNESCO

Zu den Organisationen, die sich auf vielfältige Weise dem Kultur- und Begegnungsraum Mittelmeer widmen, zählt an vorderer Stelle die UNESCO.

Seit der Weltkonferenz über Kulturpolitik 1982 in Mexiko City und der dort verabschiedeten Erklärung hat die UN-Sonderorganisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation in ihren vier Programmbereichen immer wieder besonderes Gewicht auf die Mittelmeerregion gelegt.

Mit der Durchführung ihres auf der 27. Generalkonferenz 1993 beschlossenen Mittelmeer-Netzwerkprogramms RUNESMED hat die UNESCO die Europäische Kulturagentur beauftragt, deren Direktor gleichzeitig *Special Adviser* von UNESCO-Generaldirektor Federico Mayor ist.

In Zusammenarbeit mit den nationalen UNESCO-Kommissionen der Mittelmeerstaaten und mit gegenwärtig etwa 600 nationalen und lokalen Organisatio-

nen richtet die UNESCO ihre Aktivitäten vor allem auf drei Ziele aus, erstens, einen substantiellen Beitrag zum bildungs- und kulturpolitischen Fortschritt der Mittelmeerländer zu leisten, zweitens, in den betreffenden Ländern Kooperationen zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor entwickeln zu helfen, und drittens, das Mittelmeer als ökologische und kulturelle Einheit zu stärken.

Ein wichtiges Mittel dafür ist die Unterstützung von bereits bestehenden oder im Entstehen begriffenen Netzwerken, die darauf ausgerichtet sind, konkrete Projekte der Kulturförderung, der Bildungshilfe, der Wissenschaftskooperation oder der Medienunterstützung miteinander zu koordinieren.[4] Eine Vorreiterolle bei der Verwirklichung von Projekten und Tagungen spielen – historisch und geographisch bedingt – entsprechende Institutionen in Frankreich und Spanien.

Bei einer für 1996 geplanten großen internationalen Konferenz des *Network of Mediterranean Study Centres* unter dem Thema „The Mediterranean – a Global Space" ist beispielsweise das Katalanische Mittelmeerinstitut (ICM) gemeinsam mit der UNESCO federführend.



Flüchtlingsunterkunft des Spanischen Roten Kreuzes in Melilla, der größeren der beiden spanischen Enklaven auf marokkanischem Festland. Melilla 1993. *Foto: H. Rimscha/Version*

Initiative für ein Forum Mittelmeerraum

Es liegt im besonderen Interesse der europäischen Mitgliedstaaten der UNESCO, den Prozeß von Barcelona mit eigenen Initiativen zu flankieren.

In einer europäischen Gemeinschaft ohne Binnengrenzen berühren die Probleme der Mittelmeerregion naturgemäß auch Nicht-Anrainerstaaten wie Deutschland. Außerdem lebt teilweise schon seit Jahrzehnten eine beträchtliche Zahl von Einwanderern aus den südlichen und östlichen Mittelmeerländern unter uns. Viele von ihnen kennen die westliche „Das-Boot-ist-voll-Mentalität" und die alltäglichen Spielarten kultureller Abgrenzung zur Genüge.

Angesichts der Verpflichtungen von Barcelona besteht auch hierzulande die Notwendigkeit für ein breites bildungs- und kulturpolitisches Engagement. Denn auswärtige Kulturpolitik und Bildungsinnenpolitik sind, wie der Soziologe Wolf Lepenies anläßlich einer Rede im letzten Jahr formuliert hat, zwei Seiten ein und derselben Medaille.[5]

Aus diesem Grund hat die Deutsche UNESCO-Kommission Anfang des Jahres beschlossen, 1996 ein bildungs- und kulturpolitisches *Forum Mittelmeerraum* in Deutschland anzuregen. Die Mitglieder des Forums sollen Interesse und Neugier gegenüber dem Kulturraum Mittelmeer als Teil der gemeinsamen europäischen Zukunft wecken und stärken. Dies erfordert auch eine neue Beschäftigung mit gemeinsamen Wurzeln und gemeinsamer Geschichte des euro-mediterranen Raumes.

Das Forum versteht sich als Angebot an Institutionen, Initiativen und Multiplikatoren, gemeinsam konkrete Arbeitsvorhaben zu entwikkeln oder bestehende zu nutzen, um einen breiteren interkulturellen Austausch in Deutschland zu ermöglichen und gleichzeitig in der Öffentlichkeit profunde Kenntnisse und Informationen über die Mittelmeerregion zu befördern.

Als Arbeitsinstrument bereitet die Deutsche UNESCO-Kommission zur Zeit ein Verzeichnis der im Mittelmeerraum engagierten Institutionen vor, das zum Jahresende vorliegen soll. Außerdem ist in diesem Jahr ein Workshop geplant, bei dem ein Initiativkreis die Umsetzungsmöglichkeiten von konkreten Projekten beraten soll.

Informationen erhalten Sie über die Deutsche UNESCO-Kommission, Referat Bildung und Erziehung, Colmantstr. 15, 53115 Bonn, Fax: 0228-636912

■ *Dr. Ekkehard Rudolph ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projekt-Koordinator im Bildungsreferat der Deutschen UNESCO-Kommission*

1 Vgl. Thierry Fabre, Neue Ufer am Mittelmeer, taz, 18. 8. 1992

2 Barcelona Conference, Work programme, IV: Partnership in social, cultural and human affairs

3 „Wir brauchen Visionäre", Interview mit M. Arkoun, taz, 6. 2. 1996

4 UNESCO-Mediterranean Programme 1995, 23 S.

5 Wolf Lepenies, Das Ende der Überheblichkeit, Die Zeit, 24. 11. 1995

Der Konflikt um die Westsahara ist unseren Medien nur selten mehr als eine Randnotiz wert. Grund genug für INAMO, sich einmal dem Schicksal dieser letzten Kolonie Afrikas zu widmen. Christoph Steinbrink führt in dieses Thema anhand der Geschichte der westsahrauischen Freiheitsbewegung Frente POLISARIO ein; Marita Matschke beschreibt die Stellung der Frauen in dieser Organisation bzw. in den Flüchtlingslagern. Beide sind Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes (GFSV e. V.)", die auf das Schicksal dieser im algerischen Exil lebenden Flüchtlinge aufmerksam machen will.
Werner Ruf, Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Gesamthochschule Kassel, beschreibt die umstrittene Rolle, die die UNO in diesem Konflikt spielt. Bis heute ist es der UNO nicht gelungen, das seit langem geplante Referendum zu organisieren, in dem die Bewohner der ehemaligen Kolonie darüber entscheiden sollen, ob sie einen eigenen Staat bilden oder zu Marokko, welches das Gebiet seit 1976 besetzt hält, gehören wollen. Rufs befürchtete Eskalation des Konflikts könnte durch die jüngste Entwicklung schnell Wirklichkeit werden. Am 28. Mai 1996 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dem Vorschlag des UN-Generalsekretärs zugestimmt, die Referendumsvorbereitungen auszusetzen und nur ein verringertes Kontingent zur Waffenstillstandsüberwachung vor Ort zu lassen. Dies, obwohl die Frente POLISARIO dem Sicherheitsrat gegenüber erklärt hatte, ein derartiger Schritt rücke die letzte Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konflikts in weite Ferne.

Wer nichts hat, kann noch von allem träumen: Zur Geschichte der Frente POLISARIO

Christoph Steinbrink

Wer von uns verbindet mit der Sahara nicht das Bild von vollkommener Wüste, von unendlicher Weite aus Sand und Geröll: es-sahrâ – das öde Land, unwirtlich und menschenfeindlich! Und doch spielt sich vor diesem Hintergrund der letzte Kolonialkrieg auf afrikanischem Boden ab. Sahara español – so hieß das jetzt umkämpfte Land einst, das gegen Ende der faschistischen Franco-Zeit 1976 überstürzt von den spanischen Kolonialtruppen geräumt und Großmachtsansprüchen Marokkos und seines instabilen Partners Mauretanien überlassen wurde, – ein Landstrich, der auf offiziellen Landkarten und in Reiseführern oft nicht einmal mehr als von Marokko besetzt ausgewiesen, sondern diesem völkerrechtswidrig einverleibt wird.

Das Schicksal der Sahrauis steht stellvertretend für das vieler anderer Völker: Entweder sind sie Opfer mißglückter Entkolonialisierungsprozesse oder werden zu unfreiwillig Handelnden in Stellvertreterkriegen bzw. zum politischen Spielball jener bekannten, unheiligen Allianz der Nachkriegszeit, welche internationale Gremien zum Durchsetzungsinstrument der sogenannten neuen Welt-UN-ordnung degradiert. Gemeint sind jene westlichen Staaten, deren Repräsentanten entsprechend den jeweiligen Wirtschaftsinteressen entscheiden, in welchem Gebiet der Erde die Freiheit des Warenverkehrs, im Bedarfsfall auch die Menschenrechte oder Ansprüche auf Selbstbestimmung verteidigt werden dürfen, – notfalls mit Waffengewalt. Die sahrauische Freiheitsbewegung – heute organisatorisch zusammengefaßt in der *„Frente Popular para la Liberaciòn de Saguia el Hamra y Rio de Oro"* (kurz *„Frente Polisario"*, FP) – hat in ihrer Geschichte Etappen durchlaufen, die durchaus Ähnlichkeiten mit anderen Befreiungsbewegungen aufweisen; sie ist aber zugleich von spezifischen Merkmalen geprägt, die nur aus der Nomadentradition heraus erklärlich und damit einmalig sind.

Europäische Fremdherrschaft: 1884–1975

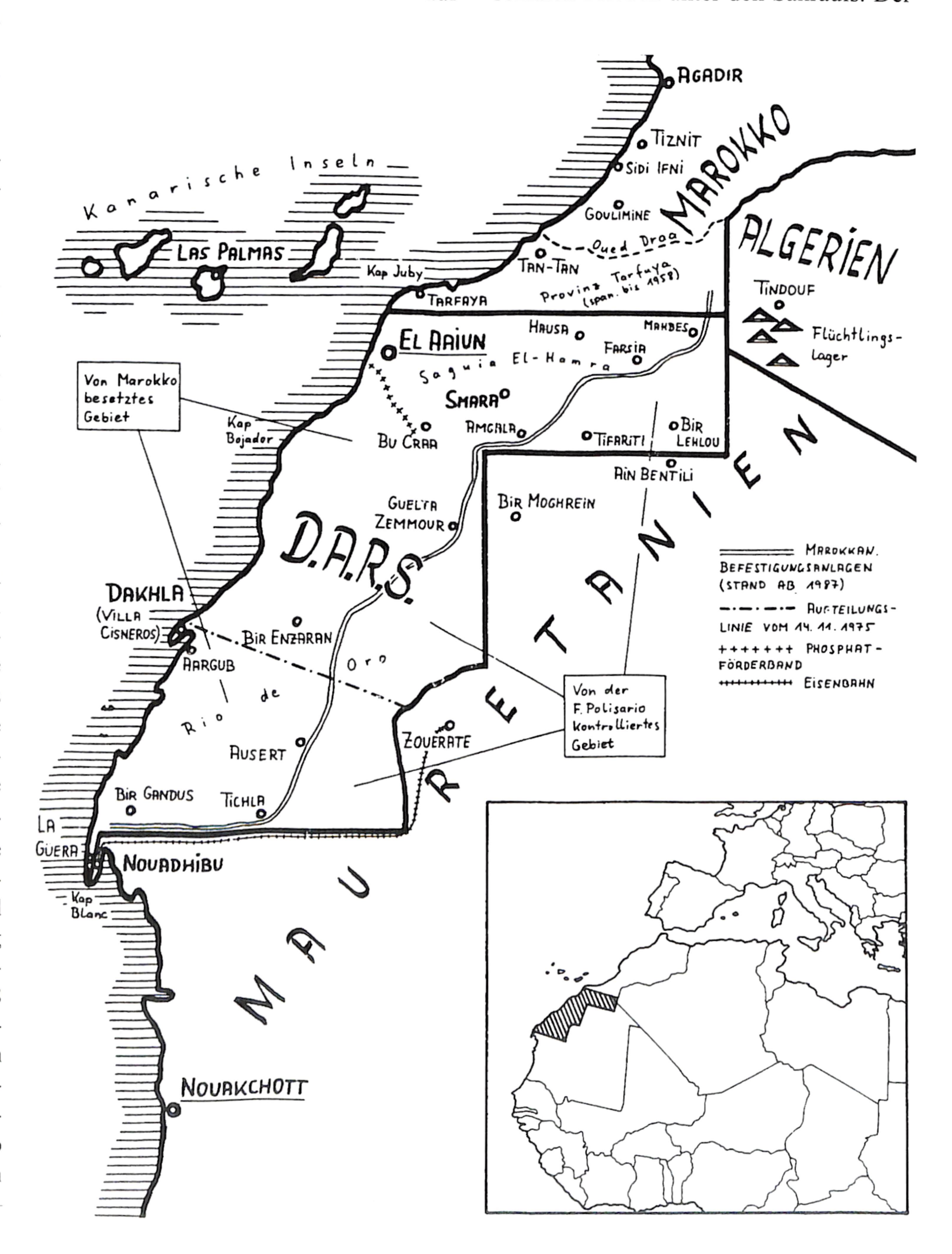
Auf der Berliner „Kongo-Konferenz" 1884/85 erhielt Spanien die Westsahara als Kolonialgebiet zugesprochen, war jedoch aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Schwäche nur in der Lage, Handelsposten an der Atlantikküste zu unterhalten. Das Landesinnere blieb unter der Herrschaft von Nomaden und erst 50 Jahre später begann Spanien mit französischer Unterstützung auch in den Wüstengebieten Militärstützpunkte zu errichten. Wirtschaftlichen Nutzen hat es bis zur Ausbeutung der Phosphatvorkommen Anfang der siebziger Jahre nie aus der Westsahara gezogen.
Bis 1934 war Frankreich der Hauptgegner sahrauischer Widerstandsbewegungen – unter Führung des berühmten Scheichs Ma el-Ainin –, das sich wegen der schwachen spanischen Militärpräsenz zur Ord-

nungsmacht in der Region berufen fühlte. Ein 1912 in Madrid geschlossener Vertrag zwischen beiden Ländern nahm schließlich eine endgültige Grenzziehung vor: Das Gebiet nördlich der Saguia el-Hamra unterstand spanischer Kolonialhoheit und ein schmaler Streifen im Gebiet von Tarfaya (Südmarokko) wurde zum spanischen Protektorat. Damit setzte sich eine Vorstellung aus dem europäisch geprägten, internationalen Recht durch: Eine Bevölkerung wird durch das Staatsgebiet bestimmt, auf dem es siedelt. Dieser Vertrag hat Frankreich jedoch nicht gehindert, zur Sicherung seiner durch häufige Aufstände gefährdeten kolonialen Besitztümer in Marokko, Algerien und Mauretanien militärische Vorstöße in die Westsahara zu unternehmen, um dieses Gebiet als Rückzugsraum für Aufständische auszuschalten. 1913 etwa zerstörte ein französisches Expeditionskorps das bedeutendste Kulturzentrum der Sahrauis, das Städtchen Smara mit seiner Moschee und seiner islamischen Bibliothek.

Nach einer Zeit der relativen Ruhe von etwa 1934 bis Mitte der fünfziger Jahre trugen dann drei Faktoren zu einer schlagartigen Veränderung der Lage in der Westsahara bei: Der Beginn des algerischen Unabhängigkeitskampfes im November 1954, Marokkos Entlassung in die Unabhängigkeit 1956 sowie die Entdeckung riesiger Phosphatvorkommen 1962 bei Bou Craâ durch die Spanier. Unter dem Einfluß der marokkanischen *Istiqlal*-Bewegung – damals noch Symbol islamisch inspirierten Widerstandes gegen den Kolonialismus – bildete sich eine sahrauische Befreiungsbewegung, der es gelang, die spanischen Truppen auf ihre Küstenposten zurückzudrängen. Frankreich und Spanien führten hierauf eine gemeinsame militärische Vernichtungsaktion durch, die sich gegen sahrauische Unabhängigkeitskämpfer und die Zivilbevölkerung gleichermaßen richtete und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung systematisch zerstörte. Ein erster sahrauischer Flüchtlingsstrom bewegte sich 1958 nach Südmarokko und Mauretanien. Spanien band seine Kolonie noch enger an das Mutterland, indem es sie zu einer seiner Provinzen erklärte. Es folgte eine radikale Politik der Sedentarisierung, so daß die Sahrauis – auch auf Grund von Dürreperioden zwischen 1968 und 1973 – von heute auf morgen die traditionelle Weidewirtschaft zugunsten einer modernen, auf Industrie basierenden Wirtschaft aufgeben mußten. Der Preis war die zunehmende Proletarisierung der sahrauischen Männer, die sich als billige Arbeitskräfte im Phosphatabbau verdingen mußten.

Geistiger Neubeginn

Auf der einen Seite kamen diese „neuen" sahrauischen Arbeiter mit der Gewerkschaftsbewegung und den Zielsetzungen linker Strömungen in Europa in Kontakt. Die Sahrauis in Südmarokko nahmen auf der anderen Seite an der marokkanischen oppositionellen Strömung teil und spielten bei der Gründung der *Frente* eine führende Rolle. In dieser Zeit wurde eine spezifisch sahrauische Doktrin entwickelt, die eine Verbindung islamischer Werte mit der historisch gewachsenen Identität darstellte. Diese Identität geht entgegen der Darstellungen ethnozentristischer Geschichtsversionen auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl zurück, das sich trotz Stammeszwistigkeiten entfalten konnte. So wachte z. B. seit dem 18. Jahrhundert der sog. *Rat der Vierzig*, ein Gremium, in das alle Stämme je nach Stärke einen oder mehrere Vertreter entsandten, über den sozialen Frieden unter den Sahrauis. Der



Rückgriff auf gemeinsame, identitätsstiftende Merkmale (z. B. Sprache, Kulturformen) aus der Nomadenzeit ist daher nicht ein nachträglich konstruierter Mythos, sondern ein Rückgriff auf etwas real Bestehendes.

Der Versuch Spaniens, durch das Schaffen des Konsultativorganes *Djemaâ* eine ihm gewogene, sahrauische Elite zu befördern, scheiterte und führte zu einer noch stärkeren Identifikation der Sahrauis mit ihrer Kultur, die sie fortan mit dem Territorium in Verbindung brachten. Dies wird durch die UN-Resolution 2072-xx bekräftigt, in der Spanien zur Entkolonialisierung aufgefordert wird.

Mohammed Saïd Ibrahim Bassir[1] wird zu einer führenden Persönlichkeit der damaligen Unabhängigkeitsbewegung und gründet die erste politische Organisation, die „Avantgarde-Organisation für die Befreiung der Westsahara“. Trotz ihrer Untergrundtätigkeit erhält sie rasch enormen Zulauf. Im Juni 1970 tritt sie anläßlich einer Versammlung der *Djemaâ*, eines von Spanien geschaffenen Konsultativorgans, bei einer Protestdemonstration das einzige Mal an die Öffentlichkeit: Die spanische Truppe eröffnet das Feuer, Bassir wird nachts verhaftet und verschwindet unter mysteriösen Umständen. Dabei war die politische Forderung seiner Gruppe ausgesprochen maßvoll: Sie trat für eine „innere Autonomie“ als Zwischenschritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit ein.

Mit der Waffe für die Freiheit

Von nachhaltigerer Wirkung erwies sich die Aktivität einer Studentengruppe in Rabat um den jungen Sahraui El Ouali Mustapha Sayed. Sie meldete sich unter dem Namen *Frente Polisario* am 10.Mai 1973 in einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu Wort, in dem es unter anderem heißt: „Sahrauische Männer und Frauen: Es ist an der Zeit, daß wir uns der abscheulichen Verschwörung bewußt werden, die der Imperialismus und das faschistische Spanien gegen unser Volk schmieden. Es ist an der Zeit, daß wir die Bedingungen zur Kenntnis nehmen, unter denen unser Volk leidet: das Elend, die Unwissenheit, die Unterwürfigkeit, die Demütigungen und die Unterordnung unter den Kolonialismus. Soll unser Volk auch in Zukunft dieser Sklaverei ausgesetzt bleiben? ... Ihr müßt den Kampf für die nationale Befreiung verstärken, um den Kolonialismus endlich abzuschütteln und in Freiheit und Würde leben zu können. Die Freiheit kommt aus den Gewehrläufen.“

Das Wort *Frente* bedarf der Erläuterung: Darunter ist keine Vereinigung von unterschiedlichen politischen Tendenzen zu verstehen, sondern eine Bewegung, die nur individuelle Kämpfer und keine Organisationen in ihre Reihen aufnimmt. Von Anfang an erschien die FP als eine homogene Bewegung, mit der sich eine Mehrheit des sahrauischen Volkes identifiziert. Beim zweiten Kongreß der FP im August 1974 wurde in einem politischen Manifest das Aktionsprogramm beschlossen. Darin wurde nicht nur die spanische Kolonialherrschaft angeprangert, sondern jeglicher Annexionsanspruch benachbarter Staaten zurückgewiesen. Weitere Schwerpunkte waren die Gründung eines unabhängigen Staates, die Garantie grundlegender Freiheiten für die Bürger, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle durch gerechte Verteilung der Reichtümer des Landes (Nationalisierung der Bodenschätze), kostenlose medizinische Versorgung sowie ein für alle offenes Bildungssystem. Entschiedener Nachdruck wurde auf die Mobilisierung aller Bevölkerungsteile für das gemeinsame Ziel gelegt.

Bereits in diesem sehr frühen Stadium des bewaffneten Kampfes wurde die gleichberechtigte Stellung der Frauen betont, die entschieden über die traditionelle, geschlechtsspezifische Rollenverteilung hinausführte, indem uneingeschränkt politische und soziale Rechte und der Zugang zu allen Ämtern gefordert wurden.[2] Neben zahlreichen sozialistisch inspirierten Elementen enthielt das erste Grundsatzprogramm eine bedeutsame „außenpolitische“ Stellungnahme, in der sich die Sahrauis als Teil der arabischen Revolution betrachteten und für Blockfreiheit und friedliche Koexistenz eintraten.

In einem Punkt erwies sich die FP als sehr strikt: Im Versuch, ideologische Abhängigkeiten zu vermeiden, erlag sie weder den Einflüsterungen Ghaddafis noch aus Bagdad, womit dann zumeist auch angekündigte Waffenlieferungen schnell ihr Ende fanden. Die breite Unterstützung der FP zeigte sich bei einer Demonstration für die Unabhängigkeit des Landes im Mai 1975, anläßlich des Besuches einer UNO-Delegation in der Westsahara. Dies zwang Spanien endgültig zur Aufnahme direkter Kontakte mit der FP. Im Oktober 1975 fand erneut eine Großdemonstration in El Aaiun gegen marokkanische Annexionsbestrebungen statt. Aber Spaniens Versprechen, das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, nachdem El Ouali einen Zeitraum von 15–20 Jahren zugestanden hatte, in dem Spanien erlaubt werden sollte, weiterhin die Fischgründe vor der Küste zu nutzen sowie den Phosphatabbau bei Bou Craâ zu betreiben, waren nur Makulatur.

Die Ereignisse überstürzten sich, am 6. November 1975 überschritten 300 000 marokkanische Zivilisten, den Koran und die marokkanische Fahne schwenkend, im *„grünen Marsch“* die Grenze zur Westsahara. Dem war vorausgegangen, daß die Westmächte allen UNO-Resolutionen zum Trotz (besonders der von 1972, die dazu aufrief, sich „mit dem Kampf der Menschen in der Sahara für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu solidarisieren“ und diesen „Kampf moralisch wie materiell zu unterstützen“) systematisch alle Versuche, ein Referendum abzuhalten oder Hassan II. im Weltsicherheitsrat zu verurteilen, hintertrieben hatten. Die USA hatten z.B. gerade, vom französischen Staat sekundiert, ihre Waffenlieferungen an Marokko erhöht.

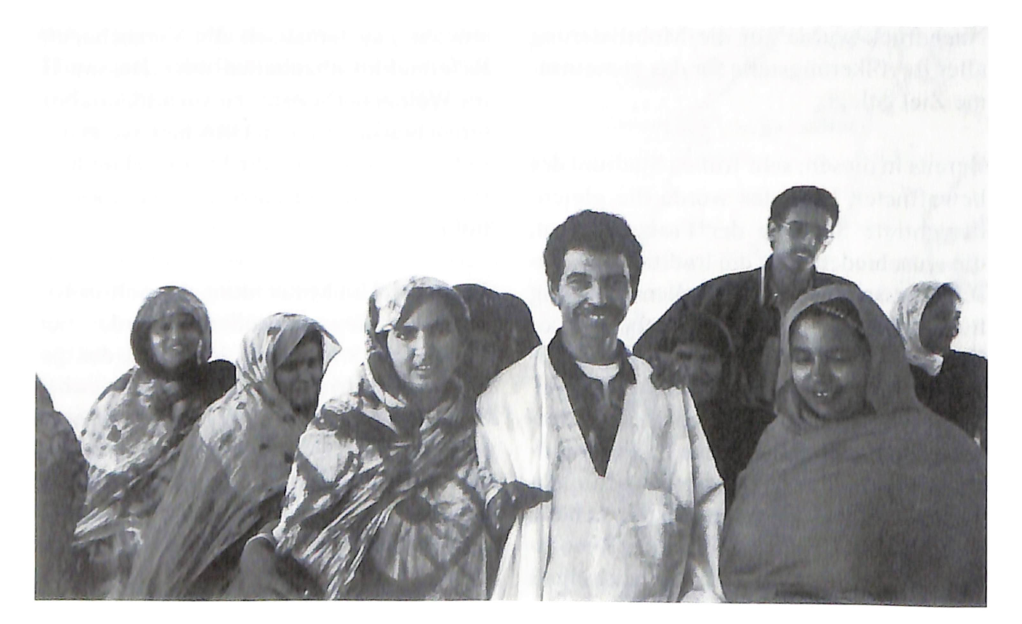
Der Gipfel an Mißachtung der politischen Rechte dieses Volkes wurde am 14. 11. 1975 mit dem Abschluß des geheimen Madrider Abkommens zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien erreicht. Zunächst wurde nur ein Bruchteil des Inhaltes bekannt: Spanien zieht sich aus dem Territorium zurück und schafft eine Verwaltung unter Beteiligung der beiden Vertragsländer. Auf dieser Grundlage besetzten Marokko und Mauretanien das Land militärisch. Systematischer Terror (die Bombardierung eilends von der FP eingerichteter Flüchtlingslager mit Napalm, die Vergiftung von Brunnen und

brutale Vertreibung der Widerstand leistenden sahrauischen Zivilbevölkerung) führte zu dem Einsetzen eines Massenexodus auf benachbartes, algerisches Territorium. Innenpolitisch bedeutete diese völkerrechtswidrige Aktion für Hassan II. eine Atempause: Bedrängt von dem Problem massiver Verelendung der Bevölkerung, zahlloser Arbeiter- und Studentenaufstände, den politischen Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung seiner despotisch-feudalen Diktatur (mehrfache Militärputsche und Attentatsversuche), vermochte der Traum eines marokkanischen Großsultanats emotionale Kräfte im Volk zu binden und eine gefährlich gewordene Armee außer Landes zu beschäftigen.

Neue Strategie der FP

Völlig unzureichend auf einen Zweifrontenkrieg vorbereitet mußte die FP zunächst ihr eigenes Volk im algerischen Exil in Sicherheit bringen, sich dann in die Wüste zurückziehen, um einen Guerillakampf vorzubereiten, und sich politisch bemühen, sich mit seinen Verbündeten, den Algeriern, auf der Ebene internationaler Organisationen – UNO und OAU – durchzusetzen. Am 27. Februar 1976 rief die FP im westsahrauischen Ort Bir Lehlou die *„Demokratische, arabische Republik Sahara"* (D.A.R.S.) aus. Hierin bekannte sich die FP zur Charta der UN, der Arabischen Liga und der OAU sowie zu den Menschenrechten. Ein letztes Angebot einer Föderation wurde von Marokko und Mauretanien ausgeschlagen.

In den folgenden Jahren stellte die FP ihre Fähigkeit unter Beweis, das sahrauische Volk zu einen und den Rahmen für den Aufbau eines Staates zu schaffen. Auch auf internationaler Ebene konnte die FP dank systematischer Öffentlichkeitsarbeit Erfolge verbuchen: 1982 wurde die D.A.R.S. als Vollmitglied in die OAU aufgenommen, was zum sofortigen Austritt Marokkos führte. Bis zum heutigen Tag haben 75 Staaten (darunter so bedeutende wie Indien, Iran oder Mexiko sowie eine Mehrheit afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten) den Exilstaat diplomatisch anerkannt. Militärisch konnte die FP einer vom Westen und den Golfstaaten so hochgerüsteten Armee wie der marokkanischen nur schwer Paroli bieten. Sie verlor rasch die Kontrolle über die Städte, schaffte es aber, in gewagten Kommandounternehmungen bis Nouakschott, der Hauptstadt Mauretaniens, und auf südmarokkanisches Terrain vorzudringen.



Ein sahrauischer Scheich, der aus den Flüchtlingslagern in Algerien zur Mitarbeit in der Identifizierungskommission der UN in die von Marokko besetzte Westsahara gekommen war, und seine Angehörigen.

Foto: Gernot Sauer

Das aufgrund sinkender Wirtschaftsaktivitäten innenpolitisch instabile Mauretanien schloß nach einem Machtwechsel 1979 mit der FP Frieden. Da eine gewaltsame Annexion der Westsahara durch Marokko politische wie militärische Komplikationen zur Folge hatte, begann Marokko 1981 mit dem Bau von Sandwällen die sahrauische Guerillatätigkeit zu unterbinden. Mit massiver westlicher Hilfe wurden mit hochempfindlichen Radaranlagen ausgerüstete Stellungen quer durch die Wüste errichtet. Damit entstand ein militärisches Patt. Im besetzten Teil errichtete Marokko ein brutales Besatzungsregime: Systematisches Verschwindenlassen von Sahrauis, Folter und Tötung von Zivilisten, die Zwangsverheiratung sahrauischer Frauen und Deportation tausender Jugendlicher nach Marokko sind an der Tagesordnung, ohne daß die Weltöffentlichkeit hiervon Kenntnis nimmt.

Lagerleben als ‚Schule der Zukunft'

Die FP führte in den Flüchtlingslagern bei Tindouf/Algerien beeindruckende Aufbauleistungen durch: In einer systematischen Alphabetisierungskampagne – gestützt auf ein schrittweise entstehendes Schulsystem – wurde die Analphabetenquote in der Bevölkerung drastisch reduziert; es entstand ein sehr wirksames medizinisches Versorgungsnetz; unter großen Anstrengungen wurde die Wüste bewässert und ertragreich Gemüse angebaut; gezielt gefördert entstanden Handwerksstätten zur Produktion von im Alltag benötigten Gegenständen. Oberstes Ziel aller Bemühungen sind ein eigenständiger Beitrag zum Überleben, die Stärkung des gemeinsamen Freiheitswillens, die allmähliche Ablösung von der Nomadengesellschaft und die Schaffung einer Grundlage für einen unabhängigen Staat.

Blick in eine ungewisse Zukunft

Das Jahr 1989 wurde von zwei markanten Ereignissen geprägt: Der „Siebte Allgemeine Volkskongreß" der FP verabschiedete eine Verfassungsänderung, und im

Januar kam es zur einzigen direkten Begegnung zwischen Hassan II. und hochrangigen Vertretern der FP, die u.a. einen von ihr einseitig erklärten Waffenstillstand zur Folge hatte. In der neuen Verfassung wurden insbesondere die individuellen und sozialen Rechte der Staatsbürger präzisiert: Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 9), Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens (Art. 10), Schulbildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit werden gewährt ebenso wie der Schutz der Behinderten und Sorge für die Alten (Art. 26). Die persönliche Freiheit wird garantiert (Art. 29). Der Staat trägt zudem die Verantwortung für die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes zwischen den Geschlechtern (Art. 24). Nach Herstellung der vollen Souveränität soll die legislative Gewalt auf einen sahrauischen Nationalrat übergehen. Damit werden Konturen des zukünftigen Staates sichtbar. Die direkte Begegnung mit Hassan II. beleuchtet eine Grundstrategie der FP: Sie versucht durch direkte Gespräche mit den Konfliktpartnern auf drei Ebenen Fortschritte zu erzielen: Erstens will sie eine Einigung auf die Modalitäten des inzwischen von der UNO übernommenen Referendummodells der OAU erzielen, was trotz des von der UNO im September 1991 nur halbherzig durchgesetzten Waffenstillstandes in greifbarer Nähe schien. Zweitens will sie die Rolle internationaler Organisationen als Garanten für die faire Durchführung eines solchen Referendums festschreiben und drittens wird über Modelle diskutiert, die je nach Ausgang des Referendums die Beziehungen zueinander regeln. Für den Fall, daß sich eine Mehrheit der Sahrauis für einen eigenen Staat entscheidet, hat die FP bereits erhebliche Vorleistungen angeboten: eine eng mit Marokko abgestimmte Außen- und Sicherheitspolitik, weitestgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bleiberecht für marokkanische Siedler in der Westsahara. Hassan II., weiterhin gestützt von einer Mehrheit westlicher Staaten, hat eindeutig auf die Taktik der Abnutzung gesetzt. Ein Referendum kann für ihn ohnehin nur den Beweis für die „Marokkanität“ der Sahara erbringen. Angesichts der systematischen Hintertreibung einer freien Abstimmung, einer Zunahme der Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, weiterer Zwangsansiedlungen von Marokkanern und einer wenig durchsetzungsfähigen UNO, deren Generalsekretäre oft ein ausgesprochen parteiliches Verhalten in diesem Konflikt zeigen, scheint eine friedliche Lösung immer unwahrscheinlicher. Die FP drohte 1994 bereits mit der Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen, denn ein weiteres Warten wird von den Flüchtlingen im Exil immer weniger hingenommen. Erschwerend kommt hinzu, daß Algerien – ein Land am Rande des Bürgerkrieges – als starker Verbündeter zumindest im Bereich der materiellen Unterstützung mittlerweile weitgehend ausfällt.



Sahrauische Flüchtlingsfrau mit Kindern aus einem Polisario-Lager bei Tindouf/Algerien. *Foto: Gernot Sauer*

Das politische Bewußtsein der Sahrauis ist jenseits aller historischen Stammesgrenzen geprägt von einer gemeinsamen nomadischen Kultur und in gleichem Maße von der brutalen Erfahrung von Vertreibung, massiver Unterdrückung und mörderischer Verfolgung durch Marokko einerseits und dem offenkundigen „Verschaukeltwerden“ durch UNO und EG sowie die gesamten westlichen Staaten andererseits, die sich unter Mißachtung internationaler Rechtspositionen weigern, die eigenen Beschlüsse zur Durchführung eines Referendums unter UNO-Aufsicht gegen Marokkos Obstruktionspolitik durchzusetzen. Aufgrund der Erfahrungen verbietet sich jegliches Friedensmodell auf der Basis einer föderalen oder konföderalen Verbindung mit Marokko.

Ähnlich wie in Eritrea ist nationale Unabhängigkeit in einem eigenen Staat unumgänglich, um diesen langandauernden kriegerischen Konflikt zu beenden.

Ein traditionelles sahrauisches Sprichwort lautet: „Wer nichts hat, kann noch von allem träumen.“

■ *Christoph Steinbrink ist Mitglied der Gesellschaft der Freunde des Sahrischen Volkes (GFSV e.V.)*

1 Er wurde 1942 in der Provinz Tarfaya geboren. Nach seinem Abitur in Casablanca studierte er Journalismus in Ägypten und Syrien. Seine Mitarbeit bei marokkanischen Oppositionszeitungen trug ihm Verfolgungen durch die Polizei ein, da er für die sahrauische Unabhängigkeit eintrat. Heute lebt er in der Westsahara.

2 Siehe dazu Marita Matschke in diesem Heft.

Frauen im Befreiungskampf

Marita Matschke

In der traditionellen Nomadengesellschaft gab es aufgrund der harten Überlebensbedingungen in der Wüste eine klare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau mit gleichwertigen Rollen: Während die Männer häufig auf Suche nach Wasser und Weideplätzen waren bzw. Karawanen begleiteten, stellten die Frauen Zelte, Decken, Werkzeuge und Haushaltsgegenstände her, kümmerten sich um das Vieh, waren verantwortlich für den kulturellen Bereich und die Erziehung der Kinder. Die Frau trug in gleicher Weise Verantwortung wie der Mann und hatte an allen Entscheidungen der Familie Anteil oder traf diese allein, wenn der Mann unterwegs war. Durch oft monatelange Abwesenheit der Männer erlangten Frauen Kompetenzen, die ihr Selbstbewußtsein stärkten. Entsprechend tolerant war auch die Religionsausübung: Kein Schleier für die Frau, keine Polygamie und gleiches Scheidungsrecht für Frauen.

Aufgrund der Zerstörung der nomadischen Lebensweise durch die Spanier und der zwangsweisen Seßhaftmachung waren die Sahrauis auf neue Erwerbsquellen angewiesen, wie z. B. den Phosphatabbau, zu dem nur die Männer Zugang besaßen. Die Frauen sahen sich nun mit der Tatsache konfrontiert, daß ihnen ihre bisherige Rolle genommen wurde. Die Spanier eröffneten den Sahrauis insgesamt nur wenige Ausbildungsmöglichkeiten, den Frauen überhaupt keine. So war ihre Rolle nur noch auf den Haushalt beschränkt.

Entsprechend wichtig wurde ihnen deshalb die Veränderung ihrer Lage, denn sie hatten noch das Bewußtsein ihrer früheren Stellung und zeigten deshalb keine Bereitschaft, sich mit ihrer neuen abgewerteten Rolle abzufinden. Daher bildeten oftmals gerade Frauen die Keimzelle der sahrauischen Widerstandsbewegung und identifizierten sich mit dem Befreiungskampf. Die Politisierung der Familie wurde durch die Frauen initiiert. Sie demonstrierten gegen das Kolonialregime, verbreiteten die Informationen der FP, schmuggelten Waffen; manche nahmen sogar an bewaffneten Aktionen teil, und nicht selten wurden sie festgenommen und schwer mißhandelt. Ende 1974 organisierten sie eine erste Frauenkonferenz auf nationaler Ebene, auf der sie die „Nationale Union der sahrauischen Frauen“ (NUSF) gründeten und die Schwerpunkte ihrer Arbeit festlegten: Information über die NUSF und die FP, Verbesserung der Lebensbedingungen sahrauischer Familien, Eröffnung von Schulen, in denen Frauen lesen und schreiben lernen konnten, und Gründung von Frauenkomitees für Gesundheit, Erziehungs- und Schulwesen.

Die Flucht und ihre Folgen

Opfer des brutalen Vorgehens Marokkos im Jahr 1975 (s. Steinbrink in dieser Ausgabe) waren in erster Linie Frauen und Kinder. Während die Männer an der Front für die Befreiung des Landes kämpften, übernahmen die Frauen die vordringlichsten Aufgaben, um das nackte Überleben der Bevölkerung sicherzustellen. Sie organisierten das gesamte Lagerleben, d. h. den dezentralen Aufbau eines Gesundheitswesens mit Schwerpunkt auf Hygiene und Vorsorge, die systematische Alphabetisierungskampagne für alle Sahrauis einschließlich der Frauen dreier Generationen, den Versuch, durch Gärten und Handwerksproduktion einen Beitrag zur eigenen Versorgung zu leisten und die gerechte Verteilung der ersten Hilfslieferungen. Zu diesem Zweck entstanden fünf Komitees pro Lager, die jeweils von einer Frau geleitet wurden.

Ein Hauptziel der NUSF wurde nun, die Entwicklung der Frauen und ihrer Fähigkeiten zu fördern und ihnen ihre Bedeutung im Befreiungskampf und bei der Entwicklung eines gesellschaftlichen Modells für eine Zukunft in der befreiten Westsahara bewußt zu machen. So gibt es heute in jedem der vier Lager eine eigene Frauenschule, sowie ein nationales Zentrum für Frauenausbildung, die „Schule des 27. Februar“, an der Frauen eine Ausbildung im Handwerk, zur Krankenschwester, Lehrerin, Erzieherin oder für Verwaltungsberufe machen können. Diese Schule wird jährlich von ca. 800 Frauen besucht, auch denen, die Familien zu versorgen haben. Die allgemeine Schulpflicht ermöglicht Frauen den gleichberechtigten Zugang zur Bildung. Anschließend studieren viele im Ausland auch in technischen Bereichen, so daß Elektroingenieurinnen und Technikerinnen nicht außergewöhnlich sind. Ebenso selbstverständlich ist die Tatsache, daß alle Frauen arbeiten. Also bemüht sich die NUSF besonders darum, ihnen eine solide Qualifikation zu verschaffen, so daß ihre Beteiligung auf allen gesellschaftlichen Ebenen zunimmt und sich auch nicht mehr rückgängig machen läßt.

Bisher allerdings haben fast alle höheren politischen Positionen Männer inne, während sahrauische Frauen die Arbeit an der Basis betreiben. Im Juni 1991 wurde von der FP beschlossen, daß beim nächsten Kongreß auf der Kandidatenliste für die Übergangsphase die Frauen stärker zu berücksichtigen seien. Dennoch wissen die sahrauischen Frauen sehr wohl um die Erfahrungen anderer Frauen, die erfolgreich in Befreiungsbewegungen gekämpft haben und anschließend zurückgedrängt wurden (vgl. das Beispiel von Algerien und Simbabwe).

Senia Ahmed Merhba, Vorsitzende der NUSF: „Wird es uns Frauen gelingen, unsere Errungenschaften im Rahmen neuer Bedingungen (Islam, Unabhängigkeit, Rückkehr in die Heimat und Rückkehr des Mannes von der Front) zu bewahren? Welche Mittel bräuchte dann die sahrauische Frau, damit der Aufbau des sahrauischen Sozialwesens ihren Stempel trägt, so daß sie sich der Achtung ihrer spezifischen Rechte sicher sein kann? Das Ende des Krieges und der Beginn der Unabhängigkeit werden einen Weg für eine bessere Zukunft der sahrauischen Frau eröffnen, wenn und nur wenn sie in der Lage ist, die notwendigen Elemente einer solchen Emanzipation zu schaffen.“

■ *Marita Matschke ist Mitglied der GFSV*

Die UNO und die Verhinderung des Selbstbestimmungsrechts des sahrauischen Volkes

Werner Ruf

Der Westsahara-Konflikt begann als klassischer Dekolonisationskonflikt. 1965 forderte die UN-Vollversammlung erstmals Spanien auf, die koloniale Verwaltung der Spanischen Sahara zu beenden. Mit notorischer Regelmäßigkeit wiederholte sie diese Forderung in den folgenden Jahren. Der Konflikt spitzte sich zu, als am 10. Mai 1973 die POLISARIO-Front (Frente Popular para la Liberación de la Saghiet el Hamra y del Rio de Oro) gegründet wurde, die am 20. Mai mit Militäroperationen gegen die Kolonialmacht begann. Etwa zeitgleich erhoben Marokko und Mauretanien Gebietsansprüche auf das Territorium, und am 13. Dezember 1974 beschloß die UN die Resolution 3292 (XXIX), den Internationalen Gerichtshof in Den Haag um ein Gutachten zu bitten, welches zu den Ansprüchen der Konfliktparteien Stellung nehmen sollte. Ferner beschloß die UN-Generalversammlung die Entsendung einer Mission, die einen Bericht über die Lage in dem Gebiet erstellen sollte. Diese Mission stellte fest, daß die POLISARIO-Front als die vorherrschende politische Kraft innerhalb des Territoriums anzusehen sei, da sie im gesamten Gebiet von der Masse der Bevölkerung unterstützt werde.[1] Der Internationale Gerichtshof schließlich stellte in seinem am 16. Oktober 1975 veröffentlichten Gutachten für die UN-Generalversammlung fest, „... daß weder die internen Akte noch die internationalen Akte, auf die Marokko sich beruft, die Existenz oder die internationale Anerkennung von juristischen Souveränitätsbindungen zwischen der Westsahara und dem marokkanischen Staat anzeigen."[2]

In flagranter Verletzung dieses Gutachtens organisierte Marokko den sogenannten Grünen Marsch: Rund 300 000 Marokkaner überschritten demonstrativ die Grenze, ohne daran von den spanischen Truppen gehindert zu werden. Parallel dazu handelten Marokko und Mauretanien in Madrid das sogenannte Dreierabkommen aus. Darin übertrug Spanien am 14. November seine Hoheitsrechte an die beiden nordafrikanischen Staaten – ein insofern völkerrechtswidriger Akt, als Spanien, das seit nunmehr 10 Jahren den Dekolonisationsprozeß einleiten sollte, Hoheitsrechte, über die zu verfügen es nicht legitimiert war, an dritte Staaten übertrug.[3] Der UN-Sicherheitsrat, der sich im Oktober/November 1975 in drei Resolutionen mit dem Konflikt befaßt und den einseitigen, völkerrechtswidrigen Akt des Grünen Marsches Marokkos verurteilt hatte, befaßte sich erst 1988 wieder mit dem Westsahara-Konflikt (Resolution Nr. 621 vom 20. 9. 88), in der er unter abermaliger Berufung auf die Resolution Nr. 1514 (XXV) der UN-Generalversammlung von 1960[4] den Generalsekretär beauftragte, einen Bericht zu erarbeiten, der die Grundlage für die Organisation und Überwachung einer Volksabstimmung in der Westsahara bilden sollte.

Damit stellte sich für den Fall der Westsahara die Frage nach dem Staatsvolk, welches nun dieses Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen sollte. Im Jahre 1974 hatte Spanien noch eine „Volkszählung" durchgeführt und dabei insgesamt 70 204 Einwohner des Territoriums gezählt. Dieses Ergebnis sollte die spanische Argumentation stützen, daß für so wenige Menschen kein unabhängiger Staat errichtet werden könne. Demgegenüber befanden sich Ende der achziger Jahre allein in den sahrauischen Flüchtlingslagern in Südwestalgerien etwa 160 000 bis 180 000 sahrauische Flüchtlinge, hinzu kam die in den besetzten Gebieten verbliebene sahrauische Bevölkerung, sowie in viele andere Staaten versprengte Flüchtlinge. Unter massivem Druck des UN-Generalsekretärs und angesichts der 1988 erfolgten algerisch-marokkanischen Annäherung akzeptierte die Frente POLISARIO den Vorschlag, nur die im spanischen Zensus identifizierten Personen als abstimmungsberechtigt anzuerkennen. Diese Konzession hatte schwere Konflikte innerhalb der POLISARIO-Führung zur Folge, lief sie doch darauf hinaus, die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge in den Lagern zu staatenlosen Subjekten zu machen.

Es ist ein bemerkenswertes Faktum in der Geschichte der Vereinten Nationen, daß der Generalsekretär nahezu zwei Jahre benötigt, um einen Plan zur Implementierung der Sicherheitsratsresolution Nr. 621 vom 20. September 1988 vorzulegen und die Entsendung einer Mission zur Überwachung des Waffenstillstands und zur Durchführung des Referendums (MINURSO – Misión de las Naciones Unidas para el referendum en el Sahara Occidental) vorzuschlagen. Dieser Plan wurde dann mit der Resolution 658 des Sicherheitsrats vom 27. Juni 1990 gebilligt.

Nachdem Marokko zunächst diese gewaltige Reduzierung der Stimmberechtigten erreicht hatte, kehrte es nun den Spieß um und verlangte die Einschreibung von weiteren Stimmberechtigten, die als in Marokko lebende Abkömmlinge der sahrauischen Stämme stimmbe-

rechtigt sein sollten.[5] Marokko schob immer wieder neue Gruppen von Stimmberechtigten vor, die teils aus den mittlerweile von Marokko in der Westsahara angesiedelten Marokkanern bestanden, teils aus während der Kolonialzeit aus Marokko geflohenen Sahrauis bzw. deren Nachkommen bestehen sollten oder schlicht Angehörige von Stämmen sein sollten, deren Unterfraktionen gelegentlich auf dem Territorium der Westsahara nomadisierten. Die Angaben über diese von Marokko vorgelegten Listen schwanken zwischen 120 000 und 150 000 weiteren Kandidaturen für die Einschreibung in die Wählerliste.[6]

Das Problem der Identifikation der Abstimmungsberechtigten komplizierte sich durch das ständige schrittweise Nachgeben des UN-Sicherheitsrats gegenüber den marokkanischen Forderungen auch in einem rein technischen Sinne: Mit dem Verzicht auf den ursprünglich erzielten Konsens, daß nur die im spanischen Zensus erfaßten Sahrauis und deren direkte Nachkommen stimmberechtigt sein sollten, angesichts der kaum überprüfbaren Echtheit von Identitätspapieren brachte Marokko eine neue Variante ins Spiel: Die *Shuyukh* (sg. *Shikh*), also die Stammesältesten, sollten die Abstimmungsberechtigten identifizieren. Abgesehen von der Ungeheuerlichkeit, daß der *Shikh* eines jeweiligen Stammes bzw. Teilstammes „seine" Stammesgenossen identifizieren sollte[7], womit jeder Manipulation Tür und Tor geöffnet wurde, stellt dieses Verfahren einen im Völkerrecht bisher einmaligen Rückgriff auf vorstaatliche bzw. substaatliche Sozialstrukturen dar. Die „Stammesführer" wurden so zu Hoheitsträgern staatlicher Gewalt befördert, ein Prozeß der Ethnisierung und Retribalisierung wurde nunmehr vom UN-Sicherheitsrat vorangetrieben, das Konzept moderner Staatlichkeit, das auf der freien Entscheidung von Individuen basiert, in Frage gestellt. Zugleich bedeutete dieses Vorgehen auch einen schweren Angriff auf die gesellschaftliche Organisation der Frente POLISARIO, die Tribalismus stets bekämpft hatte und das gesellschaftliche Leben in den Lagern und in den von ihr kontrollierten Gebieten auf basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen aufgebaut hatte.

Kaum faßlich erscheint auch die Tatsache, daß der Lösungsplan[8] vorsieht, daß binnen vier bis sechs Wochen nach Abhaltung des Referendums der Rückzug des MINURSO-Personals abgeschlossen ist. Kein Wort über die Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung! Hinzu kommt, daß der UN-Sicherheitsrat es hingenommen hat, daß Marokko nahezu an jedem Punkt selbst gegen diesen ohnehin marokkofreundlichen Plan verstoßen hat:



Zwei sahrauische Scheichs bei ihrer Arbeit für die Identifizierungskommission der UN.
Foto: Gernot Sauer

– Die vorgesehene Reduzierung der marokkanischen Armee von 167 000 auf 65 000 Mann (die POLISARIO hat maximal 10 000 bis 15 000 Kämpfer) erfolgte nicht;
– Die Kantonierung der verbleibenden marokkanischen Truppen in bestimmten Bezirken unter Aufsicht der MINURSO erfolgte nicht;
– Die vorgesehenen 2700 Angehörigen der MINURSO – angesichts der Aufgaben eine viel zu geringe Zahl – wurde noch nicht einmal zur Hälfte erreicht, da Marokko dem MINURSO-Personal systematisch die Einreise verweigerte;
– Das MINURSO-Personal konnte sich in der Westsahara nicht frei bewegen;
– Die Verwaltung der besetzten Gebiete blieb voll in der Hand der marokkanischen Administration, Polizei und Geheimpolizei;
– Marokko führte – während das Referendum schon längst abgeschlossen sein sollte – mehrfach Wahlen durch, und dies auch in den besetzten Gebie-

ten der Westsahara, womit Marokko unter Duldung durch den Sicherheitsrat seine Souveränität über das Gebiet international demonstrieren konnte.

Vor diesem Hintergrund und den über die vergangenen Jahre hinweg systematisch und Schritt für Schritt verschlechterten Bedingungen eines fairen Referendums muß es geradezu als Hohn erscheinen, wenn der Sicherheitsrat und die Berichte des Generalsekretärs immer wieder an beide Parteien appellieren, den vom Sicherheitsrat vorgelegten Kompromißvorschlägen zuzustimmen: Hier handelt es sich nicht um Kompromißvorschläge, sondern um eine nahezu endlose Schraube immer neuer, die Frente POLISARIO systematisch benachteiligender Bedingungen. Ob nun, nach über fünf Jahren der Aufstellung der MINURSO und des Planes für die Durchführung eines Referendums der Sicherheitsrat den Referendumsprozeß abbricht und die MINURSO zurückzieht, oder ob letztlich doch noch unter den Augen eines Bruchteils des vorgesehenen MINURSO-Personals ein Scheinreferendum durchgeführt wird, dürfte aufs gleiche herauskommen: Entweder der Sicherheitsrat überläßt die völkerrechtswidrig annektierten Gebiete dem Königreich Marokko oder er hilft, eine Abstimmungsfarce zu organisieren, die folgenreicher sein dürfte, als es auf den ersten Blick den Anschein hat:

- Die Weltorganisation wird nach Zweitem Golfkrieg, nach Somalia, nach Angola (wo gleichfalls ein folgenloses Referendum durchgeführt wurde) weiter an moralischer Autorität verlieren;
- die noch immer rund 120 000 bis 130 000 in den algerischen Flüchtlingslagern lebenden Sahrauis dürften es wegen der zu befürchtenden polizeilichen Repression – ebenso wie viele Sahrauis im übrigen Ausland – kaum wagen, in das von Marokko annektierte Territorium zurückzukehren. Der überwiegende Teil dieser Menschen dürfte sich als elender Flüchtlingsstrom in eines der ärmsten Länder der Welt in Bewegung setzen, nach Mauretanien. Mit allen Folgen für die ohnehin prekäre politische Stabilität dieses Landes.
- Die nicht auszuschließende Wiederaufnahme der Kämpfe durch die Frente POLISARIO könnte Marokko dazu veranlassen, alte Gebietsansprüche wieder aufleben zu lassen und die südwestalgerische Provinz um Tindouf aufgrund behaupteter oder tatsächlicher militärischer Unterstützung Algeriens für die Frente POLISARIO gleichfalls „heimzuholen". Die Schwächung des algerischen Staates durch die Auseinandersetzung mit den Islamisten könnte dazu einladen.
- Ebenso denkbar ist die „Verfolgung" der Sahrauis bis nach Mauretanien und die mögliche Annexion Mauretaniens, die Marokko seit dem Ausscheren dieses Landes aus der gemeinsamen Okkupationsfront mehrfach angedroht hat, zumal Marokko auch gegenüber Mauretanien ähnliche „historische" Ansprüche erhebt wie gegenüber der Westsahara.

Sollte einer der beiden letzteren Fälle eintreten, so hätte der Sicherheitrat nicht nur das in der Charta und im Völkerrecht verankerte Souveränitäts- und Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes verhindern geholfen, er hätte dann auch einen aktiven Beitrag zur Gefährdung des Friedens in der nordwestafrikanischen Region geleistet.

---

1 Vgl. hierzu die Zitate aus dem Bericht der Mission bei Barbier, Maurice: Le conflit du Sahara Occi-dental, Paris 1982, S. 129.

2 Text des Gutachtens in: Annuaire de l'Afrique du Nord 1975, Paris 1977, S. 971–974, hier S. 973.

3 Mauretanien erhielt in diesem Teilungsabkommen das südliche Viertel des Territoriums, welches wirtschaftlich völlig uninteressant war. Nach schweren Angriffen der POLISARIO-Front bis in die Hauptstadt Nouakchott stürzte das Militär die von Frankreich gestützte Regierung im Jahre 1978, schloß 1979 mit der POLISARIO-Front Frieden und zog sich aus dem mauretanisch besetzten Teil des Territoriums zurück, der dann gleichfalls von Marokko besetzt und annektiert wurde.

4 Die Resolution 1514 von 1960 formulierte die Grundlage und die Elementarprozedur für die Deko- lonisation: „Alle Völker haben das Recht der freien Selbstbestimmung ... Sie bestimmen frei ihren politischen Status ..."

5 Vgl. auch die vorzügliche Analyse bei Tschaschel, Joachim: Westsahara; in: Vereinte Nationen, Heft 1/1990 und 2/1992.

6 Vgl. hierzu ausführlicher Ruf, Werner: Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der Dritten Welt, Münster 1994, S. 44–54.

7 Bericht des Generalsekretärs vom 24. November 1993, UN-Dok. S/26797, Ziffer 28.

8 UN-Dok. S/22464 vom 29. August 1991.

Gespräch mit Gideon Freudenthal über die Wahlen, über Religion und Gesellschaft in Israel

N. Mattes: Bei den Wahlen vor vier Jahren gab es eine Reihe von Interessensverbänden wie die der Pensionäre, der Taxifahrer, der Ökologen und Einzelkandidaten wie den Wurstfabrikanten Zion Yassur, die sich zur Wahl stellten, aber nicht durchkamen. Diesmal konnten neue Organisationen wie Yisrael B'Aliya, das ist die Partei der neuen russischen Immigranten unter Sharanski, und die Partei des Dritten Wegs in die Knesset (mit 7 bzw. 4 Sitzen) einziehen. Diese Organisationen haben ja kein eigenes Programm. Was unterscheidet sie von den anderen Parteien? Welche Interessen vertreten sie?
G. Freudenthal: *Der Dritte Weg repräsentiert zum Beispiel eine rechte Sozialdemokratie, die meines Erachtens auch in der Arbeitspartei vertreten ist, sich von ihr aber in einem Programmpunkt absetzt.*

N. Mattes: Damit meinst Du die Ablehnung der Rückgabe des Golan an Syrien.
G. Freudenthal: *Ja. Der Dritte Weg wurde als Reaktion auf Rabins Äußerung, er sei bereit , den Golan zurückzugeben, ins Leben gerufen. Er ist eine Ein-Punkt-Partei, in der natürlich auch persönliche Ambitionen zum Tragen kommen. Einige Gründungsmitglieder dachten, daß ihnen durch diese Organisation bessere Möglichkeiten eröffnet würden als durch die Arbeitspartei. Als die Wahlen näher rückten, haben sie noch schnell versucht, eine Partei daraus zu zimmern, indem sie sich noch einige Programmpunkte zugelegt haben. Der Dritte Weg stellte nun fest, daß er nicht nur gegen die Rückgabe des Golan an Syrien sei, sondern auch, daß in ihm Säkulare und Religiöse am besten zusammenarbeiten könnten, wobei nicht klar war, was diese Ein-Punkt-Partei mit Religion und Säkularität zu tun hatte.*
Im allgemeinen ist die Parteienlandschaft mit Ausnahme des Auftretens von Yisrael B'Aliya stabil geblieben. Definitionsgemäß, also bis zur Integration der Neueinwanderer, ist diese Partei eine vorübergehende Erscheinung, die aber das berechtigte Interesse von einigen hunderttausend Menschen nach besserer Integration vertritt.

N. Mattes: Bessere Integration heißt bessere Aufstiegschancen innerhalb der israelischen Gesellschaft?
G. Freudenthal: *Um was soll es sonst gehen? Bessere Integration bedeutet bessere Wohnungen, bessere Arbeitsplätze, bessere Angleichungen an die Anforderungen des israelischen Arbeitsmarktes usw.*

N. Mattes: Das gilt für alle Neueinwanderer, auch die rund 40 % Nichtjuden unter ihnen?
G. Freudenthal: *Dies wird nicht offen angesprochen. Es wird stillschweigend davon ausgegangen, daß alle Juden sind. Natürlich wissen sie, daß dies nicht so ist. Man sieht das auch deutlich an ihrer Forderung nach nichtkonfessionellen Friedhöfen.* (Das Rabbinat verweigerte in einigen Fällen die Bestattung auf jüdischen Friedhöfen, worauf christliche arabische Gemeinden gefragt wurden, ob sie die Toten aufnähmen. N. M.) *und nach der Zivilehe. Natürlich sagen sie nicht, ein Drittel unserer Wähler ist nicht jüdisch, sondern begründen diese Forderungen mit gelegentlichen Schwierigkeiten, den Nachweis über die jüdische Herkunft zu erbringen.*

N. Mattes: Wie hat sich die militärische Aktion im Libanon, die sogenannte „Aktion Früchte des Zorns" auf die Wahlen ausgewirkt? Die arabischen Zeitungen haben sie als Wahlkampagne von Peres bezeichnet. Hat sie ihm geholfen oder eher geschadet?
G. Freudenthal: *Die Aktion ist in zweifacher Hinsicht schlecht ausgegangen. Zum einen hat sie militärisch nichts gebracht. Hizbollah hat durch sie nichts an Kraft eingebüßt. Zum anderen ging es tragisch aus, weil durch den Beschuß von Qana sehr viele Zivilisten getötet wurden. Die jüdisch israelische Öffentlichkeit hat dies sofort bedauert und Erklärungen gefunden, warum eigentlich die andere Seite selbst daran schuld sei. Der eigentliche Verlust, den die Arbeitspartei hatte, lag in der Stimmenthaltung der israelischen Palästinenser, die sich danach nicht mehr in der Lage sahen für Peres zu stimmen.*

N. Mattes: Kann man jetzt schon eine Prognose über den Fortgang des Friedensprozesses wagen?
G. Freudenthal: *Viel wichtiger ist, daß diese Wahlen die innere Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft widerspiegeln und zum ersten Mal die religiösen Parteien großen Zulauf bekamen. Die orientalischen Juden haben mehrheitlich die Shas gewählt. Wobei das aber nicht unbedingt Stimmen gegen den Friedensprozeß sind. Das hat eher etwas mit ihrer Identität zu tun.*
Ob der Friedensprozeß wirklich weiter geht, weiß ich nicht. Die Parteien haben dieses Thema schon sehr in den Mittelpunkt gestellt – mit unterschiedlichen Akzenten. Meines Erachtens war die eigentliche Botschaft der Arbeitspartei: moderne Kompromißbereitschaft auf Grundlage von Verträgen, von Import und Export von High-Tech, der Schaffung eines einheitlichen Arbeits- und Warenmarktes. Die nationalistische Variante, auf alte Herrschaftsmethoden mit Militär und Polizei zu bauen, diese Vorstellungen vertritt der Likud.

N. Mattes: Das hat Peres in seinem Buch „Der neue Mittlere Osten“ dargelegt.
G. Freudenthal: *Ja. Gemeint ist die Konzeption eines Israel, das im Mittelpunkt des Nahen Osten steht und ökonomisch die Vorherrschaft übernimmt.*

N. Mattes: Anbindung an die EU, Export von Produktionsmitteln und High-Tech-Waren, die arabische Welt dient als Reservoir für billige Arbeitskräfte.
G. Freudenthal: *Letztes würde ich nicht so sehen. Ich glaube nicht, daß die Arbeitskräfte von Interesse sind. Das ist auch der Grund, warum die Peres-Fraktion für die ökonomische Entwicklung des arabischen Raums eintritt. Sonst gibt es keine Märkte dort. Israel hat dem ägyptischen Fellahen nichts zu verkaufen. Er ist uninteressant vom Standpunkt der israelischen Exportindustrie. Interessant ist eine sich entwickelnde moderne Ökonomie in den arabischen Staaten, die von Israel moderne Technologie kauft. Und damit diese Gesellschaft sich modernisiert, muß man Polizeiaktionen in den besetzten Gebieten unterlassen. Israel soll nicht mit direkter Gewalt, sondern ökonomisch im arabischen Raum herrschen.*

N. Mattes: Also gibt es einen Unterschied in den Methoden der Herrschaft von Peres und Netanyahu?
G. Freudenthal: *Grundsätzlich sind sowohl Peres als auch Netanyahu Zionisten, die Gebiete annektieren und die Herrschaft im Nahen Osten wollen. Aber ihre Politik ist doch eine sehr verschiedene. Für mich macht sich der Unterschied daran fest, – nicht an der Rhetorik, sondern an der Existenz von physischer Unterdrückung oder ökonomischer Herrschaft. Der Unterschied besteht schlicht und ergreifend in Menschenleben.*

N. Mattes: Wird die Siedlungstätigkeit jetzt stärker vorangetrieben werden und wird damit mehr Repression notwendig, weil der Widerstand der arabischen Bevölkerung dagegen wächst?
G. Freudenthal: *Ich denke, ja. Der Widerstand in den arabischen Städten wird wegen der Siedlungen größer werden, auch wenn diese sich nicht in den Stadtgebieten befinden. Allein ihre Existenz und die Ausweitung der Siedlungstätigkeit ist Grund genug für einen massiven Protest, der öffentlich und auf der Straße sein wird.*

N. Mattes: Gibt es Statistiken über die Stimmabgabe der Siedler der Westbank und Gaza?
G. Freudenthal: *Wenn ich mich recht erinnere, haben 78 % Netanyahu und 22 % Peres gewählt. Dabei ist vor allem letzteres interessant. Man hätte erwarten können, daß Netanyahu über 90 % der Stimmen der Siedler bekommen hätte. Meine Erklärung dafür ist, daß die Arbeitspartei für die Siedler mehr getan hat, als bekannt war. Nur auf dem Papier gab es ja einen Baustopp. In den Monaten vor der Wahl gab es ein Abkommen zwischen der Arbeitspartei und den Siedlern, wonach nur wenige Siedlungen zur Disposition stünden und Siedlungen als Blöcke zusammengefaßt werden und unter israelischer Souveränität bleiben sollten. Das bedeutet nichts anderes als die Verwirklichung eines alten Plans von Sharon. Das übrigbleibende Gebilde, sollte es einmal palästinensischer Staat oder autonomes Gebiet heißen, wäre dann kein zusammenhängendes Gebiet.*

N. Mattes: Im Dezember letzten Jahres, also nach Rabins Ermordung, gingen israelische Journalisten der Frage nach, wovon die 130 000 religiösen Siedler in der Westbank und Gaza ihren Lebensunterhalt verdienen. Es kam zu Tage, daß 51 % der Siedler einen staatlichen Job innehaben, also direkt vom Steuerzahler bezahlt werden. Nimmt man die Stipendienempfänger hinzu, kommt man auf 60 %. Viele Israelis wurden zum ersten Mal mit diesen Fakten konfrontiert. Haben diese Enthüllungen eine größere Debatte innerhalb der israelischen Gesellschaft ausgelöst?
G. Freudenthal: *Nein, die Debatte hat nicht lange angehalten und hat auch keinerlei Auswirkungen gehabt. Ist doch klar, wer schon immer gegen die Existenz der Siedlungen war, war auch jetzt empört, und wer schon immer für sie war, war auch jetzt dafür, daß die Siedlerfunktionäre aus der öffentlichen Kasse bezahlt werden. Wir hingegen hatten schon immer die Losung: Gebt nicht das Geld den Siedlern, sondern den Armen in Israel.*

N. Mattes: Parallel dazu gab es eine Diskussion über die Vorstellungen der religiösen Extremisten, über ihre Haltung zur Frage der Anwendung der Halacha, der religiösen jüdischen Gesetzgebung. Konkret wurde sich u.a. mit den Visionen des Itamar Wahrhaftig, Lektor an der Bar Ilan Universität, auseinandergesetzt, dessen Ausführungen nach Rabins Ermordung einen hochaktuellen Anstrich erhielten, weil es schien, als ob Rabins Mörder Wahrhaftigs Schritten gefolgt war.
G. Freudenthal: *Die Debatte ist aber sehr schnell ins Gegenteil umgeschlagen. Sie begann mit einer Offensive gegen die religiösen Kreise, die eine direkte Linie zwischen Religion und Tagespolitik ziehen und sich herausnehmen, eine höhere Autorität anzuerkennen als die der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen. Nach kurzer Zeit aber standen die Religiösen da, als wären sie unschuldig Verfolgte. Es gab Vorwürfe, eine Hexenjagd gegen die Bar Ilan Universität und die religiösen Bildungsinstitutionen würde veranstaltet. Wenn man so will, hat das säkulare linke Lager alle Chancen verpaßt, den Mord an Rabin als Hebel zur Verunsicherung der Rechten zu benutzen, genau wie nach dem Massaker in Hebron durch Baruch Goldstein.*

N. Mattes: Laß uns noch einmal zur Frage der Stellung der Religion und der religiösen Parteien kommen.
G. Freudenthal: *Das ist ungeheuer wichtig. Die Nationalreligiöse Partei ist heute der Rechtsaußen innerhalb der israelischen Politik. Es gibt verstärkt eine religiöse Radikalisierung. Nicht im messianischen Sinne, das war die Entwicklung nach 1967, sondern in der Auslegung der Halacha; sie wechseln immer mehr ins streng orthodoxe Lager über. Wobei sie vorher vergleichsweise liberal waren.*
Und das ist so bedenklich, weil es auf der anderen Seite die Annäherung der Orthodoxie an den Nationalismus gibt. Vorher hatte sie sich weder mit diesem Staat identifiziert noch mit den Nationalisten. Diese Entwicklung wird für die kommenden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, bestimmend sein für die israelische Politik.

N. Mattes: Und für die israelische Gesellschaft.
G. Freudenthal: *Ja. Der religiöse Nationalismus ist ein explosiver Stoff. Zumal die Schichten der strengen Orthodoxie*

gezwungen sind, sich immer mehr in die Staatsangelegenheit einzumischen. Das schon aus dem Grunde, weil sie sich sonst nicht mehr ökonomisch halten können. Das sah man jetzt bei den Koalitionsverhandlungen daran, daß sie das Bauministerium haben wollten. Dieser Wunsch ist verständlich, denn ihre Wohnverhältnisse sind nicht mehr erträglich. Deshalb ändern sie auch ihre Einstellung zu den besetzten Gebieten, da es dort Wohnungen gibt, die sie sich leisten können.

N. Mattes: Was die rigide Anwendung der Halacha betrifft, so haben viele Israelis davor gewarnt, daß dadurch der Rassismus – durch die Haltung zu den Nichtjuden – verstärkt werden könnte. Erst kürzlich hat Bildungsminister Rubinstein die Gelder für das Tempelinstitut in Jerusalem sperren lassen. Er begründete dies damit, daß Rabbi Yisrael Ariel den Mörder Baruch Goldstein feiere.

G. Freudenthal: *Das ist richtig. Aber der Vorstoß dieser Orthodoxen geht nicht in erster Linie gegen die Nichtjuden, sondern gegen die nichtorthodoxen Juden. Also die säkularen Juden, Reformjuden und die konservativen Juden. Die machen ihnen etwas streitig innerhalb des eigenen Spielfeldes.*

N. Mattes: Du bist für die vollkommene Trennung von Religion und Staat?

G. Freudenthal: *Das ist in Israel nicht so einfach. Hier ist die Situation kompliziert, weil die Definition, wer Jude ist, unmittelbar mit der Religion zusammenhängt. Die nationale Kultur ist eine religiös bestimmte Kultur – bis vor kurzem, also noch bis in dieses Jahrhundert hinein. Danach kamen neue Kräfte, die vollkommen säkular sind. Ich bin kein gläubiger Mensch. Aber ich bin Jude. Im Unterschied zu vielen meiner säkularen Freunde führe ich keinen Kreuzzug gegen die Religion und die religiöse Kultur. Ich glaube, daß in den Schulen viel zu wenig jüdische Geschichte, jüdische Literatur usw. gelehrt wird.*

N. Mattes: Nicht als Religionsunterricht, sondern als Kulturgeschichte.

G. Freudenthal: *Genau. Natürlich möchte ich es nicht als Teil des Kanons, sondern als Teil unserer Kultur verstanden wissen. Für die Orthodoxen bin ich deshalb viel gefährlicher als die Meretz-linken. Ich will, daß meine Tochter in der Lage ist, eine Seite im Talmud zu lesen. Gefährlich bin ich, weil ich ihnen in dieser Frage nicht das Monopol überlassen will. Ich bin gegen die Bestimmung, daß nur religiöse Lehrer dies unterrichten dürfen. Ich möchte an den Universitäten die Talmudabteilungen mit weltlichen Dozenten besetzt sehen. Denn dies ist ein Kulturgut von unermeßlichem Wert, geschichtlich, literarisch, philosophisch etc. Es ist ein Werk, das ununterbrochen immerhin seit 1300 Jahren gelehrt und gelernt wird. Das gibt es ja sehr selten. Das ist wie mit der aristotelischen Philosophie. Da bin ich auch nicht bereit, dies aus der Hand zu geben. Das wäre so, als wenn man sagen würde, Aristoteles gehört nur der katholischen Kirche und den Thomisten.*

N. Mattes: Kommen wir zum Schluß zum Thema orientalische Juden, also den Sepharden und den Juden aus den arabischen Ländern. Wie wir wissen, bekennen sie sich seit einigen Jahren immer stärker zu ihrer Kultur und zu ihren Traditionen. Jüngst haben sich auch bei den israelischen Feministinnen die orientalisch-jüdischen Frauen von den aschkenasischen abgespalten und eine eigene Organisation gegründet. Irakische Juden besuchen jetzt in Jordanien Konzerte von irakischen Sängern. Wie hat sich das Rückbesinnen auf ihre Kultur oder die Suche nach ihrer Identität bei den Wahlen ausgedrückt?

G. Freudenthal: *Die orientalischen Juden haben mehrheitlich Shas gewählt. Die Shas ist die einzige Partei, das muß man so sagen, die eine neue soziale Realität, eine neue soziale Bewegung repräsentiert. Die orientalischen Juden, die Shas wählen, sind sehr traditionell, aber nicht religiös orthodox. Daß sie sich für die Shas entschieden haben, ist durchaus als emanzipativer Schritt zu bezeichnen, wenngleich ein Schritt in die falsche, da in die rechte Richtung. Ich betrachte die orientalischen Juden, die ja einen großen Teil der israelischen Bevölkerung ausmachen, als eine wichtige Kraft, mit der man in den nächsten Jahren und Jahrzehnten rechnen muß. Ich meine das durchaus im positiven Sinn.*

■ *Gideon Freudenthal ist Professor für Philosophie der Wissenschaften an der Universität Tel Aviv. Er hat in Berlin studiert. Freudenthal war der erste Wehrdienstverweigerer Israels, wofür er im Gefängnis saß.*

Nachruf für Marion Farouk-Sluglett

„So nah am Leben,
nah am Tod …"
(Die Puhdys, 1989)

Am 25. Februar 1996 ist Marion Farouk-Sluglett in Salt Lake City gestorben. Geboren wurde sie am 1. März 1936 in Berlin. Nach dem üblichen Schulbesuch und einer Neulehrerausbildung in der DDR hatte es sie Mitte der fünfziger Jahre in den Irak verschlagen.

Dort heiratete sie Omar Farouk Mahmoud al-Awqati, einen Offizier der königlichen Armee und Kommunisten. Als ihr Mann den blutigen Verfolgungen zum Opfer fiel, die der ersten Machtergreifung der Ba'th-Partei im Februar 1963 folgten, floh Marion und kehrte mit ihren beiden Kindern nach Berlin zurück. Seitdem ließ sie der Irak nicht mehr los: An der Humboldt-Universität studierte sie Arabistik und Anglistik und promovierte 1974 zum Thema „Der Wandel der Produktions- und Machtverhältnisse auf dem Lande im Irak unter der britischen Kolonialherrschaft 1914–1932".

Bei den Recherchen für ihre Dissertation im Londoner *Public Record Office* lernte Marion Peter Sluglett kennen; beide heirateten, und Marion ging nach Großbritannien, wo sie zunächst in Durham und zuletzt in Swansea arbeitete.

Für die Wissenschaft wurde diese Verbindung zu einem Glücksfall. Vor allem die Geschichtsschreibung über den modernen Irak hat durch beide seit dem Ende der siebziger Jahre eine spürbare Belebung und Bereicherung erfahren. Hiervon zeugen ein Buch und etwa 40 Artikel. Die meisten dieser Veröffentlichungen entstanden in Gemeinschaftsarbeit, doch keiner von beiden verlor dabei seine Handschrift.

Diejenige Marions war und blieb ihre Leidenschaftlichkeit – der leidenschaftliche Widerspruch zu einem diktatorischen Regime, der sie unter anderem bewog, im *Committee against Repression and for Democratic Rights in Iraq* (CARDRI) mitzuarbeiten. Doch niemals erlag sie der Versuchung, die Geschichte dieses Landes zu vereinfachen oder zu verkürzen. Dabei halfen ihr, wie schon bei der Abfassung der Dissertation, die unbedingte Treue zu den Quellen und vielleicht auch ihr Mann. Marion war gleichsam besessen, mit Peter die moderne irakische Geschichte in möglichst vielen ihrer Dimensionen auszuloten: Soziale Klassen und sozial-ökonomische Verhältnisse auf dem Lande, Gewerkschafts- und Frauenbewegungen, sunnitisch-schiitische Beziehungen, Ideologie und Politik der Ba'th-Partei und Saddam Husains, Außen- und Ölpolitik, Golfkrieg und „Neue Weltordnung" sowie Historiographie waren ihre Themen.

1987 führten diese Bemühungen zu dem Buch „Iraq since 1958: from Revolution to Dictatorship" (erg. Aufl. London 1990, dt. 1991), einem Vorbild für kritische Wissenschaft.

Der Irak machte sie indessen nicht blind für andere Brennpunkte der arabischen Geschichte und Zeitgeschichte: Syrien und Libanon, Marokko, Saudi-Arabien und Jemen; 1991 erschien zum ersten Mal „The Times Guide to the Middle East" (verb. Auflage London 1993; 1992 als „Tuttle Guide to the Middle East" in Boston verlegt). Wie jene zum Irak waren ihre Arbeiten über diese Länder, namentlich die Aufsätze, vorwiegend sozio-ökonomischen Fragen gewidmet. Auch Marions neues Forschungsgebiet sollte so angelegt sein: Als ich 1994 sie und Peter Sluglett in Berlin traf und Marion Peter Heines Angebot annahm, am damaligen Forschungsschwerpunkt Moderner Orient als Gastwissenschaftlerin zu arbeiten, schlug sie dafür das Thema „Family, Household and the Market in Northern Yemen 1967–1986" vor. (Im Jahr zuvor war ihr Aufsatz „Problems of Agricultural Production in the Yemeni Tihama with Special Reference to the Role of Unpaid Family Labour" erschienen.)

Doch dazu und zu der Zusammenarbeit in ihrer Geburtsstadt, auf die sie sich so gefreut hatte, kam es nicht mehr. In Salt Lake City, wohin sie ihren Mann, der dort eine neue Stelle antrat, begleitete, starb sie an Krebs.

„Jegliches hat seine Zeit/Steine sammeln Steine zerstreuen/Bäume pflanzen Bäume abhaun/leben und sterben und Streit", sangen die Puhdys 1973. Vielleicht hat sie es gehört. Was von ihr bleibt, ist nicht nur zu lesen. Sie bleibt auch in unserer Erinnerung.

■ *Gerhard Höpp*

Interview mit dem in Teheran lebenden Regisseur Dariush Mehjui

Während der Woche des iranischen Films im Kino Arsenal Berlin

A. Schirazi und Norbert Mattes

Dariush Mehjuis Filme, die er vor der Revolution produziert hat: Der Postmann, Die Kuh, Der Kreis; nach der Revolution: Der Hinterhof, Hamun, Der Nachbar und die Triologie: Banu, Sarah und Zaynab

inamo: Abbas Kiarostami hat einmal gesagt: „In ein paar Jahren werden, neben den Teppichen, iranische Filme das wichtigste Exportgut Irans sein". Inzwischen sind einige Jahre vergangen, was meinen Sie dazu?

Mehjui: *Diese Voraussage ist gewissermaßen richtig. Der iranische Film hat es bisher geschafft, im Bereich Kunstfilm einen wichtigen Beitrag beizusteuern, so daß er bei internationalen Filmfestivals, im Kulturbereich, in Universitäten und in intellektuellen Kreisen, seinen festen Platz hat. Der Iran ist als ein Land in Erscheinung getreten, das besonders auch Filme produzieren kann. Aber der Export ist jedenfalls im ökonomischen Sinne nicht gestiegen, vielleicht geschieht das später einmal.*

inamo: So ist es also noch ein langer Weg, bis der iranische Film eine Stellung erreicht haben wird, die der des Exportguts Teppich gleichkommt?

Mehjui: *Ja, das stimmt.*

inamo: Wurden die vor der Revolution produzierten Filme ausschließlich von privaten Firmen finanziert oder gab es damals schon staatliche Finanzierung? Und wie wurde das nach der Revolution gehandhabt?

Mehjui: *Auch vor der Revolution unterstützte die Regierung die Filmproduktion, aber nur in sehr begrenztem Umfang. Die jetzige Regierung hat einen großen Anteil an der Produktion von Filmen. Einmal finanziert sie die Produktion von Filmen mittels eigens dafür geschaffener Institutionen wie dem Zentrum für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen, dem Ministerium für islamische Kultur und Führung, der Farabi Cinema Stiftung oder dem Fernsehen. Oder sie unterstützt die Filmemacher indem sie ihnen Darlehen gewährt. Noch vor zwei oder drei Jahren subventionierte sie Filme. Damit hat sie jetzt aufgehört. Die Preise, die jetzt für die Produktionsmittel bezahlt werden müssen, sind Marktpreise.*

Dariush Mehjui
Foto: Mariam Sandi aus der Zeitschrift „Film", Nr. 182, Dez. 1995

inamo: Werden heute Filme von privaten Firmen produziert oder nur von der Regierung?

Mehjui: *Beide Sektoren produzieren Filme, das genaue Verhältnis kenne ich nicht. Ich denke, es ist ungefähr 50 zu 50. Das Verhältnis ändert sich von Jahr zu Jahr. Wenn die Regierung Unterstützung gewährt, so kommt sie meist jungen Filmemachern zugute, die ihre ersten Filme produzieren und nicht über ausreichende Mittel verfügen.*

inamo: Haben Sie, wenn sie für private Firmen produzieren mehr Freiheiten?

Mehjui: *Es macht keinen Unterschied, ob Filme privat oder vom Staat produziert werden, denn es gibt eine staatliche Aufsicht über die Filmproduktion. Wir sind angewiesen auf die Sachmittel der Farabi-Stiftung, die wir dort kaufen müssen.*
Die Regierung investiert im allgemeinen in die Produktion von Kunst- und Kulturfilmen sowie in Filme, die die Verteidigung des Landes zum Inhalt oder eine religiöse Thematik haben. Der Privatsektor investiert mehr in Filme, die sich ökonomisch lohnen. Allerdings investieren sie auch in Kultur- und Kriegsfilme.

inamo: Gibt es zwischen der Filmproduktion vor der Revolu-

tion und der danach einen qualitativen Unterschied?

Mehjui: *Ich würde Euch gern selbst diese Frage stellen.*

inamo: Wir kennen keine Filme, die vor der Revolution produziert wurden – mit Ausnahme der beiden Filme von Ihnen: *Der Postmann* und *Die Kuh.*

Mehjui: *Vor der Revolution, in den 70er Jahren, gab es auch einen Höhepunkt in der Produktion von Kunstfilmen. Die Produktion meiner Filme fallen in diese Zeit, auch die Filme* Caysar (Cäsar), Ragbar (Regenschauer*),* Aramesh dar Hosur-e digaran (Ruhe in Gegenwart Anderer) *und* Shahzade Ihtidshab (Der Prinz Ihtidshab) *von* Beyzaie, Farmanara, Shahide Thaleth, Kimia'i. *Wir gehörten zu jenem Kreis, die diesen Höhepunkt der Filmproduktion zustande brachten. Es war zum ersten Mal, daß unsere Filme auf internationalen Filmfestivals gezeigt wurden und sogar Preise gewannen.*
Die Politik, die nach der Revolution verfolgt wurde, war im Grunde die Fortsetzung der Unterstützung solcher Filme. Ein Faktor, auf den Filmkritiker und Historiker hinweisen, betrifft meinen Film Die Kuh. *Herr Khomeini hat sich nach der Revolution folgendermaßen über diesen Film geäußert: Es sei ein guter Film und die Filmkunst sei eine gute Sache. Diese Äußerung hat geholfen, daß die Verantwortlichen im Kultursektor ihre Ambivalenz und Unentschlossenheit abgestreift haben. Sie machte den Kulturbeamten deutlich, daß die Produktion von Kunstfilmen zu unterstützen sei.*

inamo: Wollen Sie sagen, daß nach der Revolution nur solche Filme unterstützt worden sind?

Mehjui: *Nein. Diese Filme stecken aber den Rahmen ab.*

inamo: Was ist mit den sogenannten „Filmfarsi" (Filme für die Massenunter haltung mit niedrigem Niveau)?

Mehjui: *„Filmfarsi" wird immer noch produziert. Auch Action-, Gewalt- und Spionagefilme. Auch historische Filme. Ein Großteil der Filme sind Kriegsfilme.*

inamo: Ist es aber nicht so, daß die Regierung Filme unterstützt, die politisch auf ihrer Linie liegen? Nach den neulich erschienen Richtlinien für Filmproduktion (siehe Kasten) sollen Filme unterstützt werden, die die *Velayat-e faqih*, die Herrschaft der Rechtsgelehrten, usw. propagieren, also Filme mit eindeutig religiöspolitischem Inhalt.

Mehjui: *Richtig. Es wird auch offen gesagt, daß Filme unterstützt werden, die sich auf die Verteidigung des Landes beziehen, islamische Filme usw. Aber abgesehen von den Kriegsfilmen, gibt es immer noch keine eindeutige Entscheidung darüber, welche Richtlinien hier verfolgt werden müssen. Neulich gab es eine Konferenz mit dem Thema, was denn überhaupt ein religiöser Film sei. Es wurden viele auch gegensätzliche Meinungen geäußert. Das bedeutet, daß es sich hier um ein Problem handelt, das noch nicht eindeutig definiert worden ist. Es ist nicht so wie im Sozialistischen Realismus, wo genau festgelegt war, was produziert werden sollte. Hier geht es eher darum, was nicht produziert werden soll.*

inamo: Bedeutet das, daß Sie die Qualität und die Aussage ihrer Filme selbst festlegen?

Mehjui: *Ja, indem wir solche Filme produzieren, entscheiden wir in der Praxis Inhalt und Thematik selbst.*

inamo: Wie denken sie darüber, verfolgen sie eine Linie der Anpassung – bewußt oder unbewußt –, um ungestört produzieren zu können?

Mehjui: *Weil wir im Bereich der Kultur und Kunst arbeiten, haben wir nicht das gleiche Problem wie diejenigen, die im theoretischen Bereich arbeiten. Bei diesen ist klar, daß die von ihnen geäußerte Kritik nur bis zu einer gewissen Grenze geduldet wird. In der Kunstproduktion ist diese Grenze weniger bestimmt.*

inamo: Im neuen iranischen Film wird großer Wert auf eine ethische Thematik gelegt. Kann man deshalb nicht vermuten, daß es gerade auch auf diesem Gebiet eine gewisse Anpassung gibt? Die islami-

Die neuen Richtlinien und die Gängelung der Filmkunst

Das Ministerium für Islamische Führung und Kultur der Islamischen Republik Iran hat jetzt zum ersten Mal die Broschüre zur Filmpolitik den Filmemachern und Drehbuchautoren zur Verfügung gestellt. In der Broschüre werden Inhalte und die kulturellen Ziele der Islamischen Republik dargestellt, die bei der Produktion von Filmen zu beachten sind. Sie sind in drei Bereiche unterteilt, denen folgende Schwerpunkte zugeordnet sind: Islamische Revolution und Zeitgeschichte des Iran, die „heilige Verteidigung", islamische Geschichte und islamische Persönlichkeiten, Familie und Frau.

Die Filmemacher müssen z. B. bei dem Schwerpunkt „die islamische Revolution und Zeitgeschichte des Iran" folgende Inhalte beachten: „Die Kultur der islamischen Revolution: Weder östlich noch westlich. Negation der über die Welt herrschenden Mächte sowie der Entrechtung. Erneuerung der Selbstverpflichtung gegenüber Gott. Die religiöse Führung (Herrschaft der Rechtsgelehrten). Die Rolle der Geistlichkeit und der Moscheen. Unterstützung des Regimes durch die Bevölkerung. Einheit der Muslime ... Die Rolle derjenigen Geistlichen, die zum heiligen Krieg gegen Gegengötter aufgerufen haben. Falsche Analysen des Feindes und der verwestlichten Elemente. Gegenseitige Beeinflussung der islamischen Bewegungen und Entwicklung des islamisch-revolutionären Denkens ... Schiitische Revolutionen gegen despotische Kalifen. Aufklärungsarbeit über die kriminellen Heuler (gemeint sind die Volksmujahedin. Red.) und konterrevolutionären Grüppchen. Verbreitung der islamischen Revolution in der Welt der Muslime nach dem Sieg der Revolution." (*Salam*, 24. 4. 1996)

sche Regierung legt ja gerade großen Wert auf Moral.

Mehjui: *Sehen Sie, im Iran werden auch viele ausländische Filme gezeigt. Was sind das für Filme? Es sind meistens Filme, die zu den hervorragendsten Produktionen der Welt gehören. Es werden auch Retrospektiven von großen Regisseuren gezeigt, wie Tarkowski, Kurosawa usw. Wenn Sie all dies beachten, dann können Sie sich vorstellen welchen Stellenwert die Filmkunst im Iran hat und wie Filme im Iran beachtet und akzeptiert werden. Es sind Filme, die die rein zwischenmenschlichen Beziehungen zum Inhalt haben und eine Art poetischen Realismus betreiben. Es sind Filme, die keinen Wert darauf legen, die Zuschauer durch Vergnügungen zu verführen.*

inamo: Da die Regierung auf die Produktion von Kriegsfilmen Wert legt (Thematik Iran-Irak Krieg), gibt es welche mit künstlerischem Niveau? Und werden sie vom Publikum akzeptiert?

Mehjui: *Ja, es gibt zwei Filme von Hatemi Kiya, die Niveau haben und ein paar andere ... Aber im Grunde genommen werden sie vom Publikum nicht akzeptiert und bringen deshalb auch ökonomisch nichts ein.*

inamo: In der Zeitung *Salam* wird berichtet, daß, wenn die Richtlinien zur Filmproduktion für 1996 konsequent durchgesetzt werden, der Filmproduktion noch weitere „tödliche" Schläge drohen und noch mehr Filmemacher zur Untätigkeit verdammt sind. Teilen Sie diese Befürchtungen?

Mehjui: *Ja, aber ich sehe das mehr von der wirtschaftlichen Seite. Es handelt sich bei der Filmproduktion heute um eine Branche, die pleite geht. Besonders in diesem Jahr, in dem die Preise für die Produktionsmittel um 30–40 % gestiegen sind. Angesichts der Tatsache, daß die investierten Mittel nicht amortisiert werden, hat der private Sektor aufgegeben zu produzieren.*

inamo: Wir haben aber die Aussagen in der Zeitung *Salam* so verstanden, daß die staatliche Aufsicht über die Filmproduktion ihr den Todesstoß versetzen wird.

Mehjui: *Ja, was die Aufsicht betrifft, auch. Wenn sie alle Einzelheiten bestimmen wollen, wird es wahrscheinlich dazu führen, daß keine schöpferische Tätigkeit mehr zustande kommt.*

inamo: Die Richtlinien bestimmen sogar, wie viele Filme im Jahr produziert werden und welche Thematik sie zum Inhalt haben sollen. Es werden sogar einzelne Themen festgelegt und diesen jeweils die Anzahl der Filme zugeordnet Für das Thema „heilige Verteidigung" sollen sieben Filme gedreht werden. Für Kinder und Jugendliche fünf Filme, zu Familie und Gesellschaft drei, zur islamischen Internationale zwei, Kulturpolitik und Wirtschaft drei, usw.

Mehjui: *Wir haben im vergangenen Jahr 60–70 Filme gedreht. Wissen Sie, das Problem, das wir jetzt haben, ist das Problem des Filmvertriebs. Die Zahl der Kinos ist sehr begrenzt, seit 1978 wurden keine neuen Kinos gebaut. Kinos, die während der Revolution in Brand gesetzt wurden, sind nicht wieder restauriert worden. Wir produzieren mehr Filme, als wir Kinos haben, in denen wir sie zeigen können. Deshalb wird festgelegt, wie viele Filme produziert werden, zu welchem Thema und wann und wo sie gezeigt werden. Man will die Filme nicht dem Markt überlassen. Die Regierung sollte sich eigentlich nicht einmischen, wann und wo wir Filme wie lange vorführen wollen. Es kommt vor, daß Filme, die wenig Zuschauer haben, trotzdem 3–4 Wochen in 10–12 Kinos laufen, wohingegen andere Filme, die ständig ausgebucht sind, nur kurz gezeigt werden, weil ihre Frist abgelaufen ist. Diese Entscheidung rechtfertigen sie damit, daß sie Filme, die nicht kommerziell sind, unterstützen. Denn wenn sie diese dem Geschmack der Zuschauer überlassen würden, würden sie erfolglos bleiben ...*

inamo: Wir haben gehört, daß der Film *Nasreddin shah, actore cinema* (Nasreddin Schah der Filmschauspieler) von Mahmalbaf verboten wurde.

Mehjui: *Nein, der wurde gezeigt.*

inamo: Oder verwechseln wir den Film mit Mahmalbaf's älterem Film: *Nobat-e asheqi* (Zeit der Liebe)?
Mehjui: *Ja, dieser ist verboten.*

inamo: Sind auch Filme von ihnen mit einem Aufführungsverbot belegt?

Mehjui: *Ja, der Film* Hayyat-e poshti *(Der Hinterhof). Der Film wurde sieben oder acht Jahre nicht aufgeführt. Als er dann endlich gezeigt wurde, war er verunstaltet. Ein weiterer Film von mir ist bis jetzt nicht aufgeführt worden, mit dem Vorwand, man wolle ihn vor Attacken schützen. Jedes Jahr wird gesagt, daß man ihn zeigen wolle, aber bis jetzt war er nicht zu sehen.* ■

Ein Bummel über die Kairoer Buchmesse

Stephan Winkler

Ein gesellschaftliches und kulturelles Ereignis besonderer Art in Ägypten ist die jährlich auf dem Ausstellungsgelände in Madinat Nasr stattfindende Buchmesse, die größte ihrer Art, zumindest, was die Anzahl der Besucher betrifft: rund 3,5 Millionen finden Jahr für Jahr ihren Weg durch die Messetore. Der Grund ist nicht nur, daß auf dieser Verkaufsmesse die Verleger mit Rabatten zwischen 10 und 50 % locken, sondern auch das attraktive kulturelle Begleitprogramm. In diesem Jahr wurde die Messe, die traditionell immer im Januar stattfindet, kurzfristig verschoben (sie fand vom 24. Februar bis zum 4. März statt), was einige Klagen von seiten der Verleger auslöste[1]. Zur offiziellen Begründung hieß es, der Beginn des Ramadan fiele mit der Buchmesse zusammen, was reichlich spät Berücksichtigung fand. Ob andere Gründe eine Rolle spielten, etwa die Furcht vor Anschlägen, muß Spekulation bleiben.

Die angegebenen Zahlen sind beeindruckend: danach präsentieren 2400 Verleger aus 76 Ländern in 27 Hallen auf über 100 000 m² mehr als 3 Millionen Bücher. Doch diese offiziellen Statistiken sind schwer zu verifizieren: tatsächlich sind im Messekatalog nur 792 Verleger aufgeführt, selbst unter Berücksichtigung aller Verlage, deren Titel nur auf Gemeinschaftsständen präsentiert werden (z. B. 161 deutsche Verlage, die auf nur einem Stand vertreten waren). Auch führten die Statistiken der GEBO (General Egyptian Book Organization), verantwortlich für die Durchführung der Messe, in den vergangenen Jahren phantastische Zahlen auf: etwa 12–19 Millionen Titel – Zahlen, die die deutsche Titelproduktion vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute um das Zehnfache übersteigen – sollen in über 40 Millionen Exemplaren ausgestellt worden sein. Bei aller Ungenauigkeit der Zahlen, das Angebot ist in der Tat riesig.

Was es für den ausländischen Besucher schwierig macht, den Überblick zu bewahren, ist der Typus des „Sortiment-Verlegers“, also des Verlegers, der gleichzeitig eine Buchhandlung besitzt bzw. umgekehrt. Daher sieht man an vielen Ständen nicht nur das eigene Verlagsangebot, sondern auch das aller möglichen anderen Verlage. Dazu kommt, daß die großen Verlage gleich mehrfach vertreten sind und mehrere ägyptische Verlage auch als offizielle Vertreter ausländischer Verlage fungieren. Auf der anderen Seite ist die Chance groß, ein gewünschtes Buch zu bekommen, denn die Verlage zeigen mehr oder weniger ihre komplette Verlagsproduktion.

Da ein zentrales Vertriebssystem in Ägypten fehlt, besteht nur auf der Buchmesse die Möglichkeit, sich umfassend über den Buchmarkt zu informieren. Trends lassen sich sehr schwer ausmachen; das religiöse Schrifttum ist dominierend, es reicht von Pamphleten, Ratgebern zur richtigen Lebensführung, exegetischer Literatur und vielbändigen Klassikerausgaben bis zu Koran und Hadith auf CD-ROM (einschließlich verschiedener Rezitationsweisen). Der Verlag von TV-Prediger Scheich Shaarawi kann mit einer Gesamtauflage von 17,5 Millionen Bänden werben. Doch auch die Schriften der reformerisch-kritischen Richtung (wie Nasr Hamid Abu Zaid, Sayyid Mahmud al-Qimmi, Muhammad Said al-Ashmawi) sind in hohen Stapeln zu finden. Ebenfalls gut besucht sind Stände mit Computerliteratur, Technik und Lehrbüchern, die ausländischen Verlage und die Stände mit Multimedia-Präsentationen.

Kaum ein Durchkommen gibt es in der Halle GEBO, wo die ohnehin schon subventionierten Bücher des Staatsverlags nochmals verbilligt angeboten werden. Die „halb-staatlichen“ Verlage, die oft auch Pressehäuser sind, wie z. B. al-Ahram, al-Akhbar und al-Hilal, teilen sich eine weitere Halle. Eine Besonderheit ist der Sur al-Ezbekiyya, keine Halle, sondern ein Forum im Freien, den sich die Second-hand-Buchhändler teilen. Hier sind Uralt-Schulbücher, englische Klassiker, längst vergriffene Zeitschriften u. v. m. zu erstehen.

Über 100 Veranstaltungen, darunter Podiumsdiskussionen, Vorträge, Dichterlesungen, Ausstellungen, Musikdarbietungen und Filmvorführungen zogen in diesem Jahr die Besucher an und fanden parallel im Veranstaltungssaal, im Kultur-Café, im „Zelt der Kreativität“ und an anderen Plätzen statt. Leider waren einige der illustren Namen dann doch nicht anwesend: weder der irakische Dichter Abd al-Wahhab al-Bayyati noch Mahmud Darwish ließen sich trotz Ankündigung blicken.

Obwohl es angeblich nur 10 % Ausfälle[2] im Programm gab, war es ein Geduldsspiel, herauszufinden, ob und welche Veranstaltung gerade lief. Das in der Zeitung angekündigte Programm stimmte nicht mit dem auf der Messe verteilten überein, das wiederum nicht mit dem am jeweiligen Veranstaltungsort angeschrieben, und was tatsächlich stattfand, konnte dann etwas ganz anderes sein. Zahlreiche Diskussionsrunden widmeten sich politischen und kulturpolitischen Themen, wie dem Verhältnis des Intellektuellen zum Staat, dem Standort der arabischen Kultur, Demokratie und Extremismus u. ä. Eine Veranstaltung war Marina Staghs Studie „The limits of freedom of speech“ gewidmet, die darin den Einfluß der Zensur auf Literaten in der Zeit von Nasser und Sadat untersucht und deren arabische Übersetzung kürzlich erschienen war. Eine peinliche Veranstaltung war das Symposium zu dem Erzählband des libyschen Revolutionsführers Gaddafi *(Das Dorf, das Dorf, die Erde, die Erde und der Selbstmord des Astronauten)*, das in einer buntbebilderten Ausgabe zum Dumpingpreis von einem Pfund (ca. 50 Pfennig) durch die GEBO auf den Markt geworfen wurde. Kein Wunder, daß dieses Kuriosum reißenden Absatz fand. Samir Serhan, GEBO-Chef, verstieg sich auf dieser Veranstaltung zu ungeheuren Aussagen über die literarischen Werke des libyschen Diktators: eine herausragende Begabung und kluge Feder seien da zu erkennen. Ein Kritiker wagte sogar den Vergleich mit George Orwell, oder sollte das etwa mehr als eine nur literarische Anspielung sein?

■ *Stephan Winkler studiert Islamwissenschaft und Germanistik in Bamberg und schreibt seine Magisterarbeit über den ägyptischen Buchhandel.*

1 Al-Ahram weekly, 29. 2.–6. 3. 1996, S. 12f
2 Al-Akhbar, 6. 3. 1996, S. 13

Das Projekt für palästinensische Residenz- und Flüchtlingsrechte im Alternative Information Center in Jerusalem

Zusammenstellung: Ronald Ofteringer

Die palästinensischen Flüchtlinge, ca. 4 Millionen Menschen, sind bisher aus dem Friedensprozeß ausgeklammert. Wird zumindest ein Teil von ihnen nach Palästina zurückkehren können? Werden sie Entschädigung erhalten? Welchen Rechtsstatus werden sie künftig haben? Diese Fragen gehören neben dem Status von Jerusalem und der Zukunft der israelischen Siedlungen zu den Themen, die in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen über den endgültigen Status erörtert werden sollen. Seit der Friedensprozeß begonnen hat, in dessen multilateralen Teil auch ein Arbeitsgruppe Flüchtlinge eingerichtet wurde, hat sich die Marginalisierung und Diskriminierung palästinensischer Flüchtlinge in den Gastländern verschärft. Ein ständig wachsender Teil von ihnen, heute ca. 250 000 Menschen, haben keinen gesicherten Aufenthaltsstatus mehr. Israel, und in diesem Punkt sind sich Labour und Likud einig, lehnt die Rückkehr einer substantiellen Zahl von Flüchtlingen als „demographische Gefahr" ab, weil sie an den Grundfesten des Verständnisses von einem ethnisch möglichst homogenen Staat rührt und ein Eingeständnis für die 1948 geschehene Vertreibung wäre.

Wir stellen eines der wichtigsten Projekte vor, das Menschrechts- und Öffentlichkeitsarbeit zur Situation palästinensischer Flüchtlinge leistet und die arabisch-israelischen Verträge in Hinsicht auf ihre Auswirkungen auf die Rechtssituation und Rückkehrmöglichkeiten für palästinensische Flüchtlinge untersucht.

1992 wurde im Alternative Information Center (AIC) in Jerusalem das **Projekt zu palästinensischen Residenzrechten und Familienzusammenführung** gegründet. Ausgangspunkt dafür war die Frage, was aus den Millionen von palästinensischen Flüchtlingen wird. Dazu gab es damals keinerlei politische Bewegung, und ein kleines Menschenrechtsprojekt hätte kaum erfolgreichversprechende Interventionsmöglichkeiten gehabt. In dem begrenzten Bereich der Familienzusammenführung allerdings, der einzigen legalen Möglichkeit, die Palästinensern zur Rückkehr nach Palästina offenstand, bestand die Möglichkeit, durch Verhandlungen mit den israelischen Behörden konkrete Ergebnisse zu erzielen. Nachdem die in Oslo geführten israelisch-palästinensischen Geheimverhandlungen im September 1993 publik wurden, änderte das Projekt seinen Schwerpunkt. Zwei Themen sollten nun im Mittelpunkt stehen, von denen angenommen wurde, daß sie in dem mit Oslo begonnenen politischen Prozeß von großer Bedeutung sein werden: die Zukunft palästinensischer Residenzrechte in Jerusalem und die kollektive Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge. Um dem neuen Schwerpunkt Ausdruck zu verleihen, benannte sich das Projekt Ende 1994 in **Projekt für palästinensische Residenz- und Flüchtlingsrechte** um.

Nach israelischem Recht gelten Palästinenser im 1967 besetzten Ostjerusalem als „Bewohner mit ständigem Afenthalt in Israel". Wenn sie mehr als sieben Jahre außer Landes bleiben, verlieren sie ihr Residenzrecht. Von 1967 bis 1994 wurde das Aufenthaltsrecht von Tausenden Ostjerusalemer Palästinensern anulliert. Ausgenommen waren jene, die in der angrenzenden Westbank lebten oder alle drei Jahre ihren Aufenthalt erneuerten. 1994 begannen die israelischen Behörden, das geltende Recht restriktiver anzuwenden. Ostjerusalemer mußten nun nachweisen, daß die Stadt tatsächlich ihr Lebensmittelpunkt ist, anderenfalls, wenn sie z. B. in der Westbank lebten, wurde ihr Aufenthaltsrecht anulliert und ihre Identitätskarten konfisziert. Das Projekt beteiligt sich an einer internationalen Kampagne zur Verteidigung palästinensischer Aufenthaltsrechte in Jerusalem. Gemeinsam mit anderen israelischen Bürgerrechtsorganisationen hat es eine Klage beim Obersten Gericht eingereicht, um Daten über die Annullierung von Aufenthaltsgenehmigungen von Palästinensern in Ostjerusalem und die Zahl der Fälle von Familienzusammenführung zu erhalten, die der Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurden. Als ein erster Erfolg ist zu werten, daß das Innenministerium am 6. Mai 1996 einige Informationen über bisherige Anträge auf Familienzusammenführung herausgab.

Das Projekt berichtet, welche konkreten Auswirkungen die israelisch-palästinensischen Verträge auf die Status- und Aufenthaltsrechte und Rückkehrmöglichkeiten von Palästinensern haben und verfolgt die internationalen und regionalen Verhandlungen, die die Rückkehr von Flüchtlingen betreffen. Dabei arbeitet es mit Delegierten der palästinensischen Delegationen zu diesen Verhandlungen zusammen und gibt Empfehlungen zu den Verhandlungspositionen ab.

Im März 1995 besuchte eine Delegation des Projekts Jordanien, um den Opfern der Trennung palästinensischer Familien rechtlichen Rat anzubieten und sich über die Situation palästinensischer Flüchtlinge in Jordanien zu informieren. Im Zentrum für Strategische Studien der Jordan-Universität, dem Studienprogramm Flüchtlinge und Vertriebene der Yarmouk-Universität und dem Forschungszentrum „Neues Jordanien" in Amman in-

formierte sich die Delegation über jordanische Positionen zur Flüchtlingsfrage. In den Flüchtlingslagern Zarqa, Irbid und Al-Hussain/Amman wurden Informationsveranstaltungen organisiert. Ergebnis war, daß über die von der israelischen Besatzung vorgesehenen Mechanismen für die individuelle Rückkehr nach Palästina, über die neuen Regelungen der palästinensischen Autonomie und über die Flüchtlingsfrage in den internationalen Verhandlungen fast völlige Unkenntnis herrscht. Mehrfach wurde gefordert, eine ähnliche Institution wie das AIC-Projekt auch in Jordanien einzurichten. Die Entscheidung palästinensischer und arabischer progressiver Kräfte, das offizielle Normalisierungsprogramm des israelisch-jordanischen Friedensabkommens zu boykottieren, stellt allerdings die Durchführbarkeit des Programms in Frage, mit dem das AIC-Projekt seine Adressaten in Jordanien erreichen will.

Das Projekt gibt das **Bulletin Article 74** heraus. Der Titel bezieht sich auf das Zusatzprotokoll 1 (1977) zu den Genfer Konventionen von 1949 (*Art. 74: Die hohen Vertragsparteien und die am Konflikt beteiligten Parteien erleichtern in jeder möglichen Weise die Zusammenführung von Familien, die infolge bewaffneter Konflikte getrennt worden sind..*) Bisherige Schwerpunktthemen waren z. B.: palästinensische Vertriebene (Heft 12 April 95) und das Taba-Abkommen (Heft 14/ Dez. 95). Das Bulletin informiert über den Stand der Verhandlungen über Flüchtlinge im Rahmen des Friedensprozesses. Es erscheint unregelmäßig und ist zum Preis von 15 US$ für 10 Ausgaben zu beziehen.

Alternative Information Center
Project for Palestinian Residency & Refugee Rights
PO Box 31417, JERUSALEM
Tel. 02 – 24 11 59, 74 78 54;
fax 02 – 25 31 51;
E-mail aic@baraka.gn.apc.org

1986 – Die Rebellion der Central Security Forces

Matthias Kunde

Als in der Nacht vom 25. auf den 26.Februar 1986 Einheiten der ägyptischen Central Security Forces (CSF) im Stadtviertel Giza nahe den Pyramiden zwei Luxushotels in Brand steckten, ein weiteres verwüsteten und eine Polizeistation stürmten, revoltierten ausgerechnet jene Teile des ägyptischen Sicherheitsapparates, die ursprünglich für die Kontrolle der inneren Sicherheit des Landes gegründet worden waren.

Nachdem sich die Armeeführung durch die Niederlage von 1967 als inkompetent erwiesen hatte und diese nach einem ihr angelasteten Umsturzversuch von den vermeindlichen Rädelsführern gesäubert war, hatte dies nicht nur eine unter Sadat fortgesetzte Demilitarisierung des ägyptischen Kabinetts zur Folge, sondern ebenfalls eine Umstrukturierung des Sicherheitsapparates. Die reguläre Armee sollte sich auf die externe Sicherung des Landes konzentrieren, und die 1969 gegründeten CSF wurden als innere Stütze des Nasser-Regimes konzipiert. Nach dem Tode Nassers war diese bis auf eine Stärke von 100 000 Mann angewachsen und expandierte in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten auf 282 000.

Die CSF werden hauptsächlich zum Objektschutz von Banken, Botschaften, Fabriken, Universitäten und öffentlichen Gebäuden sowie gegen Demonstrationen und Streiks eingesetzt. Die Truppe setzt sich zum Großteil aus denjenigen Rekruten zusammen, die den hohen Aufnahmeanforderungen und Musterungsbestimmungen der regulären Armee nicht genügen. So wirken die Angehörigen der CSF, die heute noch das Straßenbild von Kairo prägen, eher wie harmlose Pappkameraden als wie gut ausgebildete Sicherheitskräfte. Diese Aufgaben wurden längst von Spezialeinheiten der Polizei und der State Security Investigation Forces übernommen. Auch bei der Unterdrückung der Brotunruhen 1977 mußte die reguläre Armee eingesetzt werden, da die CSF die Situation nicht unter Kontrolle brachten.

So wird die ägyptische Regierung davon ausgegangen sein, daß eine sich aus armen, ländlichen Schichten mit hoher Analphabetenrate rekrutierende Truppe wenig Motivation zur Unmutsbekundung und Mobilisierungspotential besitzt. Sie unterschätzte die Situation jedoch. Nach offiziellen Angaben beteiligten sich über 17 000 Wehrpflichtige aus zehn Kasernen – von insgesamt 110 – an der Rebellion. Nach 48 Stunden hatte die zu Hilfe gerufene Armee die Lage zwar unter Kontrolle. Angaben des stellvertretenden Innenministers Faruq al-Hani zufolge, wurden jedoch 79 Wehrpflichtige, zwei Polizei-Offiziere und 25 Zivilisten getötet sowie 715 Personen verwundet. Der Sachschaden betrug allein in der Region Kairo ca. 150 000 000 US$. Mehr als 8000 Soldaten waren noch zwei Wochen nach den Unruhen flüchtig. Annähernd 22 000 Polizei-Wehrpflichtige wurden vom Dienst suspendiert und am 3. April 1986 stellte General-Staatsanwalt Mohammed Abdelaziz Guindi 1205 Angehörige der Sicherheitskräfte sowie 31 Zivilisten unter Anklage.

Über die Ursachen der Meuterei wurden heftig spekuliert. Informationsminister Safwat al-Sherif verkündete, daß viele der festgenommenen Aufständischen 50 ägyptische Pfund (LE) bei sich führten. Dies deutete bei einem monatlichen Sold von nur sechs LE auf eine geplante Aktion hin. Da über Ausschreitungen nicht nur aus Kairo sondern auch aus Assiut, Sohag und Ismailia berichtet wurde, verbreiteten sich Gerüchte über einen gescheiterten Putschversuch islamistisch orientierter Polizei-Offiziere. Der Journalist und einflußreiche Moslembruder, Mohammed Abdel Quddus, dementierte dies jedoch. Auch die eingesetzte Untersuchungskommission konnte hierfür keinen Anhaltspunkt finden. Es scheint vielmehr, als wollten die islamistischen Demonstranten die Gunst der Stunde als Trittbrettfahrer nutzen. Auch die Spekulation, der Aufstand sei von Libyen organisiert und finanziert, konnte nicht bestätigt werden.

Die Unruhen standen vielmehr im Zusammenhang mit einem Gerücht, welches sich unter den Rekruten verbreitete und das Faß zum überlaufen brachte. Zu dieser Überlegung gelangte auch der Generalstaatsanwalt. Die Rekruten waren der Überzeugung, neben den abzuleistenden drei Jahren, noch ein zusätzliches Jahr dienen zu müssen. Der neue Verteidigungsminister Zaki Badr erklärte, dieses Gerücht sei aufgrund eines 1980 erlassenen Gesetzes entstanden. Dieses sieht eine einjährige Verlängerung des Dienstes bei Umgehung der Wehrpflicht oder der Einberufung vor und wurde fälschlich für eine ständigen Verlängerung gehalten. Der Erklärungsversuch des Verteidigungsministers erscheint jedoch ebenfalls sehr spekulativ.

Das eigentlich bedeutende des Aufstandes ist nicht die Frage nach den Hintermänner o. ä. sondern, daß sich über 17 000 Wehrpflichtige zweiter Klasse motivieren ließen, ihren Unmut zu erklären und trotz vorauszusehender Repressalien auf ihre unmenschliche Situation aufmerksam machten. Die Soldaten werden von Offizieren physisch und psychisch mißhandelt, sie werden von diesen zu Frohndiensten als Hausangestellte oder Handwerker herangezogen, eine

tägliche Dienstzeit oft zwischen zwölf und sechzehn Stunden ist zu verrichten, die 110 Camps, in denen sie drei Jahre ihren Pflichtdienst ableisten, sind völlig überfüllt, die Versorgung mit Lebensmitteln unzureichend und die hygienischen Verhältnisse katastrophal. Zudem werden die Rekruten als billige Arbeitskräfte im militärisch-industriellen Komplex, aber auch in zivilen Produktionsbereichen des Wirtschaftskonglomerates der National Service Projects Organization eingesetzt.

Der Aufstand verdeutlichte darüber hinaus, daß die Sicherheitskräfte Ägyptens als ein nicht zu umgehender Machtfaktor gesehen werden, der dem überwiegenden Teil der Wehrpflichtigen innerhalb der Polizei wie auch in der Armee keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten oder Verwirklichung ihrer Berufsziele mehr bieten kann. So versuchen junge Wehrpflichtige – insbesondere aus der städtischen Bevölkerung –, den Dienst an der Waffe zu umgehen. Die chronische Unterbezahlung ihrer Tätigkeit kann keinen finanziellen Rückhalt für ihre Familie bieten. Diese hat daher zusätzlich für den Lebensunterhalt ihres Sohnes aufzukommen. Die Wehrpflichtigen können dem Pflichtdienst entgehen, indem sie die Meldepflicht umgehen und sich nicht von einer staatlichen Behörde registrieren lassen. Da sie aber erst nach Ableisten der Wehrpflicht einen eigenen Reisepaß beantragen können, können sie z. B. nicht im Ausland arbeiten. Werden sie bei der Umgehung der Wehrpflicht erwischt, drohen ihnen vier statt drei Jahre Dienst an der Waffe. Auch können sie sich für 500 LE – 1500 LE vom Wehrdienst freikaufen. Ein Betrag der jedoch nur von den wenigsten aufgebracht werden kann. Benötigt der Betroffene ein Reisedokument, um das Land verlassen zu können, kostet dies weitere 1500 – 2000 LE.



Foto: Matthias Kunde

Die Februar-Unruhen von 1986 spiegeln nicht nur die unmißverständliche Auflehnung gegen den Mißbrauch von Wehrpflichtigen wider sondern waren Ausdruck kontinuierlich gewachsener sozioökonomischer und gesellschaftlicher Spannungen. Zwar ließ der neue Chef der CSF, Abdulrahim al-Nahas, am 17. 3. 1986 verlauten, daß die Pflichten der Rekruten verringert und die Lebensbedingungen verbessert werden, und Verteidigungsminister Zaki Badr erklärte, daß die Regierung sechs Millionen LE für die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Ernährungverhältnisse zur Verfügung stellen werde. Doch ist dies gemessen an den katastrophalen Lebensbedingungen der Rekruten, ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Regierung konnte sich zwar durch das Eingreifen des Militärs behaupten, reagierte mit der für Spannungslagen typischen Umbesetzungen im Sicherheitsapparat und mit Beschäftigungsmaßnahmen für die Wehrpflichtigen. Andererseits wurde die Regierung unter Mubarak durch die CSF-Unruhen erstmals auf eine Bewährungsprobe gestellt, die sie der Illusion beraubte, durch einen aufgeblähten Sicherheitsapparat, die innere Sicherheit des Landes garantieren zu können.

■ *Matthias Kunde, Dipl. Politologe, promoviert an der Arbeitstelle Politik des Vorderen Orient der FU-Berlin und ist Mitglied der Redaktion.*

Ludwig Watzal: Frieden ohne Gerechtigkeit?

Peter Moßmann

Ludwig Watzal, Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser, Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 1994, 404 Seiten, 48,– DM

Das Buch des Bonner Redakteurs und freien Journalisten Ludwig Watzal ist zwar schon 1994 erschienen, es ist aber aktueller als je zuvor. Liest man sich die von Realismus geschriebene Einleitung heute durch, so sieht man, daß alle seine skeptischen Prognosen eingetroffen sind. Als das Buch 1994 erschien, erging sich die deutsche veröffentlichte Meinung noch in Lobeshymnen über den Friedensprozeß. Sie sind jedoch wie Seifenblasen zerplatzt. Bei Veröffentlichung des Buches schien es, als hätte sich der Verlag keinen ungünstigeren Zeitpunkt aussuchen können. Trotz Abkommen und Friedensprozeß werden die Menschenrechte der Palästinenser von seiten Israels auf das Eklatanteste verletzt. Was hinzugekommen ist, sind die Verletzungen von seiten der Arafat-Behörde an eigenen Landsleuten. Auch dies wurde vom Autor schon realistisch eingeschätzt.

Der Autor macht aus seiner Kritik am Gaza-Jericho-Abkommen keinen Hehl. Er hält es für ungeeignet, den Frieden und die Menschenrechte zu sichern. Die Palästinenser haben auf all ihre Essentials verzichtet, so Watzal. Sie haben ein reines Sicherheitsabkommen unterzeichnet, das nur im Interesse Israels ist. Der Autor sieht in den „autonomen Gebieten" nur „Homelands", wie sie Südafrika erst kürzlich abgeschafft habe. Einen wirklichen Frieden und Sicherheit für Israel werde es erst geben, wenn den Palästinensern ein eigener Staat zugestanden werde und kein Bantustan à la Südafrika.

Die zentrale These des Buches lautet: Israel hat die Menschenrechte der Palästinenser nicht nur sporadisch, sondern systematisch über 29 Jahre hin verletzt, und man kann hinzufügen: sie tun es trotz Abkommen weiterhin. Das Buch ist kein Pamphlet. Nach Angaben des Autors ist es ihm nicht leichtgefallen, dieses Buch zu schreiben. Dem Buch merkt man dies auch an. Dem Autor muß bewußt gewesen sein, daß sofort der Vorwurf des Antisemitismus gegen ihn erhoben würde. Um dem zu begegnen, hat er jede Einzelheit genauestens belegt und begründet. Erfreulich ist, daß er das Buch allen Opfern der Gewalt im Nahen Osten gewidmet hat.

Der Autor macht aus seiner verantwortungsvollen und positiven Haltung zum Staat Israel keinen Hehl, verlangt aber auch, daß Deutschland trotz seiner schrecklichen Verbrechen an den Juden für die Rechte der Palästinenser einzutreten hat. Da Deutschland als ehemals geteiltes Land niemals auf sein Selbstbestimmungsrecht verzichtet hat, ist es nicht nachvollziehbar, daß die konservativ-liberale Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl dieses Recht den Palästinensern nicht einmal mehr rhetorisch zugesteht.

Das Buch ist keine leichte Kost. Es gliedert sich in sechs Kapitel und wird durch ein Vorwort des ehemaligen Nahostkorrespondenten der Neuen Züricher Zeitung, Arnold Hottinger, eingeleitet. Darin verlangt Hottinger von den Israelis ein Schuldeingeständnis für die begangenen Taten als Voraussetzung für einen wirklichen Frieden. Neben Einleitung und Ausblick wird in Kapitel zwei die Geschichte des Nahostkonflikts vom Zionismus bis zur palästinensischen Teilautonomie rekapituliert. Im dritten Kapitel diskutiert der Autor das Verhältnis von Völkerrecht und besetzten Gebieten. In Kapitel vier erwartet den Leser schwer Verdauliches. In 15 Punkten listet Watzal minutiös die verschiedenen Menschenrechtsverletzungen Israels auf. Im Einzelnen sind dies: Folter, Deportationen, Konfiszierung von Land, Verweigerung von Baugenehmigungen, Zerstörung und Versiegelung von Häusern, Diskriminierung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich etc. In einem eigenen Punkt behandelt der Autor auch die Tötung sogenannter Kollaborateure durch selbsternannte palästinensische Killerkommandos. In Kapitel fünf präsentiert der Autor 17 israelische und Palästinensische Menschenrechtsorganisationen. Er zeigt ihre Arbeitsschwerpunkte auf, weist aber auch auf ihre Schwächen hin, die vor allem in der mangelnden Koordination liegen. Abgerundet wird das Werk durch ein Glossar, ein umfangreiches Literaturverzeichnis, die Anschriften der Menschenrechtsorganisationen sowie ein Namensregister.

Nach der Lektüre des Buches ist man erschüttert. Es ist unfaßbar, daß eine Demokratie ein solches Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen zulassen kann, ohne daß die Weltstaatengemeinschaft dagegen protestiert. Kein Staat könnte es sich erlauben, alle gegen ein Land erlassene UN-Sicherheitsratsresolutionen zu ignorieren. Im Falle von Irak wurde sogleich eine internationale Armada – angeführt von den USA – gegen das Land in Marsch gesetzt. Warum nicht gegen Israel, das im Grunde nichts anderes getan hat?

Wo alle vom Frieden im Nahen Osten reden, gehört eine Portion Mut dazu, ein solches Buch zu veröffentlichen, das so gar nicht in die politische Landschaft zu passen scheint. Das Buch ist mutig, provokant, herausfordernd und nachdenklich zugleich. Es ist sachlich informativ und außergewöhnlich. Eine Pflichtlektüre für alle Wissenschaftler, Politiker und alle am israelisch-palästinensischen Konflikt Interessierten.

■ *Dr. Peter Moßmann, Direktor des Instituts für Vergleichende Entwicklungspolitik in Bonn.*

Termine/Veranstaltungshinweise

Ausstellung

***Über*leben im Exil. Die Sahrauis in der Westsahara. Pasinger Fabrik vom 25. 9. bis 27. 10. 1996**

Mit der Ausstellung wollen die Organisatoren, die Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes e. V. (GFSV) und KULA e. V. – Gesellschaft für kooperative Kulturwissenschaft, die Aufmerksamkeit auf die dramatische Situation der Sahrauis in den algerischen Flüchtlingslagern lenken. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Organisation in den Flüchtlingslagern, mit der die Sahrauis ihr Leben im Exil meistern, und sich auf ein Leben in der Unabhängigkeit vorbereiten. Sie sind dabei hin- und hergerissen zwischen ihren Rollen als Flüchtlinge, Widerständler, Staatsbürger und als Spielball internationaler Interessen.

Ausstellung mit Begleitprogramm in der Pasinger Fabrik, August-Exter-Str. 1, München.

Eröffnung: 24. 9. 1996 um 19 Uhr

Veranstaltungen des Bildungswerks für Demokratie und Umweltschutz, Berlin

Die Jerusalemfrage. Israelis und Palästinenser im Gespräch. Veranstaltung mit Uri Avneri und Azmi Bishara. Leitung: Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Dienstag, 8. 10. 1996, 19.30 Uhr. Ort: Heiligkreuz-Kirche, Blücherplatz, Berlin. U-Bahn: Hallesches Tor.
Der Trend zum Islam. Sozialer Rückhalt oder anti-westliches Ressentiment? Die Veranstaltung findet im Rahmen der Deutsch-Türkischen Dialoge statt.

Mittwoch, 9. 10. 1996, 20 Uhr. Ort: Haus der Kulturen der Welt.
Elias Khoury: Literatur nach dem libanesischen Bürgerkrieg. Vortrag und Diskussion.

Montag, 9. 12. 1996, 19.30 Uhr. Ort: Familiengarten, Oranienstr. 34, 10999 Berlin.
Islamischer Fundamentalismus und Menschenrechtsverletzungen am Beispiel Iran. 6. und 7. 12. 1996. Ort: Haus der Kulturen der Welt, Berlin.

DAVO – Deutsche Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient lädt zum 3. Wissenschaftlichen Kongreß 1996 **Gegenwartsbezogene Forschung zum Vorderen Orient** ein. 28.–30. 11. 1996. Ort: Internationales Institut für Politik und Wirtschaft (Haus Rissen) in Hamburg.
Anmeldung: DAVO-Sekretariat, Deutsches Orient-Institut, Mittelweg 150, 20148 Hamburg.

Buchmesse Istanbul

Die **größte Buchmesse Europas** findet vom **31. 10. 96 bis 10. 11. 96 in Istanbul** statt. Veranstalter ist Tüyap Faris and Exhibitions Marketing inc.
Nähere Informationen über den **Börsenverein des Deutschen Buchhandels**, Frankfurt/Main (Tel. 0 69-2 10 22 38)



im nächsten Heft (Heft 8 Winter 1996):

Rüstung und Militär im Nahen Osten

INAMO e.V., Bismarckstr. 8, 91054 Erlangen
Postvertriebstück, "Entgelt bezahlt", A 13966

Infoladen
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig
Deutschland